



4. Sitzung

Wiesbaden, den 6. Februar 2014

Amtliche Mitteilungen	153	13. Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Fraport-Rabattprogramm „FRA Connect“ bringt mehr Lärm	160
<i>Entgegengenommen</i>	153	– Drucks. 19/28 –	160
Präsident Norbert Kartmann	153	<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung überwiesen</i>	167
René Rock	153	28. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der FDP betreffend Incentive-Programm der Fraport AG ist Beitrag für wirtschaftliche Prosperität des Frankfurter Flughafens	160
21. Antrag der Fraktion der SPD betreffend eine Aktuelle Stunde (Atommüll-Zwischenlagerung in Biblis – wessen Wort gilt? Das von Herrn Bouffier oder das von Herrn Al-Wazir?)	153	– Drucks. 19/63 –	160
– Drucks. 19/44 –	153	<i>Abgelehnt</i>	167
<i>Abgehalten</i>	160	Janine Wissler	160
22. Antrag der Fraktion der FDP betreffend eine Aktuelle Stunde (Atommüll-Zwischenlagerung Biblis? – Was will Bouffier? Hessische Bürger haben Anspruch auf Klarheit statt auf Streit in der Landesregierung)	153	Dr. Walter Arnold	161
– Drucks. 19/45 –	153	Jürgen Lenders	162
<i>Abgehalten</i>	160	Marius Weiß	163
Norbert Schmitt	153	Frank-Peter Kaufmann	164
René Rock	154	Minister Tarek Al-Wazir	165
Peter Stephan	155	24. Antrag der Fraktion der CDU betreffend eine Aktuelle Stunde (Demokratie und Menschenrechte in einem gemeinsamen Europa – Hessen unterstützt demokratische Bestrebungen in der Ukraine)	167
Marjana Schott	157	– Drucks. 19/47 –	167
Angela Dorn	157	<i>Abgehalten</i>	172
Ministerin Priska Hinz	158	Tobias Utter	167
23. Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend eine Aktuelle Stunde (Rabattprogramm „FRA Connect“ bringt mehr Lärm – Genehmigung widerrufen)	160	Willi van Ooyen	168
– Drucks. 19/46 –	160	Sabine Waschke	168
<i>Abgehalten</i>	167	Ursula Hammann	169
		Nicola Beer	170
		Ministerin Lucia Puttrich	171

- 25. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend eine Aktuelle Stunde (Hessischen Energiegipfel nicht gefährden – Bundesminister Gabriel muss Pläne für das Erneuerbare-Energien-Gesetz anpassen) – Drucks. 19/48 –** 172
- Abgehalten* 181
- Angela Dorn 172
- Timon Gremmels 174
- Peter Stephan 175
- Janine Wissler 176
- René Rock 177
- Minister Tarek Al-Wazir 178
- Thorsten Schäfer-Gümbel 179
- Mathias Wagner (Taunus) 180
- 20. Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Qualität der Kinderbetreuung sichern – KiföG zurücknehmen – Drucks. 19/35 –** 181
- Dem Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss überwiesen* 191
- 34. Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Qualität der Kinderbetreuung weiter ausbauen – Kinderförderungsgesetz weiterentwickeln – Drucks. 19/71 –** 181
- Dem Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss überwiesen* 191
- Marjana Schott 181
- Bettina Wiesmann 183
- Marcus Bocklet 184
- Gerhard Merz 186
- René Rock 188
- Minister Stefan Grüttner 190
- 19. Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Kaliproduktion in Hessen erhalten – Arbeitsplätze sichern – Drucks. 19/34 –** 191
- Dem Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, federführend, und dem Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung, beteiligt, überwiesen* 200
- 40. Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Zukunftsfähigkeit des Kalistandorts in Nordhessen sichern, Belastung des Grundwassers und der Oberflächengewässer im Naturraum Werra und Weser dauerhaft beenden – Drucks. 19/82 –** 191
- Dem Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, federführend, und dem Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung, beteiligt, überwiesen* 200
- Marjana Schott 192, 198
- Dirk Landau 193, 200
- Jürgen Lenders 194
- Torsten Warnecke 194
- Sigrid Erfurth 196, 199
- Ministerin Priska Hinz 197
- 32. Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Einsetzung einer Enquetekommission „Kein Kind zurücklassen – Rahmenbedingungen, Chancen und Zukunft schulischer Bildung in Hessen“ – Drucks. 19/68 –** 200
- Von der Tagesordnung abgesetzt* 200
- 39. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Landtag kritisiert die Äußerungen des Landtagsabgeordneten Irmer – Drucks. 19/77 –** 202
- Abgelehnt* 207
- 41. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Migration und Integration – Chancen und Herausforderungen – Drucks. 19/84 –** 202
- Angenommen* 207
- Hermann Schaus 200
- Holger Bellino 201, 201
- Günter Rudolph 201
- Angela Dorn 201
- René Rock 202
- Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken 202
- Janine Wissler 202
- Holger Bellino 203
- Frank-Peter Kaufmann 204
- René Rock 205
- Günter Rudolph 205

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann
Vizepräsidentin Heike Habermann
Vizepräsident Frank Lortz
Vizepräsidentin Ursula Hammann
Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken
Vizepräsident Wolfgang Greilich

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Volker Bouffier
Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung Tarek Al-Wazir
Minister und Chef der Staatskanzlei Axel Wintermeyer
Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Hessen
beim Bund Lucia Puttrich
Minister des Innern und für Sport Peter Beuth
Minister der Finanzen Dr. Thomas Schäfer
Ministerin der Justiz Eva Kühne-Hörmann
Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz
Minister für Wissenschaft und Kunst Boris Rhein
Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Priska Hinz
Minister für Soziales und Integration Stefan Grüttner
Staatssekretär Michael Bußer
Staatssekretär Mark Weinmeister
Staatssekretär Mathias Samson
Staatssekretär Werner Koch
Staatssekretärin Dr. Bernadette Weyland
Staatssekretär Thomas Metz
Staatssekretär Dr. Manuel Lösel
Staatssekretär Ingmar Jung
Staatssekretärin Dr. Beatrix Tappeser
Staatssekretär Jo Dreiseitel
Staatssekretär Dr. Wolfgang Dippel

Abwesende Abgeordnete:

Kai Klose
Mürvet Öztürk
Florian Rentsch
Ismail Tipi

(Beginn: 9:03 Uhr)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren! Ich darf heute die 4. Plenarsitzung eröffnen. Zunächst stelle ich die Beschlussfähigkeit des Hauses fest. – Dem widerspricht keiner, dann ist dem auch so.

Wir haben noch zu behandeln die Tagesordnungspunkte 13, 19, 20 bis 25, 28, 32 und 34.

Noch eingegangen ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Landtag kritisiert die Äußerungen des Landtagsabgeordneten Irmer, Drucks. 19/77. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird das Tagesordnungspunkt 39. Die Redezeit beträgt fünf Minuten.

Noch eingegangen ist ein Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Zukunftsfähigkeit des Kalistandorts in Nordhessen sichern, Belastung des Grundwassers und der Oberflächengewässer im Naturraum Werra und Weser dauerhaft beenden, Drucks. 19/82. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird das Tagesordnungspunkt 40 und kann mit Tagesordnungspunkt 19 aufgerufen werden. – Auch das ist Konsens.

Wir tagen heute bis 18 Uhr bei einer Mittagspause von einer Stunde.

Wir beginnen mit den Anträgen für eine Aktuelle Stunde, Tagesordnungspunkte 21 bis 25. Wir haben hier festzuhalten, dass wir gemäß der Geschäftsordnung fünf Minuten Redezeit pro Aktuelle Stunde haben. Die Tagesordnungspunkte 21 und 22 werden gemeinsam aufgerufen. Auch das ist besprochen. Das heißt, wir haben dann eine Redezeit von 7,5 Minuten. Alle anderen Aktuellen Stunden haben, wie gesagt, eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion.

Nach Tagesordnungspunkt 23 wird Tagesordnungspunkt 13, ein Antrag zum Thema, ohne Aussprache aufgerufen und an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung überwiesen. – Das ist verfahrensgemäß so in Ordnung.

Danach haben wir Tagesordnungspunkt 28 ohne Aussprache aufzurufen; über den stimmen wir allerdings sofort ab, nur zu Ihrer Information. – Dieser Feststellung widerspricht niemand, dann ist das auch vom ganzen Hause so akzeptiert.

Erkrankt und entschuldigt fehlen Kollege Klose und Kollegin Öztürk; gute Besserung von hier aus. Und offensichtlich haben sich einige bei mir entschuldigt, die noch eintrudeln, weil es eine Staulage am Frankfurter Kreuz gibt. – Herr Kollege Rock, bitte schön.

René Rock (FDP):

Ich möchte noch den Kollegen Rentsch als erkrankt entschuldigen.

Präsident Norbert Kartmann:

Alles klar, vielen Dank, auch ihm gute Besserung.

Der Ältestenrat trifft sich nach der Plenarsitzung in Raum 501 A, also oben unter dem Dach, juchhe, zu einer Sitzung. – Dann können wir einsteigen.

Meine Damen und Herren, ich rufe **Tagesordnungspunkt 21** auf:

Antrag der Fraktion der SPD betreffend eine Aktuelle Stunde (Atommüll-Zwischenlagerung in Biblis – wessen Wort gilt? Das von Herrn Bouffier oder das von Herrn Al-Wazir?) – Drucks. 19/44 –

mit **Tagesordnungspunkt 22:**

Antrag der Fraktion der FDP betreffend eine Aktuelle Stunde (Atommüll-Zwischenlager Biblis? – Was will Bouffier? Hessische Bürger haben Anspruch auf Klarheit statt auf Streit in der Landesregierung) – Drucks. 19/45 –

Die Redezeit beträgt 7,5 Minuten. Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Abg. Schmitt von der SPD das Wort. Bitte schön.

Norbert Schmitt (SPD):

Guten Morgen, Herr Präsident, guten Morgen liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung wird sich sicherlich schon über diesen Tagesordnungspunkt gefreut haben. Wir haben diese Aktuelle Stunde beantragt, weil der Ministerpräsident die Lagerung von zusätzlichen Castoren im Zwischenlager in Biblis noch vor wenigen Tagen als völligen Unsinn bezeichnet hat. Der stellvertretende Ministerpräsident Al-Wazir kann sich diesen Unsinn gut vorstellen, und die zuständige Ministerin Hinz hat erklärt: „Wir stehlen uns nicht aus der Verantwortung“.

(Beifall bei der SPD – Günter Rudolph (SPD): Was gilt denn nun?)

Wir wollen wissen und heute geklärt haben, wessen Wort gilt. Haben Herr Al-Wazir und Frau Hinz völligen Unsinn vor, oder stiehlt sich der Ministerpräsident aus der Verantwortung? – Das sind die unterschiedlichen Positionen, und diese Fragestellungen müssen nach den Äußerungen der letzten Tage hier erörtert werden. Normalerweise erklärt eine Koalitionsvereinbarung die Handlungsabsicht einer Regierung. Aber der schwarz-grüne Koalitionsvertrag ist auch an dieser Stelle ein fauler Kompromiss.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Da wird vom Vorrang fachlicher Prüfung bei der Lagerung zusätzlicher Castoren gesprochen; und dann folgt der Satz:

Sollte es nach sorgfältiger Prüfung erforderlich sein, auch in Biblis zwischenzulagern, weil es in Deutschland keine anderen Möglichkeiten gibt, so werden wir eine Lagerung in Biblis dulden.

Meine Damen und Herren, damit lassen sich spielerisch beide Positionen unterbringen. Aber es bleibt völlig ungeklärt, was das nun heißt. Haben wir in Deutschland „andere Möglichkeiten“? – Haben wir in Deutschland keine „anderen Möglichkeiten“, dann müsste die Lagerung geduldet werden. Aber diesen Satz interpretiert der Ministerpräsident so, dass wir anscheinend „andere Möglichkeiten“ haben; und deswegen können wir das in Biblis eben nicht dulden. Deswegen lassen sich diese unterschiedlichen Grundsatzpositionen, wie gesagt, spielend leicht in diesem

Satz unterbringen. Und dieser Satz ist, wenn man die Äußerungen der letzten Tage sieht, die Verbindung zwischen vermeintlichem Unsinn und vermeintlicher Verantwortung. Es ist wie die Vereinigung von Pferd und Hindernis.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wobei ich mir jede Bemerkung unterdrücke, wer an dieser Stelle das Pferd und wer das Hindernis ist. Ich merke, Ihre Vorstellungswelt ist damit aber eröffnet.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Aber die Nagelprobe für diese Koalition kommt bald, und zwar sehr schnell; denn die Bundesumweltministerin ist entschlossen, beim Endlagersuchgesetz endlich zu handeln und dieses Atommüll-Endlagersuchgesetz endlich umzusetzen. Dazu gehört auch die Klärung der Frage: Wo werden die 26 Castoren, deren Inhalt in Sellafeld und La Hague aufbereitet wurde, in Deutschland untergebracht, nachdem sie nach Deutschland transportiert worden sind? – Niedersachsen und Baden-Württemberg haben sich bereit erklärt, diese Castoren aufzunehmen. Aber sie haben gleichzeitig gesagt, sie seien nicht in der Lage und wollten nicht alle aufnehmen. Aber, wie gesagt, sie sind bereit, zu handeln.

Es ist gemeinsamer Konsens; bis auf die Linkspartei haben im Bundestag alle – CDU, SPD, GRÜNE und FDP – dafür gestimmt, auch im Bundesrat gab es eine einheitliche Zustimmung dafür, dass dieses Endlagersuchgesetz auf den Weg kommt und dass eben endlich ergebnisoffen nach einem Endlager gesucht wird. Das drängt uns übrigens alle, ob Befürworter oder Gegner. Ich meine, diejenigen, die sich zur Atomfrage kritisch eingelassen haben, haben immer gesagt, es sei eigentlich völlig irr, dass diese Technik auf den Weg gebracht wird, aber die Frage der Lagerung ungeklärt bleibt.

Deswegen müssen wir da vorankommen. Deswegen halten wir es auch für falsch, wenn der Ministerpräsident eine Beteiligung an der Lagerung der Castoren ausschließt. Denn dies ist Voraussetzung für eine ergebnisoffene Endlagersuche.

(Beifall bei der SPD)

Denn wir alle wissen, dass wir nicht in Gorleben lagern können, weil das auch von den Bürgerinitiativen und der Bevölkerung dort als Vorentscheidung verstanden wird.

Wir hoffen sehr, dass sich die Position der GRÜNEN in der Landesregierung an dieser Stelle durchsetzt; denn diese ist verantwortungsvoll. Denn wer wie der Ministerpräsident von vornherein eine Lagerung ausschließt, der gefährdet die Endlagersuche und der verlängert auch die Zeit der Lagerung an den bestehenden Standorten. Das ist falsch.

(Beifall bei der SPD)

Wer die Endlagersuche durch eine politische Blockade bei der Zwischenlagerung gefährdet, macht die Zwischenlagerung faktisch auch zu Endlagern. Das ist nicht die sozialdemokratische Position. Wir wissen, dass das auch nicht die grüne Position ist. Das ist an dieser Stelle auch richtig so. Deswegen kann ich nur hoffen, dass sich die Position der GRÜNEN an dieser Stelle durchsetzt. Ich hoffe, dass die heutige Debatte ergibt und dass wir nicht auch noch da Überraschungen erleben wie gestern. Denn diese Position ist wirklich verantwortungsvoll und richtig.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich komme zum rechtsförmlichen Teil meines Vortrages. Ich weise darauf hin: RWE ist Eigentümer des Zwischenlagers,

(Heiterkeit des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD) – Günter Rudolph (SPD): Schon wieder?)

und es besteht momentan keine Genehmigung, dort zusätzliche Castoren zu lagern. Wenn also die Landesregierung dort zusätzliche Castoren lagern will, weise ich jetzt schon darauf hin, dass eine Anhörung erforderlich wäre. Auf eine Anhörung kann nicht verzichtet werden.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Auch der Hinweis auf eine entsprechende Medienberichterstattung morgen oder auf das Landtagsprotokoll ist nicht ausreichend, um auf eine Anhörung zu verzichten.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Fürsorglich, wie ich bin, weise ich darauf hin: Eine Anhörung kann notfalls nachträglich erfolgen. Auch dieser Hinweis erfolgt meinerseits kostenfrei, obwohl ich das sehr bedauere.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Es ist an dieser Stelle ein wertvoller Hinweis. Sie sehen, mit welcher Fürsorge und mit welcher Zuneigung wir an diese Landesregierung herangehen.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Wir wollen sehen, dass wenigstens dies wasserdicht erfolgt. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Jetzt erteile ich das Wort Herrn Rock für die FDP als zweitem Antragsteller.

René Rock (FDP):

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Es erweckt den Eindruck, dass FDP und SPD mit diesem Setzpunkt sozusagen an einem Strang ziehen. Das ist schon so: Wir ziehen an einem Strang, aber in unterschiedliche Richtungen. Denn wir haben einen grundsätzlichen Dissens bei dem, was wir für Hessen an dieser Stelle für richtig halten. Herr Schmitt, noch einmal ein Hinweis: Ich kann Sie sehr gut verstehen, dass Sie hier noch einmal auf ein ordnungsgemäßes Verfahren hingewiesen haben, nachdem wir Ihnen als SPD gestern vorgeworfen haben, dass Sie Mitverantwortung tragen. Das kann ich an dieser Stelle nachvollziehen. Ich kann zu Ihrem Beitrag nur sagen: klug vorausgedacht.

Aber für uns als FDP war es in der letzten Legislaturperiode immer ganz klar: Wir wollen keine zusätzlichen Castoren in Biblis. Wir waren uns auch in der damaligen Landesregierung einig. Die GRÜNEN haben hier jetzt einen neuen Akzent gesetzt. Herr Al-Wazir hat im Januar verkündet: Hessen bietet Zwischenlager für Atommüll an – irgendwo muss das Zeug ja hin. – Das ist eine relativ flapsi-

ge Bemerkung für solch ein Thema, das die Menschen, so denke ich, so sehr bewegt.

(Beifall bei der FDP)

Begleitet wurde das, wie schon immer, von Frau Dorn. Sie hat gesagt: Wenn man nicht dem zustimmt, was die GRÜNEN wollen, komme man aus dem Tollhaus, lasse bürgerliche Tugenden vermissen; es sei ein Armutszeugnis, wenn man diesen Überlegungen nicht folge, und es zeuge von Borniertheit.

Wer also der Meinung ist, dass wir in Biblis keine zusätzlichen Castoren einlagern sollten, für den trifft all das zu. Das ist die Sichtweise der GRÜNEN.

(Zuruf der Abg. Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir haben die Aktuelle Stunde natürlich deshalb beantragt, weil wir wissen wollen, wo denn jetzt die Landesregierung steht. Wir haben den Koalitionsvertrag gelesen und waren entsetzt über das, was da drinsteht.

(Widerspruch bei der CDU)

Die GRÜNEN haben sich an dieser Stelle durchgesetzt. Man kann dazu sagen: schön für die GRÜNEN, schlecht für Hessen. So ist das zumindest aus unserer Sicht.

(Beifall bei der FDP)

Herr Bouffier, ich muss Sie bitten, stellen Sie das hier endlich klar. Tun Sie das nicht nur in den Medien, sondern hier im Plenum, sodass es im Protokoll dieses Plenums steht: Wo steht Hessen in dieser Frage, und was gilt in Hessen?

Wir haben erlebt, dass Herr Bouffier schon einmal 2010 im hr eine Äußerung getan hat, die wir als FDP nicht geteilt haben. Er hat gesagt, wenn man nach Zwischenlagern sucht, dann kann man in Hessen nicht Nein sagen, und wir können uns da nicht raushalten. – Das war damals im hr. Ich weiß nicht, ob das so gesagt worden ist. Ich kann nur zitieren, was der hr an dieser Stelle veröffentlicht hat. Dann haben wir das hier im Parlament wieder glatt gezogen. Wir haben ganz klar deutlich gemacht, dass wir das nicht wollen. Ich habe dann auch – nicht zu meiner Freude, wie bereits gesagt – gelesen, dass im Koalitionsvertrag steht, dass es nicht mehr ausgeschlossen ist und dass man jetzt hier eine Öffnung eingebaut hat, dass sehr wohl Castoren nach Biblis kommen können, auch wenn der Ministerpräsident dann erklärt hat: Castorenlager in Hessen – das ist völliger Unsinn.

Das hat mich jetzt völlig verwirrt. Das ist auch zum Teil der Hintergrund für diese Aktuelle Stunde. Wahrscheinlich war das auch bei der SPD der Hintergrund. Die Castoren, die an der Küste landen, von Tausenden Polizisten begleitet, über Hunderte von Kilometern durch Deutschland hier nach Hessen zu bringen, das kann nicht sinnvoll sein. Das ist meine feste Überzeugung.

(Beifall bei der FDP – Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Lesen Sie es doch!)

Das ist das, was Herr Bouffier erklärt hat; es steht aber komischerweise im Widerspruch zu dem, was man im Koalitionsvertrag mit den GRÜNEN vereinbart hat. Da wäre es wichtig für Hessen, Klarheit zu schaffen, Herr Ministerpräsident. Wir müssen das heute Morgen gar nicht lange machen. Wir bekommen bestimmt noch eine Redezeitausweitung. Sie könnten hier nach vorn gehen und mit zwei oder

drei Sätzen klar sagen, für was diese Landesregierung steht. Gibt es zusätzliche Castoren in Biblis, ja oder nein? Was gilt? Haben sich die GRÜNEN durchgesetzt? Gilt die alte Linie von FDP und CDU in diesem Land? – Das ist entscheidend für die Menschen in Hessen. Geben Sie eine klare Stellungnahme ab. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Herr Abg. Stephan für die Fraktion der CDU.

Peter Stephan (CDU):

Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zu Beginn möchte ich aus dem wichtigsten Papier der nächsten fünf Jahre, nämlich aus unserer schwarz-grünen Koalitionsvereinbarung, zitieren.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 89/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der SPD)

Ich zitiere den gesamten Absatz:

Die Lagerung zusätzlicher Castoren aus La Hague und Sellafeld sollte unter dem Vorrang fachlicher Gesichtspunkte erfolgen. Sollte es nach sorgfältiger Prüfung erforderlich sein, auch in Biblis zwischenzulagern, weil es in Deutschland keine anderen Möglichkeiten gibt, so werden wir eine Lagerung in Biblis dulden.

Wenn Sie sich noch einmal den Antrag, den wir als CDU und FDP noch im Juli 2013 zu diesem Thema eingebracht haben, anschauen, dann sehen Sie, dass im letzten Absatz auch drinsteht, dass die Lagerung von Castoren nach fachlich-sachlichen Gesichtspunkten und nicht nach parteitaktischen Gesichtspunkten erfolgen soll. Wir haben uns damals sehr stark auf die Transporte konzentriert.

(Zuruf des Abg. René Rock (FDP))

Das zum letzten Absatz dieses Antrages.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, eine zweite Vorbemerkung: Biblis ist ein Zwischenlager, aber kein Endlager, und es wird auch kein Endlager dort geben.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 89/DIE GRÜNEN)

Die Zeit des Zwischenlagers ist begrenzt auf das Jahr 2046. Eine Klage des Kreises Bergstraße, mit dem Herunterfahren des Reaktors dort auch die Zwischenlagerung zu beenden, ist vor Gericht gescheitert.

Die neue Bundesumweltministerin der SPD hat gleich bei ihrem ersten Auftritt zum Thema Kernenergie ihre mangelnde Kompetenz und ihr mangelndes Fingerspitzengefühl bewiesen. Sie hat in der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 26. Dezember 2013 gefordert, die Lagerung von derzeit noch im Ausland befindlichen Castoren nicht nach sachlich-fachlichen Gesichtspunkten,

(Timon Gremmels (SPD): Sachliche Feststellungen!)

sondern nach Parteifarben vorzunehmen, wörtlich:

Es kann nicht sein, dass nur sozialdemokratisch geführte Regierungen Atommüll aufnehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sagt eine Ministerin – zwar neu im Amt, aber da hätte man auch anders handeln können. Im Übrigen hat sie übersehen, dass Baden-Württemberg grün und nicht rot geführt ist; von daher ist der Satz schon völlig falsch.

Zweitens. Daraufhin erfolgte eine Reaktion von Ministerpräsident Volker Bouffier am 5. Januar 2014 in der „Welt“ – und jetzt lese ich Ihnen den ganzen Absatz vor, nicht nur den ersten Satz –:

Auch dazu haben wir in unserem Koalitionsvertrag mit den GRÜNEN eine Lösung gefunden. Es erscheint mir allerdings nicht zielführend, Castortransporte aus dem britischen Sellafield, die wir mit Tausenden Polizeibeamten absichern müssen, von der Küste aus Hunderte von Kilometer durchs Land zu schicken, nur damit auch ein unionsregiertes Land von der Zwischenlagerung betroffen ist.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Das ist der Kern dieses Absatzes. Weiter führt er aus: „Das ist doch völliger Unsinn!“ – Er fordert sachliche Prüfung.

Frau Ministerin Hinz erklärt am 30. Januar bei der dpa:

Wir haben uns bereit erklärt, wenn es sachlich und fachlich geboten ist, auch in Biblis eine Zwischenlagerung von Castoren zu ermöglichen.

Wie in der Koalitionsvereinbarung.

Minister Al-Wazir sagt einen Tag später zur „FAZ“:

Wenn eine fachliche Prüfung am Ende ergäbe, dass es helfen würde, wenn Castoren in Biblis zwischenlagert werden, würden wir uns dem nicht entgegenstellen.

Wiederum genau, was im Koalitionspapier steht.

(Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau! – René Rock (FDP): Sie wollen also einlagern!)

Liebe Opposition, die Koalition ist in diesem Punkt geschlossen – geschlossener, als Sie es gern hätten, und es gibt keine Abweichungen.

Jetzt kommt das Schönste an dem Ganzen: Frau Hendricks, die Umweltministerin in Berlin, hat es inzwischen begriffen und erklärt dem „Spiegel“:

Der Atommüll kennt keine Parteigrenzen, sondern muss nach fachlichen Kriterien möglichst sicher gelagert werden. Ich appelliere an die Solidarität der Bundesländer, in denen es standortnahe Zwischenlager gibt.

Was sind denn „standortnahe Zwischenlager“? Das sind die mit den geringsten Transportwegen. Dann sind wir auch wieder bei dem, was eigentlich schon lange Konsens ist. Frau Hendricks ist, glaube ich, inzwischen vernünftig geworden.

Biblis, das können wir hier sagen, ist nicht standortnah. Aber wir wollen ja nicht allein die Transportwege, sondern die gesamte Sicherheit prüfen. Die Opposition hat es noch nicht verstanden. Abschließend: Wir stellen uns nicht aus der Verantwortung, wenn es denn fachliche Gründe gibt.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS/DIE GRÜNEN)

Das ist vielleicht schmerzhaft für die SPD, wenn ihre Bundesministerin so herumeiert. Aber wir wollen dieses Thema nach sachlich-fachlichen Gesichtspunkten abarbeiten.

(Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Einige sachliche Anmerkungen. Erstens. Biblis als Zwischenlager wird von RWE betrieben und nicht vom Land Hessen. Biblis hat eine gültige Genehmigung bis 2046. Biblis hat etwa 100 Castoren, die dort ohnehin gelagert werden müssen, nämlich die, die schon dort sind, und die, die noch gefüllt werden, wenn denn die Brennstäbe aus den beiden Reaktorblöcken dazukommen. Dazu kämen fünf Castoren, nämlich diejenigen mit Ware, die irgendwann schon einmal für die Energieerzeugung in Biblis war. 5 % mehr Abfall zu dem, was heute dort steht: Ich glaube, darüber kann man doch nicht ernsthaft viele Worte verlieren und das verhindern wollen; denn – auch das ist geregelt – das Lager in Biblis ist nur für die Brennstäbe da, die auch in Biblis angefallen sind.

Die Transportwege sind natürlich wichtig, Stichwort: sachliche Prüfung.

Dritte Anmerkung. Ich glaube auch nicht, dass RWE bereit wäre, ein zusätzliches neues Genehmigungsverfahren einzuleiten, wenn RWE denn tatsächlich den Wunsch hätte, dort weitere Castoren zu lagern, die nicht Stoffe aus Biblis enthalten.

Noch ein Satz dazu, dass sich in diesen Tagen erstmals die Gemeinde Biblis zur Frage weiterer Castoren geäußert hat. Wir, das Land Hessen, haben Biblis in dem sich lange andeutenden Strukturwandel unterstützt. Biblis ist unter anderem ein Sonderfall, ein EFRE-Gebiet, also ein besonderes Fördergebiet. Auch das sollte man einmal in diese Diskussion hineinbringen. Wenn jetzt die Bürgermeisterin in Biblis, die im Kreis Bergstraße in der SPD-Kreistagsfraktion sitzt, lauthals ruft: „Keine weiteren Castoren nach Biblis, weil dann unser Strukturentwicklungskonzept zusammenbricht“, dann bin ich mir an dieser Stelle sicher, dass sich ein potenzieller Investor wegen einer solchen Frage nicht für oder gegen Biblis entscheidet.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Das Kernkraftwerk ist da, es wird zurückgebaut. Wir als Land Hessen haben für Biblis deutliche Förderungen geleistet und werden dort deutliche Förderungen leisten, damit eine Umstrukturierung erfolgreich sein wird.

Die Kritik der Opposition an dem Verhalten und den Aussagen der Koalition geht fehl. Der Ministerpräsident lehnt mit Recht eine politisch motivierte Lagerung von Castoren ab. Er verschließt sich nicht, wie auch die ganze Koalition, sinnvollen, fachlich fundierten Lösungen. Insoweit zeugt das Verhalten der Koalition von Verantwortungsbewusstsein, das wir haben – Verantwortungsbewusstsein, das die Bundesumweltministerin der SPD nun offenbar auch hat, zu Beginn jedoch nicht hatte. Die Frage der Castorenzwischenlagerung ist nicht einfach, sie erfordert Sachverstand und Fingerspitzengefühl.

Trotz allem wünschen wir der Umweltministerin in Berlin den besten Erfolg in der Frage der Endlagersuche; denn ein Erfolg in der Frage der Endlagersuche ist kein Erfolg einer Ministerin, das ist ein Erfolg für Deutschland und ein Erfolg für uns alle, an dem sich schon viele versucht haben und den keiner erreicht hat – ob Rot, ob Schwarz, ob Grün. Das müssen wir einfach einmal so feststellen.

In Hessen jedenfalls ist die Lagerung weiterer Castoren in Biblis kein Thema, mit dem SPD, FDP oder LINKE einen Spaltpilz in die Koalition treiben könnten; da müssen Sie von der Opposition schon früher aufstehen, wenn Sie das wollen. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Noch früher?)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Frau Abg. Schott für die Fraktion DIE LINKE.

Marjana Schott (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich finde es sehr spannend, was für Reden wir hier heute Morgen hören – vor allem, wenn man sich vergegenwärtigt, was dieselben Menschen noch vor einem halben, einem, zwei oder gar fünf Jahren gesagt haben.

Wenn der Ministerpräsident sich jetzt Sorgen macht, dass Castortransporte durch das Land doch sehr aufwendig seien und Proteste mit sich ziehen würden, dann hätte ich das doch gern all die Jahre davor gehört, als er der Meinung war, dass Menschen, die gegen Castortransporte protestieren, kriminell seien, und als es symbolische Aufforderungen zu angeblich kriminellen Handlungen gab, als versucht worden ist, Menschen, die sich berechtigt Sorgen um unser Land machen, in eine Ecke zu drängen, als seien sie weltfremde Spinner.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich denke, es wird auch weiter Protest gegen Castortransporte geben; denn der Protest war immer ein Protest gegen die Transporte, aber vor allen Dingen war er ein Sinnbild und Protest gegen die ganze Atompolitik. Darum ging es doch. Es ging doch nicht nur darum, dass Dinge von A nach B bewegt werden und damit ein Risiko darstellen. Es ging doch vor allem darum, dass immer weiter Atom Müll produziert wird, von dem wir nicht wissen, wohin er soll, den wir quer durch die Welt schieben und bei dem wir keine Idee haben, wie wir ihn zwischenlagern, bei dem wir überhaupt keine Idee haben, wo wir ihn endlagern. Dagegen haben Menschen protestiert, und das muss aufhören.

(Beifall bei der LINKEN)

Trotzdem sagen wir: Man muss ernsthaft darüber nachdenken, ob man in Biblis zwischenlagert. Und das ergibt auch Sinn; denn tatsächlich – davor sollte man die Augen nicht verschließen – ist das doch ein Zwischenlager, und zwar seit vielen Jahren. Und tatsächlich erzählt uns die fast selbe Regierung seit Jahren, dass das ein sicherer Standort ist. Er war sogar sicher, um dort zu produzieren.

Jetzt ist plötzlich alles mit großem Risiko behaftet. Was stimmt eigentlich? Stimmt es, dass man dort nicht zwischenlagern kann, weil das verantwortungslos wäre? Dann war alles, was in den letzten Jahren gemacht worden ist, hochgradig verantwortungslos, weil das noch deutlich weiter ging.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Oder aber man muss sagen: Wir haben jetzt dieses Dilemma, und mit diesem Dilemma müssen wir mit der größtmöglichen Sicherheit umgehen, d. h. Sorge dafür tragen, dass das, was dort bereits eingelagert ist, auch sicher eingelagert ist. Ich weiß wirklich nicht, ob das möglich ist. Aber darüber muss man dann reden. Dann muss man feststellen, wann es so sicher eingelagert ist, dass es sowohl einem Angriff aus terroristischer Motivation als auch einem Unfall wie einem Flugzeugabsturz standhalten kann. Das sind die Fragen, die uns hier beschäftigen müssen.

Ich glaube, wenn man Spaltpilze essen könnte, dann hätten wir viele Nahrungsmittel in diesem Land produziert, wenn man die Wortwahl der letzten Tage betrachtet. Aber das ist an dieser Stelle nicht hilfreich. Wir müssen ernsthaft diskutieren, in welcher Weise dieser Standort baulich und auf anderem Wege, worüber die Fachleute reden müssen, so hergerichtet werden kann, dass er tragfähig ist. Oder aber man muss zu dem Ergebnis kommen, dass das nicht geht. Aber dazu braucht man klare und fachliche Aussagen. Genau die müssen getroffen werden, und an der Stelle müssen die notwendigen Investitionen getätigt werden.

Ich möchte dann auch nicht mehr hören, wenn Menschen protestieren, dass es verantwortungslos sei, wenn sie das tun. – Nein, sie machen auf ein Problem aufmerksam.

Ich glaube, wir müssen auch sehr viel deutlicher in Richtung Berlin signalisieren, und zwar alle, die Verantwortung haben, dass man über alternative Energien nicht so diskutieren kann, wie es zurzeit geschieht, und gleichzeitig sagt, man will abschalten. Denn wir müssen unbedingt alle Möglichkeiten ausschöpfen, alternative Energien zu produzieren, damit wir tatsächlich vom Atomstrom wegkommen. Die Diskussion, wie sie im Moment geführt wird, hat eher die Tendenz, alle möglichen Türen, Törchen oder Hintertüren aufzumachen, um eben nicht auszusteigen. Aber solange diese Sicherheit des Ausstiegs nicht gegeben ist, werden Menschen in diesem Land weiter auf die Straße gehen. Das kann ich Ihnen garantieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb müssen wir an dieser Stelle doppelt Sorge tragen, nämlich den Ausstieg sicher machen, die erneuerbaren Energien voranbringen sowie so wenig wie möglich transportieren und so sicher wie möglich lagern. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und der Abg. Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Frau Kollegin Dorn für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Rock, Sie haben eben gesagt, unser Kompromiss, den wir in der schwarz-grünen Koalition beschlossen haben, sei schlecht für Hessen. Im Gegenteil, Herr Rock, wenn der Prozess zur Suche eines offenen Endlagers enden würde, dann hätten wir ein echtes Problem für Hessen. Das wäre wirklich schlecht für Hessen; denn wir haben alle ein gemeinsames Interesse daran, dass das Zwischenlager in Biblis ein befristetes Zwischenlager bleibt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Dafür brauchen wir diesen offenen Prozess zur Endlager-suche, damit der Müll endlich in ein, soweit es geht, sicheres Endlager kommen kann.

Meine Damen und Herren, es ist kein Geheimnis, dass wir, CDU und GRÜNE, in der letzten Legislaturperiode eine unterschiedliche Haltung zu dieser Frage hatten. Es geht im Kern darum, dass die Castoren aus den Wiederaufbereitungsanlagen Sellafeld und La Hague nicht mehr nach Gorleben rollen sollen. Insofern ist die Frage: Wohin kommen jetzt die übrigen Castoren?

Es ist auch kein Geheimnis, dass wir GRÜNE uns in der letzten Legislaturperiode prinzipiell dazu bereit erklärt haben. Ich verstehe, dass die Opposition darauf wartet, dass wir uns an diesem Punkt streiten. Aber, liebe Oppositionsfraktionen, das ist gar nicht der Fall. Wir streiten uns gar nicht. Wir haben einen sehr guten Kompromiss gefunden, wie wir diesen Prozess lösen wollen.

Wir wollen diese Frage rein sachlich angehen. Wenn es sich nach rein sachlichen Erwägungen als notwendig erweist, dass eine Zwischenlagerung in Biblis erfolgen soll, dann werden wir das auch tun. Diesen Kompromiss tragen wir gemeinsam, auch vor Ort, auch wenn er schwierig ist. Es gibt keinerlei Grund, zu sagen, dass wir uns streiten würden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Manfred Pentz (CDU): Sehr richtig!)

Ich bin dem Kollegen Stephan dankbar, dass er die Zitate komplett vorgelesen hat. Herr Rock, es ist ein beliebtes Spiel, dass man Zitate so verkürzt, dass sie am Ende nicht mehr so klingen, wie sie eigentlich gemeint waren.

(René Rock (FDP): Das ist völliger Unsinn!)

– Das ist überhaupt nicht völliger Unsinn. – Herr Rock, Sie haben das Zitat nicht fortgeführt. Das hat Herr Stephan Ihnen gerade gezeigt. Es war eine Reaktion auf Bundesumweltministerin Hendricks, die am Anfang eine andere Position hatte, als sie jetzt hat. Sie hat gemeint, es geht darum, dass nicht nur sozialdemokratisch geführte Regierungen Atommüll aufnehmen sollen. Darauf hat der Ministerpräsident reagiert. Ich finde, er hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es nicht sein kann, dass man das nur macht, um ein unionsregiertes Bundesland betroffen zu machen.

Es geht bei dieser Frage nicht um Parteizugehörigkeit, es geht um sachliche Erwägungen. Auch das hat Tarek Al-Wazir so gesagt. Das ist unser Kompromiss, und zu dem stehen wir. Es ist ein sehr guter Kompromiss.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Ich freue mich sehr, dass Bundesumweltministerin Hendricks mittlerweile ganz auf unserer Linie ist. Ich darf es zitieren, weil es wirklich sehr gut dargestellt ist. Am 17.01., ein paar Tage nach ihrer ersten Äußerung, sagte sie:

Bund und Länder haben sich darauf verständigt, dass die Castoren auf drei Zwischenlager in drei Bundesländern verteilt werden. Ich bin gar nicht auf Hessen fixiert. Aber ich erwarte, dass wir mit allen betroffenen Bundesländern jetzt auf der Basis sachlicher Kriterien eine Lösung finden.

Sehr richtig.

(Norbert Schmitt (SPD): Sehr gut!)

Auf die Frage:

Aber ein unionsregiertes Land sollte es schon sein, das Castoren neben den beiden rot-grünen Ländern aufnimmt?

sagt sie als Antwort:

Es wäre völlig falsch, diese Frage parteipolitisch zu sehen.

Sehr richtig, Frau Hendricks.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben eine gemeinsame Verantwortung für diesen weiteren Prozess. Ich glaube, dass die Proteste im ganzen Land kleiner werden können, wenn wir erklären, wozu die letzten Zwischenlagerungen notwendig sind, warum die Transporte notwendig sind, dass wir uns in einem ganz wichtigen Prozess befinden, nämlich der Suche nach einem Endlager, dass diese Suche endlich offen passieren soll, dass Gorleben nicht mehr fixiert wird.

Das ist ein unglaublich wichtiger Prozess für die ganze Bundesrepublik Deutschland. Es wird weiter Proteste geben, und das ist auch in Ordnung. Aber ich glaube, sie werden abnehmen, sie werden mit einer anderen Schärfe geführt werden.

Das ist das, was wir alle nach außen transparent machen müssen. Ich bin der Linksfraktion dankbar, die sich gerade klar positioniert hat, dass man aufgrund sachlicher Erwägungen verantwortungsvoll damit umgeht. Wir sollten vor Ort deutlich machen, weil dort die Nöte und Sorgen besonders groß sind, dass klar sein muss: Wenn wir ein Endlager gefunden haben, dann ist in Biblis das Zwischenlager befristet. Das ist die beste Garantie dafür, deswegen ist dieser Prozess so wichtig. Wir sollten alle gemeinsam daran arbeiten, dass die Menschen in diesem Land das wissen. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Frau Staatsministerin Hinz.

Priska Hinz, Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Präsident, einen schönen guten Morgen, liebe Abgeordnete! Herr Schmitt, ich freue mich sehr, dass Sie uns als Landesregierung so viel Fürsorge und Zuwendung angedeihen lassen wollen. Aber an dieser Stelle ist es völlig unnötig. Das kann ich schon einmal sagen.

(Zurufe von der SPD: Oh! – Gegenrufe von der CDU)

Es ist völlig unnötig, weil es innerhalb der Landesregierung in der Frage der Zwischenlagerung von Castoren in Biblis überhaupt keinen Dissens gibt. Auch die Aussage des Ministerpräsidenten, auf die Sie hingewiesen haben,

bleibt nach wie vor richtig. Frau Hendricks hat als Bundesumweltministerin nämlich gesagt:

Es kann nicht sein, dass nur sozialdemokratisch geführte Regierungen Atommüll aufnehmen.

Der Ministerpräsident hat geantwortet:

Es erscheint mir allerdings nicht zielführend, Castortransporte aus dem britischen Sellafield, die wir mit Tausenden Polizeibeamten absichern müssen, von der Küste aus Hunderte von Kilometern durchs Land zu schicken, nur damit auch ein unionsregiertes Land von der Zwischenlagerung betroffen ist.

Da hat er als Antwort auf Frau Hendricks doch völlig recht.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Manfred Pentz (CDU): So sieht es aus!)

Was hätte denn die Bundesumweltministerin als Kriterium für Hessen genannt, wenn im September Rot-Grün hier eine Mehrheit gehabt hätte? Was hätte sie denn dann für ein Argument vorgebracht?

(Heiterkeit des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Egal ob unionsgeführt oder sozialdemokratisch geführt, ob grün geführt – wir alle sind in der Verantwortung, zu schauen, wie man am besten die Castoren zwischenlagert, bis wir nach dem Endlagersuchkonzept auch tatsächlich ein Endlager in der Bundesrepublik haben. Zu dieser Anstrengung sind wir alle aufgerufen,

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und zwar deshalb alle, weil alle, die daran interessiert sind, das Problem wirklich zu lösen, dem Endlagersuchgesetz zugestimmt haben, dass keine Castoren mehr nach Gorleben kommen sollen, damit man ein Endlagersuchkonzept auf den Weg bringt. Dann muss natürlich, allerdings nach fachlichen Kriterien, geschaut werden, wo man die Castoren unterbringen kann.

Zu den fachlichen Kriterien zählt erstens die Frage der Platzkapazität. Für Biblis gilt, dass noch etwa 1.000 Brennelemente aus Biblis A und B selbst dort gelagert werden müssen, damit wir die Blöcke kernbrennstofffrei machen können, um danach den Rückbau zu organisieren. Das ist wichtig, und dann muss man schauen, wie viel Platzkapazitäten es noch für mögliche andere Castoren gibt.

Der zweite Punkt ist der Sicherheitsaspekt. Das Problem ist immer besonders groß, wenn Castoren von der Schiene auf die Straße umgeladen werden und lange auf der Straße rollen müssen. Das ist der größte Gefährdungspunkt, also auch ein entscheidendes Kriterium.

Die Polizei hat darum gebeten, auch diesen Aspekt bei der Auswahl angemessen zu berücksichtigen. Und das werden die Umweltministerinnen und Umweltminister aller Länder und des Bundes auch so tun.

(René Rock (FDP): Was bedeutet das für Hessen?)

Drittens stellt sich natürlich auch die Kostenfrage als relevanter Aspekt. Zurzeit ist es so, dass die Energieversorger glauben, das trägt einmal locker alles die öffentliche Hand. Das finde ich schon bemerkenswert. Eigentlich gilt ja das Verursacherprinzip: Der, der den Müll produziert, ist auch dafür zuständig, dass der Müll beseitigt wird.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das werden noch wichtige Verhandlungen mit den Energieversorgern. Diese Verhandlungen muss allerdings im Wesentlichen der Bund führen. Die Bundesumweltministerin hat hoffentlich im Blick, dass sie da in der Verantwortung ist, entsprechend mit den Energieversorgern die Gespräche aufzunehmen.

Wenn wir zwischen den Umweltministerinnen und Umweltministern eine Klärung unter den fachlichen Gesichtspunkten herbeigeführt haben, wo Castoren am besten einzulagern sind, dann muss mit den Energieversorgern gesprochen werden, dass sie entsprechende Anträge auf Genehmigungen stellen. Das ist ein weiterer Aspekt. Auch das liegt in der Verantwortung des Bundes. Die Anträge müssen nämlich beim Bundesamt für Strahlenschutz gestellt werden. Dort läuft das Genehmigungsverfahren. Das ist nicht einfach und dauert lange.

Deswegen hoffe ich sehr, dass wir jetzt relativ rasch in die Verhandlungen zwischen Bund und Ländern einsteigen und zu einem Ergebnis kommen, damit auch das Bundesumweltministerium handeln kann und die Energieversorger entsprechende Anträge stellen werden.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, anschließend, wenn zwischen Bund und Ländern klar ist, welche Zwischenlager tatsächlich geeignet sind, würde ich natürlich, sofern Biblis eine Priorität hat, mit den kommunal Verantwortlichen vor Ort sprechen – sowohl in Biblis als auch an der Bergstraße. Das ist doch klar.

(Norbert Schmitt (SPD): Sehr gut!)

Wir können doch kein Interesse daran haben, wenn Biblis infrage kommt, dass wir eine Front haben oder aufbauen lassen zwischen uns, die wir auch Verantwortung tragen, und denen vor Ort, die Verantwortung tragen. Man muss dann auch gegenüber der Bevölkerung deutlich machen, warum es notwendig ist – ich glaube, das ist auch verständlich zu machen –: weil wir die Atomenergie geordnet und sicher beenden wollen.

Das ist anders als mit den Castortransporten nach Gorleben in den letzten Jahren. Da wurde wieder die Schleuse für Atomenergie, für die Produktion geöffnet. Die Befürchtung war, es gibt weiteren, noch mehr Atommüll, und Gorleben wird schleichend zu einem Endlager nach politischen und nicht fachlichen Kriterien ausgewählt. Ich glaube, dies können wir für Biblis ausschließen.

(Demonstrativer Beifall des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Wir sollten die Diskussion über Zwischenlager und Endlager gar nicht vermischen. Für Biblis könnte eine Zwischenlagerung infrage kommen, kein Endlager. Für ein Zwischenlager gelten fachliche Kriterien. Wenn die allerdings festgestellt sind, werde ich mit der Bevölkerung reden, mit den kommunalpolitisch Verantwortlichen. Ich hoffe, dass wir einen gemeinsam zu verantwortenden Weg in diesem Sinne gehen können.

Das ist die gemeinsame Haltung der Landesregierung. Sie brauchen dazu überhaupt keine Aktuellen Stunden mehr zu machen. Da stehen wir zueinander, und ich hoffe, Sie stehen auch dazu.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der SPD)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, zu diesen beiden Aktuellen Stunden liegen mir nun keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit sind die beiden abgehalten.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 23:**

Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend eine Aktuelle Stunde (Rabattprogramm „FRA Connect“ bringt mehr Lärm – Genehmigung widerrufen) – Drucks. 19/46 –

Tagesordnungspunkt 13:

Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Fraport-Rabattprogramm „FRA Connect“ bringt mehr Lärm – Drucks. 19/28 –

und **Tagesordnungspunkt 28:**

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der FDP betreffend Incentive-Programm der Fraport AG ist Beitrag für wirtschaftliche Prosperität des Frankfurter Flughafens – Drucks. 19/63 –

Erste Wortmeldung zum Punkt 23, Frau Abg. Wissler für die Fraktion DIE LINKE.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für die Befürworter des Flughafenausbaus war die angeblich stetig steigende Verkehrsnachfrage das zentrale Argument für den Flughafenausbau. Deshalb bräuchte man eine weitere Landebahn und das dritte Terminal. Dahinter müssten die Interessen der Menschen, die unter dem Lärmteppich leiden, zurückstecken.

(Vizepräsident Frank Lortz übernimmt den Vorsitz.)

Wenn man jetzt aber einen Blick in die Statistik der Flugbewegungen wirft, dann zeigt sich, dass die Zahl der Flugbewegungen am Frankfurter Flughafen zwischen 2004 und 2012 nur um etwa 1 % zugenommen hat und derzeit sogar rückläufig ist. Mit dem bestehenden Drei-Bahnen-System, das wir vor dem Bau der Nordwestlandebahn hatten, hätten 520.000 Flugbewegungen pro Jahr bewältigt werden können. Diese Zahl ist heute noch lange nicht erreicht. Das zeigt, dass es überhaupt keinen Bedarf für die Nordwestlandebahn gab und dass alle Prognosen Lug und Trug waren.

(Beifall bei der LINKEN)

Durch den Flughafenausbau sind jetzt trotz einer sinkenden Zahl an Flugbewegungen mehr Menschen von Lärm betroffen – was für ein Irrsinn. Wir haben immer gesagt, dass die prognostizierten Steigerungen weder realistisch noch gar erstrebenswert sind; denn die Grenzen der Belastbarkeit am Flughafen sind lange überschritten. Aber statt einzugestehen, dass die Prognosen falsch und die Zahlen geschönt waren, und den Bau des Terminals 3 endlich abzu blasen, hat Fraport nun ein Anreizprogramm aufgelegt, um die Nachfrage anzukurbeln. Damit demonstriert Fraport einmal mehr, wie gleichgültig ihr der Lärmschutz und die Gesundheit der Menschen in der Region sind.

Im November 2013 wurde beim hessischen Verkehrsministerium eine Änderung der Entgeltordnung beantragt. Mit dem Programm „FRA Connect“ versucht die Fraport, zusätzliche Auslastungen zu erzeugen, indem sie Fluggesellschaften Geld für zusätzlichen Flugverkehr verspricht. Ich bin gespannt, ob sich Fraport auch noch ein Programm ausdenkt, um die prognostizierte Zahl der zusätzlichen Arbeitsplätze zu erreichen, die angeblich durch die neue Landebahn entstehen sollten.

(Beifall bei der LINKEN)

Durch dieses Rabattprogramm soll mehr Flugverkehr – und damit mehr Lärm – erreicht werden. Es differenziert nicht einmal danach, ob der Verkehrszuwachs am Tag oder in der Nacht stattfindet; denn auch zusätzlicher Flugverkehr in den Nachtrandstunden, also zwischen 22 und 23 Uhr und zwischen 5 und 6 Uhr, soll gefördert werden.

Dieses Rabattprogramm konterkariert die ohnehin spärlichen Bemühungen im bestehenden Entgeltsystem, Anreize für weniger Lärm zu schaffen. Das hat selbst die schwarzgelbe Landesregierung beim sogenannten Lärmgipfel als öffentliches Interesse eindeutig formuliert.

Nach Angaben der Fraport werde der Rabatt zwar nur gewährt, wenn es angeblich lärmarme Flugzeuge sind, die dort zum Einsatz kommen. Aber wenn man sich die Liste der Flugzeugtypen anschaut, die laut Fraport für das Programm infrage kommen, dann kommen da doch Zweifel auf. Ich darf die Rechtsanwältin des Landkreises Groß-Gerau, Frau Philipp-Gerlach, zitieren, die in ihrer Stellungnahme zu Recht schreibt:

Ein leises Fluggerät gibt es nicht.

Nutznieser dieses Programms ist in erster Linie die Lufthansa, weil 60 % des Bewegungsaufkommens am Frankfurter Flughafen auf die Lufthansa zurückgehen.

Zudem dienen die Entgelte der Finanzierung der passiven Schallschutzmaßnahmen. Das heißt also, die Mittel für den passiven Schallschutz könnten durch das Rabattprogramm verringert werden.

Dieses Programm liegt sicherlich nicht im öffentlichen Interesse. Trotzdem wurde es vom damaligen Minister Rentsch genehmigt und trat zum 1. Januar 2014 in Kraft. Wir halten diese Entscheidung auch aufgrund der nicht eingehaltenen Fristen für rechtswidrig. Der Ablauf widerspricht eindeutig den Vorgaben des Luftverkehrsgesetzes. Hier wurden einmal mehr Fristen übergangen, um wieder im Hauruckverfahren den Wünschen der Fraport nachzukommen.

Daran gibt es zu Recht breite Kritik. Die Fluglärmkommission hat darüber beraten. Sie lehnt die Änderung ab, weil damit zusätzliche Flugbewegungen und mehr Lärm zu befürchten seien. Auch die Städte Frankfurt, Hochheim, Rüsselsheim, Darmstadt, Wiesbaden und Mainz sowie der Landkreis Groß-Gerau haben sich alle eindeutig gegen das Rabattprogramm ausgesprochen. Im Kreistag des Maintaunus-Kreises wurde letzte Woche auf Antrag der SPD der Beschluss gefasst, Herrn Minister Al-Wazir aufzufordern, die genehmigte Entgeltordnung zu widerrufen.

Nun haben wir bekanntermaßen zumindest in Teilen eine neue Landesregierung. Wir haben einen grünen Verkehrsminister. Die GRÜNEN haben im Wahlkampf mehr Lärmschutz versprochen. Ich finde, das wäre wirklich einmal eine Gelegenheit, zu zeigen, dass Sie dieses Versprechen

noch ernst nehmen und dass Ihnen die Menschen in der Region wichtiger sind als die Harmonie in der Koalition.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Genehmigung kann aus formalen und aus inhaltlichen Gründen widerrufen werden. Deswegen fordern wir Herrn Minister Al-Wazir auf, zu handeln und die Genehmigung zurückzuziehen.

(Beifall der Abg. Willi van Ooyen und Hermann Schaus (DIE LINKE))

Herr Präsident, ich komme zum Schluss meiner Rede. – Mit dem Rabattprogramm wird kein neuer Flugverkehr geschaffen. Mit diesen fragwürdigen Sonderangeboten wird noch mehr Flugverkehr nach Frankfurt verlagert. Es wird damit noch mehr Lärm und Schadstoffemissionen geben. Die Grenze der Belastbarkeit ist erreicht. Deshalb fordern wir: Die neue Landebahn muss stillgelegt werden. Wir brauchen kein Terminal 3. Wir wünschen den Bürgerinitiativen alles Gute und vor allem viel Ausdauer im Kampf gegen den Fluglärm.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kollegin Wissler, vielen Dank. – Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Arnold für die CDU-Fraktion.

Dr. Walter Arnold (CDU):

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Wissler, Ihre Entscheidung, mit diesem Antrag das Rabattprogramm der Fraport im Rahmen einer Aktuellen Stunde zu behandeln, vor allen Dingen aber auch Ihre eben gemachten Ausführungen zeigen, dass es Ihnen gar nicht um eine ernsthafte Diskussion dieser Angelegenheit geht. Sie wollen erneut Klamauk machen. Vor allen Dingen wollen Sie mit diesem Antrag versuchen, die neue schwarz-grüne Koalition oder gar Verkehrsminister Tarek Al-Wazir in Verlegenheit zu bringen. Ich sage Ihnen eines: Das wird Ihnen damit nicht gelingen.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal betonen, dass die Flughafenbetreibergesellschaft Fraport zu einem großen Teil eine Beteiligung des Landes Hessen ist. Sie gehört damit den hessischen Bürgerinnen und Bürgern, die ein großes Interesse daran haben, dass einerseits die Auswirkungen des Lärms und anderes natürlich eingeschränkt werden, dass aber zum anderen die Auswirkungen mit Bezug auf die Wirtschaftskraft und die Unterstützung der Unternehmen in der Region und darüber hinaus stattfinden. Auch das ist ein wichtiges Anliegen, das ich hier noch einmal deutlich sagen möchte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Fraport hat ihren Antrag auf Änderung der Entgeltordnung gestellt, um ihren Betriebsablauf zu optimieren. Ich möchte deutlich sagen, dass der im November 2013 gestellte Antrag vom Wirtschaftsministerium im Dezember 2013 genehmigt wurde. Die geänderte Entgeltordnung ist rechtskräftig, denn die Airlines haben auf die Einhaltung der von Ihnen genannten Frist nach dem Luftverkehrsge-

setz verzichtet. Insofern ist all das, was Sie vorgetragen haben, nicht zutreffend.

Ich sage Ihnen eines: Herr Minister Al-Wazir ist viel zu klug, um eine rechtsbeständige, genehmigte Verwaltungsentscheidung rückgängig zu machen. Das ist Unsinn. Ich denke, er wird Ihnen das nachher noch einmal sehr deutlich sagen.

(Beifall des Abg. Manfred Pentz (CDU))

Das, was Sie in Punkt 2 genannt haben, ist deswegen im Grunde genommen wiederum nur darauf ausgerichtet – es ist der Versuch –, ihn zu einer rechtswidrigen Vorgehensweise zu bringen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das fordert Ihr eigener Bürgermeister!)

Das ist fragwürdig. Das lehne ich entschieden ab.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich rate Ihnen, stattdessen einmal in die schwarz-grüne Koalitionsvereinbarung hineinzuschauen. Dort steht eindeutig:

Deshalb wollen die Koalitionspartner, dass er auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleibt.

Deswegen gehört es zu der gemeinsam mit den GRÜNEN zu verantwortenden Flughafenpolitik, dass wir den Betreiber des Flughafens Frankfurt nicht daran hindern, den Flughafenbetrieb im Rahmen der geltenden Gesetze und im Rahmen der Betriebsgenehmigungen zu optimieren. Ich sage ausdrücklich, dass wir, die Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion, darauf achten werden.

Gleichzeitig gilt aber auch die ebenfalls in der Koalitionsvereinbarung getroffene Aussage:

In dieser Situation ist es vorrangiges Ziel der Landespolitik, die mit dem Betrieb des Flughafens einhergehenden Belastungen für Mensch und Umwelt in einem höchstmöglichen Maß rasch wirksam zu verringern.

Auch dazu stehen die Mitglieder der CDU-Fraktion, und zwar ohne Einschränkungen, gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die Entgeltordnung ist ein probates Mittel, um beispielsweise mit der Spreizung der lärmabhängigen Start- und Landeentgelte ein Anreizsystem zu schaffen, in leisere Flugzeuge zu investieren.

Ich möchte zu den Vorstellungen der LINKEN, mit dirigistischen Maßnahmen die Verlagerung der Kurzstreckenflüge auf die Schiene herbeizuführen, sagen: Wir haben in der Koalitionsvereinbarung klar stehen:

Die Landesregierung wird darauf hinwirken, dass Luftverkehrswirtschaft und Deutsche Bahn AG die Weiterentwicklung des „AirRail-Konzepts“ mit Nachdruck vorantreiben. Damit soll die Zahl der Kurzstreckenflüge verringert werden.

Auch daran haben wir in unserer Koalitionsvereinbarung gedacht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Angela Dorn und Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Frau Wissler, eines will ich noch zum Schluss meiner Rede sagen: Hören Sie endlich auf, über Aufweichungen der aktuellen Nachtflugregelung zu spekulieren. Hören Sie auf, mit den Ängsten der Menschen zu spielen. Das ist nicht in Ordnung.

(Manfred Pentz (CDU): Genau!)

Die Regierungsfractionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen ohne Wenn und Aber zu dem Planfeststellungsbeschluss vom Dezember 2007 und der weitgehenden Bestätigung durch das Bundesverwaltungsgericht.

Wir wollen die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Flughafens Frankfurt. Wir wollen auch, dass es dort in den nächsten Jahren deutlich leiser wird. Das hat Ministerpräsident Volker Bouffier sehr klar und eindeutig vorgestern während der Regierungserklärung so vorgetragen.

Wir, die Mitglieder der CDU-Fraktion, werden gemeinsam mit dem Koalitionspartner BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und gemeinsam mit Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir vertrauensvoll arbeiten. Das ist also unser Programm zum Flughafen Frankfurt für die nächsten Jahre. Wir werden den entsprechenden Erfolg haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Dr. Arnold, vielen Dank. – Das Wort hat nun Herr Abg. Lenders für die FDP-Fraktion.

Jürgen Lenders (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Aufregung, die über die Gebührenstaffelung am Frankfurter Flughafen aufkommt, ist für mich nicht nachvollziehbar, es sei denn, die Unterstellungen von Herrn Dr. Arnold in Richtung Frau Wissler sind richtig.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Sie wohnen ja auch nicht in der Einflugschneise! Ist schon klar, dass das für Sie nicht nachvollziehbar ist!)

Ich glaube, das ist der Grund, warum wir heute so darüber diskutieren.

Es ist vollkommen logisch und im Interesse des Landes, dass Fraport als Flughafenbetreiber versucht, seinen Flughafen möglichst wirtschaftlich zu betreiben. Anreize, die dazu geeignet sind, bestehende Verbindungen auszulasten und neue Langstreckenverbindungen nach Frankfurt zu holen, sind dabei absolut sinnvoll. Die Wachstumszahlen in Frankfurt liegen im nationalen und im internationalen Vergleich deutlich unter denen anderer Flughäfen; Frau Wissler ist schon darauf eingegangen. Den Widerspruch, dass Sie auf der einen Seite monieren, dass die Flugbewegungen und das Wachstum am Frankfurter Flughafen zurückgehen,

(Janine Wissler (DIE LINKE): Ich moniere das nicht, ich stelle fest!)

aber gleichzeitig sagen: „Der Lärm für die Menschen wird immer mehr“, müssen Sie hier irgendwann einmal aufklären, Frau Wissler.

(Beifall des Abg. Wolfgang Greilich (FDP) – Janine Wissler (DIE LINKE): Das hinzukriegen, schafft nur Schwarz-Gelb!

Meine Damen und Herren, das hat etwas mit den schon bestehenden Einschränkungen zu tun, die der Frankfurter Flughafen auszuhalten hat, aber das hat sicherlich auch etwas mit den Unsicherheiten zu tun, die die neue Landesregierung in ihrer Koalitionsvereinbarung niedergeschrieben hat. Als Beispiel nenne ich die Firma Condor.

Insgesamt ist der Trend in Frankfurt aus Sicht der Anwohner insofern erfreulich, als wir mit immer weniger Flugzeugen immer mehr Fluggäste transportieren. Das heißt, die Auslastung der Maschinen und deren Größe steigen, aber gerade der A 380 ist erheblich leiser. Das sind deutliche Unterschiede zu älteren und kleineren Maschinen.

Vor dem Hintergrund sind die Pläne von Fraport, die diese Entwicklung flankieren, keinesfalls schlecht oder eine Verschlechterung für irgendjemanden und auch rechtlich nicht zu beanstanden. Ich sehe hier keinerlei rechtliches Problem, was die Fristen angeht. Wenn Sie das Gesetz vollständig gelesen hätten, dann hätten Sie nicht nur bestimmte Passagen zitiert, sondern bemerkt, dass das Ministerium gar keine andere Wahl hat, als die Gebührenordnung zu genehmigen, Frau Wissler; denn sie ist, wie vom Gesetz gefordert, objektiv, transparent und diskriminierungsfrei. Wenn diese Kriterien erfüllt sind, dann muss die Gebührenordnung genehmigt werden.

Es ist schon eine gewisse Ironie des Schicksals, dass sich ausgerechnet DIE LINKE auf Vorschriften bezieht, die im Gesetz als Schutz für Fluggesellschaften vor Preiserhöhungen formuliert worden sind. Das ist schon bemerkenswert.

(Beifall des Abg. Marius Weiß (SPD))

Der vom Ministerium erlassene Verwaltungsakt stellt niemanden schlechter als vorher.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Die Anwohner!)

Deshalb ist auch niemand klageberechtigt. Folglich wird keine der Airlines die neue Regelung infrage stellen, denn niemand erleidet Nachteile.

(Beifall bei der FDP)

Die Annahme, dass Fraport dem Planfeststellungsbeschluss zuwiderhandelt, weil dieser von anderen Vorzeichen ausging, ist doch absurd. Der Planfeststellungsbeschluss regelt solche Dinge überhaupt nicht und verlangt auch nicht, dass Fraport seine Gebührenordnung nicht ändern darf. Frankfurt hat ein weltweit einmaliges Gebührensystem, das den Lärm eines Flugzeugs berücksichtigt. Wir sollten doch lieber gemeinsam dafür sorgen, dass solche lärmabhängigen Gebühren europaweit verbreitet werden. Dann wäre es ein echter Anreiz für die Airlines, schneller auf lärmarme Flugzeuge umzustellen.

Schauen wir uns doch einmal an, ob sich das Programm, wie von den LINKEN im Antrag behauptet, überhaupt negativ auf die Lärmkulisse auswirkt. Ich sage: Das ist nicht so. Denn das Programm bezieht sich nur auf Strecken, die außerhalb Deutschlands liegen. Außerdem sind die Rabatte nur für lärmarme Flugzeuge möglich. Sie haben es in Ihrer Rede schon etwas dargestellt, Frau Wissler. Aber ob ein

Flugzeug leiser ist als ein anderes, ist objektiv messbar. Das ist nicht subjektive Wahrnehmung, sondern objektiv messbar. Jeder, der schon einen A 380 hat landen hören, wird bestätigen, dass dieser im Vergleich zu vielen anderen Maschinen sehr leise ist und noch dazu viel mehr Passagiere befördert. Im letzten Jahr sind die Passagierzahlen zwar gestiegen, aber die Zahl der Flugbewegungen ist zurückgegangen. Genau dieser Effekt ist doch positiv für den Flughafen und die Anwohner, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Frank Lortz:

Kollege Lenders, Sie müssen zum Schluss kommen.

Jürgen Lenders (FDP):

Genau in dem Bereich setzt das Programm der Fraport an. Das Wachstum, das erreicht werden soll, ist gut für den Frankfurter Flughafen, und es hilft den Menschen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Horst Klee (CDU) – Hermann Schaus (DIE LINKE): Welchen Menschen?)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herzlichen Dank, Kollege Lenders. – Das Wort hat der Abg. Marius Weiß, SPD-Fraktion.

Marius Weiß (SPD):

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann verstehen, wenn die vom Fluglärm besonders stark betroffenen Kommunen erst einmal aufhören, wenn Fraport ein Programm entwickelt, das zusätzliches Wachstum generieren soll. Ich kann verstehen, wenn sich Interessenvertreter wie die Bürgerinitiativen oder auch die Fluglärmkommission hierzu ablehnend verhalten.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Oder die SPD im Main-Taunus-Kreis!)

Aus Sicht derjenigen, die den Ausbau abgelehnt haben, ist dies anscheinend konsequent. Wir als Politiker sind allerdings gehalten, eine politische und eine rechtliche Abwägung vorzunehmen, in die die Interessen des Flughafenbetreibers, der Region und des ganzen Landes einbezogen werden müssen.

Was die rechtliche Bewertung und die Fristen angeht, dazu haben Herr Dr. Arnold und der Kollege Lenders eben schon einiges gesagt. Frau Wissler, ich habe mir unter anderem die Stellungnahmen aus Groß-Gerau, aber auch von der Stadt Mainz zu der Fristenproblematik genau angeschaut; die sind ja dankenswerterweise auf der Homepage der Fluglärmkommission veröffentlicht. Da wurde genau das nicht berücksichtigt, was der Kollege Lenders eben gesagt hat. Es handelt sich hierbei um Schutzfristen zugunsten der Airlines. Diese sind insoweit nicht einschlägig, weil es sich um ein Bundesprogramm handelt. Deswegen ist es nur verständlich – Herr Dr. Arnold hat es gesagt –, dass die Airlines auf die Fristen verzichtet haben.

Bei der politischen Bewertung hat der Gesetzgeber den Rahmen, in dem die Fraport handeln kann, festgelegt. Man

kann nicht über die Genehmigung der Landeentgelte die Festlegungen zur planfestgestellten Kapazität und die Betriebsbeschränkungen aushebeln. Man muss akzeptieren, dass sich Fraport innerhalb der festgesetzten Kapazität so entwickeln kann, wie es erforderlich ist, sich im Wettbewerb mit anderen Flughäfen aufzustellen. Das ist die Aufgabe von Fraport. Diese Aufgabe liegt auch im öffentlichen Interesse. Das Unternehmen muss im Grundsatz selbst bestimmen können, unter welchen Bedingungen der Flughafen genutzt werden kann.

Der Frankfurter Flughafen steht in einer Zeit, in der nahezu alle Airlines Streckenkürzungen vornehmen, im nationalen und im internationalen Wettbewerb. Wir haben eben schon von Flügen von Condor gehört, die nach München oder – gestern kam die Meldung – nach Köln/Bonn verlegt wurden. Wir müssen ein Interesse daran haben, dass sich der Frankfurter Flughafen wirtschaftlich betätigen kann und mit solchen Maßnahmen im Wettbewerb um Kunden werben kann, damit er weiterhin wirtschaftlich erfolgreich ist. Eine solche Maßnahme ist aus unserer Sicht das Incentive-Programm.

Im Übrigen sind wir davon überzeugt, dass das Incentive-Programm Arbeitsplätze sichert, Frau Wissler. Was mich ein bisschen ärgert, ist – ich habe mir im Zuge meiner neuen Aufgabe ein paar Ihrer Reden aus den letzten Monaten und Jahren angeschaut –: Egal ob Sie es waren oder der Kollege Schaus, das Thema Arbeitsplätze ist nicht in einer Rede auch nur ein einziges Mal erwähnt worden.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Stimmt nicht!)

Das finde ich für eine Partei, die selbst meint, eine Stimme der Arbeitnehmer zu sein und für die Gewerkschaften zu sprechen, ziemlich peinlich.

(Beifall bei der SPD und der CDU sowie des Abg. Jürgen Lenders (FDP))

Dass das Incentive-Programm nur für kontinentale und interkontinentale Flüge sowie nur für geräuscharme Flugzeuge gilt, haben wir bereits gehört.

Im Übrigen steht in Ihrem Antrag unter Punkt 3 – das finde ich ganz interessant – noch etwas zum Luftverkehrskonzept. Dazu haben Sie eben überhaupt nichts gesagt. Ich weiß auch, warum. Sie lehnen das Schreiben der Posch-Kommission in Bausch und Bogen ab. Sie schreiben: „komplett inakzeptabel.“ Schauen Sie da mal rein. In den Empfehlungen der Posch-Kommission steht:

... eine umfassende nationale Lärminderungsstrategie ...: Lärminderung der Flugzeuge, Baubeschränkungen und lärmschutzbezogene Nutzungsplanungen im Flughafenumfeld, lärmreduzierende Flugverfahren, lärmabhängige Landeentgelte sowie Betriebsbeschränkungen aus Lärmschutzgründen.

Wenn Sie das als komplett inakzeptabel bezeichnen, dann ist das für mich nur ein Zeichen, dass Sie keinerlei Interesse an einer differenzierten Auseinandersetzung über das Thema haben.

(Beifall bei der SPD und der FDP sowie des Abg. Horst Klee (CDU))

Zum Schluss möchte ich noch zwei Sätze zu unserer neuen Kuschelkoalition sagen, zu Bündnis 90/Die Schwarzen.

(Heiterkeit bei der SPD – Beifall bei der FDP)

Wir werden sehr genau beobachten, welche Versprechungen Sie im Koalitionsvertrag gemacht haben. Ich rede dabei nicht über die bahnbrechende Erkenntnis des Ministerpräsidenten von vor zwei Tagen,

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

dass Tiere Lebewesen sind, sondern wir reden darüber, was zum Flughafen im Koalitionsvertrag steht.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Wir werden uns ganz genau anschauen, was da drinsteht: was die Koalition bei dem Terminal 3 machen will, was zu den Lärmobergrenzen drinsteht, und auch, was zu den Lärmpausen drinsteht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN und von der CDU, Lärmpausen sind im Übrigen keine schwarz-grüne Erfindung, sondern die gibt es mit dem Programm „DROps Early Morning“ im Regelbetrieb schon seit letztem Sommer. Und lesen Sie die „Offenbach-Post“ von gestern dazu, wie sich die Sprecherin Kelek der Deutschen Flugsicherung geäußert hat. Sie hat gesagt: Ja, bei den Starts in den Morgenstunden ist das überhaupt kein Problem; allerdings sind wir äußerst skeptisch, ob das bei den Landungen in den Morgen- und in den Abendstunden überhaupt funktioniert.

Vizepräsident Frank Lortz:

Kollege Weiß, Sie müssen zum Schluss kommen.

Marius Weiß (SPD):

Ich sage Ihnen: Wir werden uns sehr genau anschauen, was die Koalition da macht. Das kann ich Ihnen versprechen. Sie haben uns immer an Ihrer Seite, wenn es darum geht, Maßnahmen umzusetzen, die den Fluglärm reduzieren und gleichzeitig die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit des Flughafens nicht beeinträchtigen.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Sehr gut!)

Das kann ich Ihnen versprechen. Aber wir werden uns sehr genau anschauen, wie Sie sich hier verhalten und wie Sie im Übrigen auch mit Investoren umgehen. Herr Dr. Arnold, da schaue ich jetzt einmal Sie an.

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Weiß, ich schaue jetzt einmal Sie an.

(Heiterkeit)

Die Redezeit ist ein bisschen – –

Marius Weiß (SPD):

Herr Präsident, mein letzter Satz. – Wir werden genau beobachten, ob Sie wirklich umsetzen, was drinsteht, ob Sie an die Betriebsgenehmigung herangehen, an den Planfeststellungsbeschluss, und wie Sie zukünftig mit den Investoren in Hessen umgehen werden. Das werden wir genau beobachten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abg. René Rock (FDP))

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Weiß. – Das Wort hat der Abg. Frank Kaufmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ja, es ist schon eine merkwürdige Debatte. Herr Kollege Weiß, wem das Herz voll ist, dem geht der Mund über. Das haben Sie eben gerade gezeigt. Erst arbeiten Sie sich an den LINKEN ab, und dann sagen Sie, Sie wollen ganz genau hinschauen. Gute Idee – so genau hinschauen, wie wir auf die Berliner Koalitionsvereinbarung schauen, die Ihr Landesvorsitzender mit ausgehandelt hat. Dort steht drin:

Generelle Betriebsbeschränkung mit einem Nachtflugverbot lehnen wir ab.

Das heißt, Sie wollen zurück, aus dem Nachtflugverbot heraus.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Das ist in der Tat ein besonderer Aspekt.

Meine Damen und Herren, von daher kann ich nur sagen: Die Debatte, die wir gerade haben, zeigt,

(Zurufe von der CDU und des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

wie hervorragend doch die Koalitionsvereinbarung, die wir GRÜNE mit der CDU beschlossen haben, gerade beim Thema Flughafen ist. Der Kollege Dr. Arnold hat uns einen Teil zitiert. Ich hänge mich direkt an dieses Zitat an. Das letzte war die Darstellung der Wettbewerbsfähigkeit, und dann kommt zum Flughafen:

Er liegt allerdings in einer sehr dicht besiedelten Region, sodass sein Betrieb auch mit erheblichen Belastungen für seine Umwelt verbunden ist; demgemäß kann die wirtschaftliche Entwicklung des Flughafens nicht alleiniger Maßstab der Politik sein. Diese Feststellungen sind übereinstimmende Grundlage beider Koalitionspartner für die gemeinsam zu verantwortende Flughafenpolitik, ...

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Meine Damen und Herren, genau so ist es. Die Grundlage der Vorredner war es offensichtlich nicht, und leider – aus meiner Sicht – offensichtlich auch noch nicht die Grundlage der Geschäftspolitik der Fraport AG.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Man mag zur Entschuldigung vorbringen, dass deren Anträge über das Incentive-Programm gestellt wurden, bevor sie die Koalitionsvereinbarung lesen konnten.

Zum Inhalt des Incentive-Programms kann man in der Tat unterschiedlicher Meinung sein. Herr Kollege Lenders, was Sie dargestellt haben, das ist eine Position, die dadurch charakterisierbar ist, dass Sie keine Ahnung haben – Entschuldigung. Denn Sie sprachen von dem Lärm des A 380 beim Landen. Nehmen Sie doch bitte zur Kenntnis, dass das Incentive-Programm ausdrücklich und ausschließlich für Starts gilt und die Lärmentwicklung des A 380, des

schwersten Flugzeugs, das wir haben, super heavy, gerade beim Start natürlich deutlich größer ist als das von leichteren. Insoweit haben Sie, wie man früher sagte, Äpfel mit Birnen verglichen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Meine Damen und Herren, ich sagte schon, das Incentive-Programm kann man unterschiedlich beurteilen. Aus meiner Sicht sage ich: Ich halte es für falsch. Frau Kollegin Wissler, gleich dazu: Was falsch ist, muss noch nicht rechtswidrig sein. Umgekehrt ist es immer der Fall: Was rechtswidrig ist, ist auch falsch. Aber was falsch ist, muss nicht rechtswidrig sein. Nach unserer Rechtsordnung ist dieses Programm nicht rechtswidrig, und auch sein Zustandekommen ist nicht rechtswidrig.

Man mag das bedauern. Vielleicht ist das eine oder andere an unserer Rechtsordnung modernisierbar oder korrigierbar. Das will ich durchaus dahingestellt sein lassen. Aber das Argument, man könne es einfach zurücknehmen, ist hinreichend abgeräumt. Da liegen Sie wieder einmal völlig falsch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Vielleicht liegen Sie auch deshalb falsch, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der LINKEN, weil Sie noch nicht verstanden haben, was Rechtsstaat ist, im Gegensatz zum Willkürstaat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – lebhafter Beifall und Zurufe von der CDU – Hermann Schaus (DIE LINKE): Ach du lieber Gott!)

Im letzteren Fall kann man sagen, man nimmt es einfach zurück – nach dem Motto: Der Fürst kommt jetzt zu einem anderen Ratsschluss und nimmt es zurück.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Und das nach dem Biblis-Urteil!)

In einem solchen System leben wir nicht.

Vizepräsident Frank Lortz:

Kollege Kaufmann, Kollege Lenders wollte Ihnen eine Zwischenfrage stellen.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, bei einer Redezeit von fünf Minuten geht das leider nicht. Ich möchte Ihnen noch die Gründe erläutern, warum ich dieses Incentive-Programm eher für falsch halte.

Erstens hat es aus meiner Sicht mit Lärmschutz nichts zu tun. Wenn es insgesamt 16 Lärmkategorien gibt und zwölf davon lärmarm sein sollen, da merken Sie schon, sozusagen mit einfacher Mathematik: Das kann nicht richtig sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Manfred Pentz (CDU))

Allerhöchstens das unterste Drittel könnte man als lärmarm bezeichnen.

Zweitens. Die Schranke bis 88 dB ist so gewählt, um den A 380 beim Starten gerade noch unterzubringen. Natürlich ist auch das keine Lärmarmut.

Drittens. Das Programm soll natürlich die Nachfrage anteuern, zusätzliche Nachfrage schaffen. Und dann kommt noch ein rein ökonomisches Argument. Die Ökonomen lehren einen immer: Oligopole – und internationale Flughafenkonkurrenten sind ein Oligopol – sollten sich nicht mit Rabattprogrammen gegenseitig mit ihren Preisen in den Ruin schaffen. Es ist ein grober Fehler, hier Preisnachlässe zu geben. Denn der Nächste folgt darauf, und am Ende ist nicht nur die Rendite weg – was vielleicht auch uns als Land interessiert –, sondern dann sind auch die Arbeitsplätze gefährdet.

Vizepräsident Frank Lortz:

Kollege Kaufmann, Sie müssen zum Schluss kommen.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, ich komme zum Schluss. Zwischendrin gab es so viel Begeisterung, die muss ich jetzt zeitlich auf meine Kappe nehmen. Das ist schade.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Aber es bleibt dabei: Das Incentive-Programm wird in diesem Jahr so fortgesetzt werden. Die nächste Bearbeitung des Entgeltprogramms der Fraport, einschließlich des Genehmigungsverfahrens, wird vom Wirtschaftsminister Al-Wazir durchgeführt werden. Dann können wir uns über die Details, insbesondere was lärmarme Flugzeuge und lärmarme Zuschläge angeht, hier gerne wieder genauer unterhalten. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Kaufmann. – Das Wort hat der Staatsminister Al-Wazir.

Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Linksfraktion verlangt die Rücknahme des Programms „FRA Connect“. Ich stelle fest: Es handelt sich um eine bereits ergangene rechtsverbindliche Verwaltungsentscheidung, in diesem Fall eine Entscheidung meines Amtsvorgängers. Diese aufzuheben erfordert, unabhängig von der Frage der Inhalte, gewisse rechtliche Voraussetzungen. Frau Kollegin Wissler, diese rechtlichen Voraussetzungen habe ich nach Übernahme des Amtes gewissenhaft geprüft. Ich kann Ihnen sagen: Man mag zu Anreizprogrammen stehen, wie man will, aber die erteilte Genehmigung ist rechtmäßig und damit rechtsbeständig.

Dem Land kommt als Genehmigungsbehörde die Befugnis zu, eine vorgelegte Entgeltordnung auf die Einhaltung zwingender rechtlicher Anforderungen zu prüfen. Sind diese Anforderungen erfüllt, muss die Genehmigung erteilt werden.

Ich sage es ausdrücklich: Rechtlich war nicht zu beanstanden, was die Landesregierung im vergangenen Dezember getan hat.

Die Argumentation mit den nicht eingehaltenen Anhörungsfristen ist – wie soll ich es ausdrücken? – etwas erstaunlich. Frau Kollegin Wissler, diese Anhörungsfristen stehen zum Schutz der Luftfahrtunternehmen im Luftverkehrsgesetz, und zwar deswegen, damit die Unternehmen in dem Fall, dass Entgelterhöhungen drohen, ihre Preise rechtzeitig anheben können und keine Tickets auf einer falschen Berechnungsgrundlage verkaufen. Deswegen stehen diese Fristen im Gesetz. Wenn die durch diese Fristen geschützten Airlines auf die Einhaltung genau dieser Schutzfristen verzichten – weil sie diese Änderungen wollen und es eben nicht um Preiserhöhungen geht –, dann ist die Argumentation, deswegen sei die Genehmigung rechtswidrig erfolgt, leider nicht richtig. Frau Kollegin Wissler, deswegen ist diese rechtliche Entscheidung nicht zu beanstanden.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin allerdings nicht ins Amt gekommen, um die Entscheidungen meines Amtsvorgängers politisch zu rechtfertigen. Ich will meinen Blick stattdessen lieber in die Zukunft richten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Verkehrsministerium bewilligt jährlich die Entgeltordnung des Frankfurter Flughafens. Dabei sind, wie ich bereits gesagt habe, die Grenzen der gesetzlichen Grundlagen zu beachten. Aber innerhalb dieser Grenzen möchte ich in Zukunft die verbleibenden Spielräume so weit wie möglich nutzen, um das Steuerungsinstrument Flughafenentgelte im Interesse von mehr Fluglärmschutz mit Nachdruck einzusetzen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Es ist mir und auch der Koalition – wie Sie in der Koalitionsvereinbarung lesen können – ein Anliegen, die erforderliche Steuerung des wirtschaftlichen Verhaltens der Airlines auch über das zentrale Instrument des Wirtschaftsverkehrs zu bewirken. Das ist nun einmal der Preis. Ich sage Ihnen ausdrücklich: Es geht uns darum, Anreize zu setzen, dass alle Anstrengungen und Mittel in leiseres Fluggerät investiert werden. Genau zu diesem Zweck sind jedes Jahr die Entgeltordnung, die Lande- und Startentgelte neu zu betrachten, damit wir das Ziel erreichen, dass die Luftverkehrsgesellschaften ein großes Interesse daran entwickeln, Frankfurt mit lärmärmeren Fluggeräten anzufliegen, als sie es bisher tun. Der Weg wird herausfordernd sein, aber ich glaube, er lohnt sich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Die Linksfraktion hat in ihrem Antrag ein Luftverkehrskonzept angesprochen. Ich sage ausdrücklich: Uns geht es darum, auf der Bundesebene ein umfassendes, verkehrsträgerübergreifendes und nachhaltiges Mobilitätskonzept einzufordern. Wir müssen Mobilitätsplanung in einem weit verstandenen Sinne verankern – nicht nur im wirtschaftlichen Sinne, sondern auch im ökologischen Sinne und im Sinne der sozialen Belange der Bevölkerung.

Da Sie es in Ihrem Antrag angesprochen haben: Auch ich wünsche mir eine Verringerung der Fluglärmbelastung durch innerdeutsche Kurzstreckenflüge. Jeden Tag starten

in Frankfurt sechs Flüge nach Stuttgart, und sechs Flüge aus Stuttgart kommen in Frankfurt an. Das sind im Jahr über 3.000 Flugbewegungen. Es ist völlig klar, dass wir an dieser Stelle durchaus noch Möglichkeiten haben, Verkehr zu verlagern. Kollegin Wissler, ich sage Ihnen aber ausdrücklich: Man kann diesen Kurzstreckenverkehr nicht verbieten.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das weiß ich!)

Man muss Anreize dafür schaffen, dass dieser Verkehr auf die Bahn kommt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Dafür brauchen wir erstens ein anderes Nachfrageverhalten. Manche waren überrascht, als ich in der letzte Woche gesagt habe: Wenn wir hier etwas erreichen wollen, müssen wir unter anderem mit der Reisestelle der Daimler AG sprechen. – Wenn man sich überlegt, warum Lufthansa diese Flüge eigentlich anbietet, dann wird schnell klar, dass wir mit genau diesen Leuten reden müssen, ob man nicht andere Reisewege wählen kann.

Zweitens werden wir über die Frage reden müssen, wie die Leistungsfähigkeit der Bahn verbessert werden kann. Auch da werde ich mich beim Bund mit großem Nachdruck dafür einsetzen, dass der Bahnverkehr gegenüber dem Luftverkehr im Bereich der Kurzstrecken attraktiver gestaltet wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Staatsminister, ein freundschaftlicher Hinweis: Die vereinbarte Redezeit ist um.

Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung:

Vielen Dank, Herr Präsident. – Trotz dem, was in der Vereinbarung der Großen Koalition auf der Bundesebene steht: Wir haben in Frankfurt ein Verbot planmäßiger Flüge in der Zeit von 23 Uhr bis 5 Uhr, und wir werden dieses Verbot selbstverständlich verteidigen und bewahren –

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

egal was Luftverkehrsverbände, Luftverkehrsgesellschaften oder zukünftige Luftverkehrskonzepte fordern. Ich sage Ihnen ausdrücklich: Ich will die darüber hinausgehenden Spielräume zur weiteren Verbesserung des Fluglärmschutzes – insbesondere in der Nachtzeit – nutzen, wie wir es im Koalitionsvertrag festgelegt haben.

Wir haben einen sehr anstrengenden Weg vor uns. Ich bin aber überzeugt, dass es ein lohnenswerter Weg im Sinne der Menschen – auch im Rhein-Main-Gebiet – werden kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist diese Aktuelle Stunde besprochen.

Es sind zwei Anträge aufgerufen, zum einen den Antrag der Fraktion DIE LINKE, Drucks. 19/28. Der Antrag soll an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung überwiesen werden. – Es gibt keinen Widerspruch.

Über den Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der FDP, Drucks. 19/63, soll direkt abgestimmt werden. Wer diesem Dringlichen Entschließungsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das ist die FDP. Wer ist dagegen? – CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Enthaltungen? – Die SPD. Damit ist dieser Dringliche Entschließungsantrag abgelehnt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 24** auf:

Antrag der Fraktion der CDU betreffend eine Aktuelle Stunde (Demokratie und Menschenrechte in einem gemeinsamen Europa – Hessen unterstützt demokratische Bestrebungen in der Ukraine) – Drucks. 19/47 –

Das Wort hat der Kollege Tobias Utter.

Tobias Utter (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Alltagsgeschäft der Europäischen Union tritt manchmal in den Hintergrund, was das Fundament dieser Gemeinschaft der Völker ist. Oberflächlich gesehen, könnte man oftmals meinen, es gehe nur um Wirtschaft, Währungspolitik und um Regulierungen. Daher ist es manchmal nötig, dass Ereignisse von außerhalb uns daran erinnern, was uns wirklich verbindet.

Was die Völker der Europäischen Union am stärksten verbindet, sind die gemeinsamen Werte von Freiheit und Menschenrechten. Die derzeitige Staatskrise in der Ukraine und die anhaltenden Proteste und Demonstrationen nahmen ihren Anfang, als die Regierung unter Präsident Janukowitsch ein Partnerschaftsabkommen mit der EU ablehnte und eine stärkere Anlehnung an Russland verkündete. Die Demonstranten auf dem Maidan-Platz in Kiew und an vielen anderen Orten in der Ukraine haben sehr schnell erfasst, dass es sich hierbei nicht um eine Frage der Wirtschaftspolitik gehandelt hat, sondern um eine Grundsatzfrage der Ausrichtung ihres Landes.

Vorausgegangen war ein massiver Druck Russlands, der von der Ukraine eine Entscheidung zwischen Russland und der EU verlangte. Mit Zuckerbrot und Peitsche wurde gelockt und gedroht. Kredite wurden gegeben und zurückgerufen. Der Gaspreis wurde herauf- und heruntersetzt. Doch eine Entscheidung zwischen der Alternative „Russland oder EU?“ ist eigentlich unnötig. Eine Konfrontation zwischen Russland und Europa muss nicht sein. Es gibt für die Ukraine durchaus die Möglichkeit, sowohl enge Beziehungen zu Russland zu pflegen als auch ein Partnerschaftsabkommen mit der EU zu schließen. Der Gegensatz, der sich hier aufbaute, wird aber umso größer, je mehr Russland den Weg der Demokratie und der Menschenrechte verlässt, je mehr Russland Druck auf Länder wie Armenien, Georgien und die Ukraine ausübt und sich nicht mehr für Demokratie und Menschenrechte einsetzt.

Die Demonstranten in der Ukraine wollen für ihr Land eine Zukunft im Kreis der freiheitlichen Demokratien. Sie wenden sich gegen ein Präsidialsystem, das nur noch der äußeren Form nach als Demokratie bezeichnet werden kann. Demokratie besteht aus mehr als nur aus Mehrheitsentscheidungen. Es gehören eben auch die Unabhängigkeit der Justiz, die Gewaltenteilung, die Meinungsfreiheit, die Pressefreiheit, die Medienvielfalt, der Minderheitenschutz und die Religionsfreiheit dazu.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor gut 20 Jahren hat die Ukraine die Unabhängigkeit erlangt und sich auf den Weg von einem totalitären System zur Demokratie gemacht. Doch nach 20 Jahren ist die ukrainische Gesellschaft tief gespalten. Der eine Teil möchte den Weg der Freiheit und der Menschenrechte weitergehen. Der andere erhofft sich von einer unfreien Gesellschaft stärkeren wirtschaftlichen Fortschritt. Doch wir wissen: Ohne Freiheit ist auch der Wohlstand nichts wert.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daher gehört unsere Solidarität den Menschen in der Ukraine, die unter Einsatz ihres Lebens für Freiheit und Menschenrechte kämpfen. Wir verurteilen alle Gewaltexzesse und auch – wie in den letzten Tagen geschehen – Folter und Mord.

Möglicherweise haben wir, weil wir 1989/1990 glückliche Erfahrungen machen durften, vergessen, dass sich Freiheit nicht immer von selbst durchsetzt. Freiheit ist notwendig. Man muss sie auch wollen und sich dafür einsetzen.

Möglicherweise müssen wir uns auch fragen, ob wir die Ukraine zu lange alleingelassen haben. Ich finde es ausgesprochen gut, dass Politiker aus Deutschland nun in der Ukraine Solidarität bekunden, z. B. gestern Frau Göring-Eckardt oder Abgeordnete des EU-Parlaments. Viele Menschen in Hessen und in ganz Deutschland nehmen regen Anteil an den Ereignissen in der Ukraine – vielleicht weil uns die Person des Oppositionsführers Vitali Klitschko dieses ferne Land mit einem Mal vertraut gemacht hat. Friedliche Demonstrationen und vor allen Dingen ein verantwortungsvolles Handeln nötigen uns Respekt ab.

Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Utter, Sie müssen zum Schluss kommen.

Tobias Utter (CDU):

Ja. – Trotz mancher Hoffnungszeichen bleibt zu befürchten, dass der Druck nach den Olympischen Winterspielen zunehmen wird. Jetzt gilt es, für die Ukraine die Chance auf eine friedliche Lösung des Konflikts zu finden. Freiheit und Menschenrechte sind die Grundpfeiler der Europäischen Union. Freiheit und Menschenrechte sind auch die Voraussetzungen für eine friedliche Entwicklung in der Ukraine.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Nicola Beer (FDP))

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Utter. – Das Wort hat der Abg. Willi van Ooyen, DIE LINKE.

Willi van Ooyen (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Endlich gibt es einmal eine außenpolitische Debatte im Hessischen Landtag.

(Heiterkeit bei der LINKEN)

Nein, ich bin nicht solidarisch mit der Ukraine.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das hätte uns auch gewundert!)

Ich bin auch nicht solidarisch mit Belgien, mit Russland, den USA oder Frankreich. Ich bin nicht einmal solidarisch mit Deutschland.

(Holger Bellino (CDU): Und darauf sind Sie auch noch stolz?)

Ich bin solidarisch mit den Menschen, die für Freiheit, Gleichheit und Solidarität kämpfen,

(Beifall bei der LINKEN)

die sich gegen Rassismus, Nationalismus und Ausbeutung zur Wehr setzen und dagegen öffentlich kämpfen. Die Gewalt in der Ukraine nimmt zu. Deshalb sollte von allen Seiten daran gearbeitet werden, auszugleichen und nicht weiter zu zündeln.

(Beifall bei der LINKEN)

Lassen Sie uns darüber nachdenken, was eigentlich die Ursachen dafür sind, dass in der Ukraine Hunderttausende auf die Straße gehen. Zu den Ursachen – das muss man doch endlich begreifen – gehört die verzweifelte soziale Lage der Menschen in diesem Land, die sich nicht mehr ernähren können, die erfrieren oder verhungern. Auch die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich ist, wie in vielen Regionen Europas, eine zentrale Ursache für den berechtigten Protest.

(Beifall bei der LINKEN)

Zu den Ursachen gehört auch, dass viele ihre Zukunft nicht mehr im eigenen Land sehen, sondern darauf gehofft haben, dass sich ihnen in Europa Perspektiven eröffnen.

Die CDU, die Bundesregierung und die EU-Kommission machen dafür einseitig die ukrainische Regierung verantwortlich. Der Druck auf die Regierung wird seit Jahren gesteigert.

Ja, Außenminister Walter Steinmeier protestiert gegen die Verschärfung des Demonstrationsrechtes und der Demonstrationsgesetze. Nun ist es selbstverständlich zu begrüßen, wenn sich ein Sozialdemokrat gegen ein Vermummungsverbot bei Demonstrationen starkmacht. Allerdings sind solche Initiativen offenbar auf die Ukraine beschränkt und finden keinen Niederschlag in der deutschen Innenpolitik.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir dürfen nicht darum herumreden und dürfen die Menschen nicht wieder vertrösten. Der Wunsch, ungehindert in andere – auch westeuropäische – Länder reisen zu können, ist überall manifest. Warum fangen wir nicht damit an, ihnen das zu ermöglichen?

(Beifall bei der LINKEN)

Wäre es nicht eine große Geste der Bundesregierung, die Beschränkungen zurückzunehmen, sodass die Bürgerinnen und Bürger der Ukraine visafrei nach Deutschland kommen könnten? Dies ist auch eine Forderung, die die Regierungen von Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik gestellt haben. Das verstehe ich unter einer Politik des Nichtzündelns: auf die Menschen eingehen und über Werte diskutieren.

Ich möchte aber auch in aller Deutlichkeit sagen, ich benutze nicht für alle Demonstranten den Begriff „Freiheitskämpfer“. Ein Teil – manche meinen, der Kern – der Demonstranten in der Ukraine ist rechtsradikal, nationalistisch und traditionell faschistisch organisiert. Mit denen will ich mich nicht solidarisieren, sondern gegen sie wird DIE LINKE in der Ukraine, aber auch in Frankreich, in Griechenland und natürlich in diesem Land demonstrieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich halte überhaupt nichts von der Androhung oder Verhängung von Sanktionen. Das wird nichts lösen, sondern die Situation noch zuspitzen. Diese Politik ist schon in Griechenland, in Portugal und in Spanien gescheitert. Die Menschen müssen das Recht haben, zu demonstrieren. Sie haben ein Recht auf umfassende Öffentlichkeit und darauf, nicht eingesperrt oder gar gefoltert zu werden. Die Ukrainerinnen und Ukrainer wollen demokratische Verhältnisse, Gerechtigkeit und eine auskömmliche soziale Perspektive. Keine Korruption, mehr Chancengleichheit und mehr Rechtsstaatlichkeit sind legitime Anliegen der Demonstranten. Es ist ein Fehler, wenn die EU nur auf die eigenen wirtschaftlichen Vorteile bedacht ist und der Verbesserung der sozialen Situation in der Ukraine nur ein geringes Augenmerk schenkt.

(Beifall bei der LINKEN)

Lassen Sie mich eine letzte Bemerkung machen. Wir müssen auch einen anderen Umgang mit Russland finden. Ich möchte eine neue Ostpolitik der Bundesregierung, in der nicht mit Russland über die Ukraine verhandelt wird, sondern in der die Kooperation gesucht wird und gemeinsame Interessen berücksichtigt werden.

Wir werden nie gute stabile europäische Lösungen erreichen, wenn sie gegen Russland gerichtet sind und die Ukraine als Bollwerk gegen Russland instrumentalisiert wird. Hier möchte ich an die Erfahrung der Überwindung des Kalten Krieges und an die Funktion erinnern, die die KSZE im Jahr 1975 dabei hatte. Deshalb warne ich vor den Versuchen, den Kalten Krieg wiederzubeleben. Meines Erachtens ist die OSZE die einzige Institution, die der Region unabhängig und deutlich vermittelnd zur Seite stehen kann. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Van Ooyen. – Das Wort hat Frau Abg. Waschke, SPD Fraktion.

Sabine Waschke (SPD):

Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte ...

Diesen Satz finden wir in Art. I-2 der europäischen Verfassung. Deswegen unterstützen wir heute Morgen die Forderung der CDU nach mehr „Demokratie und Menschenrechten in einem gemeinsamen Europa“, wie Sie es in Ihrem Antrag formuliert haben.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, um den Bezug zu Hessen zu finden, muss man allerdings einigermaßen fantasiebegabt sein.

Aber wir haben vorgestern an dieser Stelle auch gelernt, dass Tiere Lebewesen sind. Das passt also zusammen.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU) – Weitere Zurufe von der CDU)

Ich bin sehr froh, dass wir mit Frank-Walter Steinmeier wieder einen Außenminister haben, der diesem Amt Gewicht und Stimme in der Welt verleiht. Steinmeier hat vor einem Bieterwettbewerb um die Ukraine gewarnt. Ich finde, damit hat er recht. Wir brauchen keinen Wettbewerb, wer am meisten zahlt. Die EU verhandelt momentan mit den USA darüber, ein Paket zu schnüren, das der Ukraine in der Übergangsphase helfen soll. Russland hat bereits Finanzhilfen in Höhe von 15 Milliarden € zugesagt. Das wiederum ruht im Moment.

Die Menschen in der Ukraine aber brauchen eine Deeskalation in dieser aktuellen Krise, und sie brauchen vor allen Dingen eine langfristige Perspektive. Es ist für uns Sozialdemokraten nicht hinnehmbar, dass die Regierung der Ukraine mit Schlagstöcken gegen die eigene Bevölkerung vorgeht sowie Demonstranten inhaftiert und foltert.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP)

Die Menschen auf dem Maidan setzen sich schließlich für etwas ein, was ursprünglich auch die Regierung als politisches Ziel verfolgte, nämlich für eine engere Zusammenarbeit mit der Europäischen Union und für die Unterzeichnung eines Assoziierungs- und Freihandelsabkommens.

Herr Kollege Utter, im Gegensatz zu Ihnen stehe ich der EU in dem Fall nicht ganz unkritisch gegenüber. Wir finden nämlich, man muss auch anmerken, dass die EU in dem Bereich sehr zögerlich gehandelt hat. Über das Freihandelsabkommen wird schon seit 2008 verhandelt; seit zwei Jahren liegt es auf Eis.

Aus Gewalt wird kein Dialog entstehen. Deswegen muss es unser erstes Ziel sein, alle Beteiligten – die Ukraine, Russland und Europa – an einen Tisch zu holen, um eine politische Lösung zu finden, so, wie es die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament vorgeschlagen haben.

(Beifall bei der SPD)

Diese Lösung muss dem Mehrheitswillen des Volkes ebenso entsprechen wie den demokratischen Regeln, die in der EU und im Europarat gelten. Die Beteiligten müssen sich auf gemeinsame Ziele einigen, und sie müssen eine gemeinsame Verantwortung für unsere Werte übernehmen: Sicherheit, Stabilität, Rechtsstaatlichkeit und Wohlstand in der europäischen Nachbarschaft.

(Beifall bei der SPD)

Diese Verantwortung gegenüber dem gemeinsamen Nachbarstaat Ukraine hat bis heute weder die EU noch Russland übernommen. Dieser langfristige Ansatz ist etwas ganz anderes als der Wettbewerb darum, wer der Ukraine mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stellt. Da hat Frank-Walter Steinmeier sicherlich recht.

Die Europäische Union ist ein einzigartiges Friedensprojekt in der Menschheitsgeschichte. Damit das so bleibt, ist es wichtig, eine langfristige Lösung für die Ukraine zu finden. Deswegen ist es auch so wichtig, dass wir die EU bei der Erarbeitung der Lösungswege unterstützen.

Die SPD tritt seit ihrer Gründung für ein gemeinsames Europa ein. Sie hat schon damals eine Vision formuliert, wie man miteinander leben kann. Wir haben einen gemeinsamen Wertekanon.

Ich habe Ihnen vorhin Art. I-2 der europäischen Verfassung vorgelesen. Darin ist das verankert, wohinter sich alle versammeln können. Ein Europa der Achtung der Menschenwürde, der Freiheit, der Demokratie und der Wahrung der Menschenrechte – das sind die Werte, hinter denen sich alle 28 Mitgliedstaaten versammeln und die selbstverständlich auch für die Staaten gelten müssen, die enger mit der EU zusammenarbeiten wollen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Das Wort hat Frau Kollegin Hammann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Von einer Besuchergruppe wurde ich gefragt, was Europa auszeichne. Ich denke, meine Antwort wird von allen Abgeordneten des Hessischen Landtags geteilt: Wir alle sind zu Recht davon überzeugt, dass uns die europäische Einigung Frieden, Freiheit und Demokratie gebracht hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der CDU und der SPD)

Nach zwei Weltkriegen ist der Frieden der Normalzustand in Europa. Die Europäische Union ist die erfolgreiche Antwort auf einen engstirnigen Nationalismus. Europa ist aber weit mehr als ein gemeinsamer Markt; das wissen Sie auch. Europa steht für Rechtsstaatlichkeit und Solidarität. Die Europäische Union ist Vorreiter bei der Gleichberechtigung. Wir können Bürgerrechte und Menschenrechte in Europa einklagen. Europa steht für eine Werteunion. Europa ist längst Teil unserer Identität geworden.

Bei aller Kritik, die wir GRÜNE an Europa haben, glauben wir, dass die europäische Einigung wirklich eine beispiellose Erfolgsgeschichte darstellt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der CDU und der SPD)

Diese beispiellose Erfolgsgeschichte sehen auch die Menschen in anderen Ländern. Dazu zählen auch die Menschen in der Ukraine, die genauso einen Prozess erleben wollen, wie er in der Europäischen Union stattgefunden hat.

Deshalb nehmen wir mit großer Sorge Berichte aus der Ukraine zur Kenntnis, die von erheblichen Verletzungen der Bürgerrechte und des Rechtsstaatsprinzips handeln. Die Berichte von Gewalt gegen Demonstranten und Oppositionelle durch staatliche Sicherheitskräfte, von Wahlfälschungen und von dem merkwürdigen Prozess gegen die ehemalige Ministerpräsidentin Julia Timoschenko sind unerträglich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Seit dem November letzten Jahres ist der Maidan in Kiew ein Ort für den Kampf um die Freiheit. An den Namen Maidan angelehnt entwickelte sich der Begriff „Euromaidan“. So werden auch die Proteste in Kiew genannt. Die Europafahnen sind dort nicht zu übersehen. Tausende von Menschen demonstrieren auf diesem Platz für Demokratie und für die Einhaltung von Menschenrechten. Für diese Menschen ist Europa ein Synonym für die Befreiung von Willkür, für Demokratie und für die Achtung von Menschenrechten.

Anlass für die Proteste auf dem Euromaidan war die Haltung des ukrainischen Präsidenten Janukowitsch und seiner Regierung im November letzten Jahres. Janukowitsch hat sich geweigert, seine Unterschrift unter ein seit Langem fertig verhandeltes Assoziierungsabkommen mit der EU zu setzen. Die Ablehnung dieses Partnerschaftsabkommens mit der EU erfolgte leider auf massiven Druck aus dem Kreml.

(Holger Bellino (CDU): So sieht es aus!)

Die friedlich begonnenen Demonstrationen entwickeln sich zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Mitte Januar wurden demokratische Freiheitsrechte per Gesetz eingeschränkt. Es kam zu Straßenschlachten zwischen Demonstranten und Polizisten. Zahlreiche Tote und Hunderte Verletzte sind die traurige Bilanz. Es wird auch von Folter berichtet. Ein Oppositioneller wurde mit Folterspuren tot aufgefunden.

Es ist jedoch auch erkennbar, dass die Menschen in der Ukraine nicht geschlossen hinter den proeuropäischen Regierungsgegnern stehen, sondern dass die Bevölkerung hier geteilter Meinung ist. Viele Menschen – vor allem im Osten der Ukraine; das dürfen wir nicht verkennen – stehen nach wie vor hinter Präsident Janukowitsch.

Es ist daher notwendig, dass die Menschen in der Ukraine nicht alleine gelassen werden. Das Angebot des Präsidenten der EU-Kommission, Barroso, an die Ukraine ist also absolut positiv zu bewerten. Finanzielle Hilfen sollen Bewegung in die politische Krise bringen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Gerade wir Europäer können nicht neutral bleiben; denn dort wird auch für unsere Werte gestritten. Ich glaube, wir sind uns einig darin, dass die schwer angeschlagene Ukraine Hilfe braucht. Dies sollten wir alle politisch unterstützen. Vor allem müssen wir als Demokraten die Europäische Union darin unterstützen, sich dafür einzusetzen, dass es zu einem für beide Seiten tragfähigen Kompromiss kommt. Es ist notwendig, darauf zu dringen, dass die Verantwortlichen in der Ukraine die Menschenrechte achten. Ich sage ganz deutlich: Nur so können die Zunahme von Gewalt und schlimmstenfalls sogar ein Bürgerkrieg verhindert werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies ist ein Signal, das der Hessische Landtag gegen die Menschenrechtsverletzungen in der Ukraine aussenden muss. Ein Volk ist nur dann frei, wenn die Bürger gehört werden und nicht daran gehindert werden, ihren Willen zu äußern. Ein Land, das seine Bürger unterdrückt, hat keine Zukunft. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der CDU und der SPD)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Kollegin Hammann. – Das Wort hat Frau Abg. Beer, FDP-Fraktion.

Nicola Beer (FDP):

Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Auf dem Maidan kämpfen Menschen um ihre Rechte. Sie kämpfen für Demokratie, für Rechtsstaatlichkeit, für ihre Meinungs- und Demonstrationsfreiheit, vor allem für das Ende der Willkür durch die vorhandene Exekutive; und damit kämpfen sie – ich glaube, das ist wirklich das Bedeutsame – für europäische Werte und für Demokratie.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, das verdient nicht nur unseren Respekt; es verdient vor allem auch unsere Unterstützung. Es zeigt die Attraktivität der europäischen Idee sehr deutlich, die sich ja vor allem auf Frieden, auf Demokratie und auf Freiheit stützt. Ich halte es für notwendig – Herr van Ooyen, gerade da ich Ihren Redebeitrag gehört habe –, dass wir als Europäer sehr deutlich aussenden, gerade in die Richtung Russlands, dass, wenn wir uns als Europäer um die Ukraine, um die Auseinandersetzung um Freiheit und Demokratie kümmern, dies keine Einmischung ist, sondern der Ausdruck der europäischen Wertegemeinschaft, in die ich die Ukraine mit einbeziehe.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich denke, wir können alle miteinander nachempfinden, wie groß die Enttäuschung in der Ukraine war, ein bereits fertig paraphiertes Abkommen mit der EU dann doch nicht zu unterzeichnen. Was vordergründig vielleicht aussehen mag wie das Preishochtreiben des dortigen Präsidenten, ist in Wahrheit ein unverhohlener Kampf Russlands und Putins um die russische Einflussphäre.

Herr van Ooyen, so richtig es ist, nicht wieder einen neuen Kalten Krieg zu inszenieren, so wenig kann ich, um ein Schröder-Zitat zu verwenden, Ihre Ausführungen zu dem „lupenreinen Demokraten“ Putin teilen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Was hat er denn gesagt?)

– Vielleicht lassen Sie mich erst einmal ausreden.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Anhaltende Unruhe bei der LINKEN – Glockenzeichen des Präsidenten)

Putin äußert relativ unverhohlen, dass er es für den größten Fehler des 20. Jahrhunderts hält, dass man die Staaten der

ehemaligen UdSSR aus der Einflussosphäre Russlands entlassen habe.

(Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Und das haben wir begrüßt?)

– Ich habe gar nicht gesagt, dass Sie das begrüßt haben, aber die Art und Weise, wie Herr Kollege van Ooyen Russland und die notwendigen Beziehungen zu Russland dargestellt hat, ließ einen hier doch vermuten, dass Sie ernsthaft der Ansicht seien, dass ein „lupenreiner Demokrat“ am Hebel ist.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Wollen Sie die Beziehungen zu Russland abbrechen?)

Ich glaube, dass es genau diese Auseinandersetzung ist, die die Menschen auf dem Maidan für ihre wirkliche Freiheit streiten lässt.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Hermann Schaus (DIE LINKE): Dann vermuten Sie mal weiter! Schröder hat gesagt, dass Putin ein „lupenreiner Demokrat“ ist, sonst keiner!)

Die Art und Weise, wie sich Herr Putin in dieser Auseinandersetzung aufstellt, zeigt uns doch auch, wie wichtig es war, dass wir die Europäische Union erweitert haben, dass die baltischen Staaten, die osteuropäischen Staaten bis hin zu Rumänien, Bulgarien und Kroatien auf dem Balkan mittlerweile zur Europäischen Union gehören und mit uns dieselben Grundrechte teilen. Deswegen füge ich an dieser Stelle auch hinzu: Ich halte es für plumpe Stimmungsmache, gerade in solch einer Situation die europäischen Grundfreiheiten, inklusive der Freizügigkeit, infrage zu stellen.

(Beifall bei der FDP)

Wir könnten uns kaum ausmalen, was passieren würde, wenn wir diese Osterweiterung der Europäischen Union nicht gehabt hätten, wie schnell auch diese Länder wieder unter den Druck Russlands gelangen würden und genau in dieselben Problemlagen einbezogen würden wie momentan die Ukraine.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern ist die Ukraine insbesondere ein wichtiges Feld der Auseinandersetzung um die Freiheit. Während der Internationale Währungsfonds und die EU darauf bestehen müssen, dass die Verwendung der in Aussicht gestellten Gelder transparent dargelegt wird, lockt Putin mit lockerem Geld, egal wer sich damit die Taschen vollmachen möchte, und führt seinen Kampf über Gas und Gaspreise.

Ich denke, es ist wirklich wichtig, dass Europa ein deutliches Zeichen setzt. Auch wenn wir wissen – es ist eben schon darauf hingewiesen worden –, dass sich die Opposition wahrscheinlich nur so lange wirklich einig ist, wie es um die Absetzung von Janukowitsch geht, ist es meines Erachtens wichtig und richtig, dass die Europäische Union im Sinne ihrer Wertegemeinschaft agiert, dass sie sich einsetzt für Freiheit, für die Garantie der Menschenrechte, für den Gewaltverzicht und für die Möglichkeit, wirkliche, freie und geheime Wahlen in der Ukraine durchzuführen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Frank Lortz:

Frau Kollegin Beer, Sie müssen zum Schluss kommen.

Nicola Beer (FDP):

Meines Erachtens könnte die Wiedereinsetzung der Verfassung von 2004 eine Brücke darstellen, gerade weil sie die Macht – oder, besser gesagt: die Übermacht – des Präsidenten einschränkt. Aber wir müssen in diesem Zusammenhang eben auch schauen, dass die Ukraine neben dieser demokratischen Perspektive auch eine wirtschaftliche Perspektive bekommt. Die Ukraine braucht den Beistand der Europäischen Union, gerade eines starken Mitgliedsstaats wie der Bundesrepublik Deutschland, damit sie weiterhin konsequent und nachhaltig auf dem Weg der Freiheit voranschreiten kann. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Das Wort hat Frau Staatsministerin Puttrich.

Lucia Puttrich, Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund:

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Vorhin ist die Frage gestellt worden, warum sich der Hessische Landtag mit den Verhältnissen in der Ukraine beschäftigt. Ich sage: Wir beschäftigen uns deshalb mit den Verhältnissen in der Ukraine, weil wir überzeugte Europäer sind,

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil wir Menschen unterstützen und mit ihnen solidarisch sind, die für Frieden, Freiheit und Demokratie kämpfen, weil Hessen mitten in Europa liegt und weil die Grundwerte und die Werteunion, die Europa bedeutet, uns alle miteinander verbinden.

Es ist eben zu Recht darauf hingewiesen worden, dass die Menschen dort für das kämpfen, was auch uns in Deutschland und in Europa miteinander verbindet. Wir haben in unserem Grundgesetz geregelt, dass die Würde des Menschen unantastbar ist. „Die Würde des Menschen ist unantastbar“; und das ist unverletzlich und unveräußerlich. Im Grundgesetz, in Art. 20, ist genauso geregelt, dass die Demokratie als Staatsform gelten soll. Das, was in Deutschland geregelt ist, ist auch das, was uns in der europäischen Werteunion miteinander verbindet. Wir sind deshalb in einer europäischen Werteunion erfolgreich, weil genau das die Klammer ist, die uns eint und die die Garantie für Frieden und Freiheit ist. Das ist der Grund, warum es notwendig ist, dass sich auch der Hessische Landtag mit dieser Thematik auseinandersetzt und die Hessische Landesregierung klare Worte spricht, schlicht und einfach weil die Menschen, die in der Ukraine für Frieden und Freiheit kämpfen, jedes Zeichen der Solidarität brauchen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jeder Mensch, der dort steht, der dort bedroht wird, der verletzt wird, und Menschen, die zu Tode kommen, haben

unsere Aufmerksamkeit verdient. Wir sollten zumindest das tun, dass wir jedem ein Zeichen der Solidarität senden, um zu zeigen: Wir akzeptieren nicht, wenn Menschenrechte verletzt werden. Deshalb beschäftigt sich der Hessische Landtag heute auch zu Recht mit diesem Thema.

Sehr geehrte Damen und Herren, man könnte es mit Gelassenheit betrachten und sagen: Was geht es uns an? – Es geht uns sehr viel an, wenn wir erleben, dass dort Menschen verhaftet werden, dass Menschen ihre Gesundheit und ihre Freiheit riskieren. Ich glaube, da hilft auch keine Relativierung in gut oder schlecht. Da muss man sagen: Immer, wenn Recht verletzt wird, müssen wir unsere Stimme erheben und Solidarität zeigen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu gehört selbstverständlich auch, dass ein entsprechender Austausch, dass Gespräche stattfinden, dass Kommunikation stattfindet. Deshalb gibt es die unterschiedlichsten Besucher, die im Moment in die Ukraine kommen. Gestern war Frau Ashton dort, um die entsprechenden Gespräche zu führen und zu sehen, wie man unterstützen kann. Das eine sind die solidarischen Worte, die man ausdrücken kann. Das andere sind selbstverständlich auch konkrete Hilfen.

Wenn man sieht, dass Putin – das muss man in dieser Deutlichkeit sagen – auf ein Land finanziellen Druck ausübt, das sich nach Europa orientieren möchte, dann ist das unerträglich. Es ist unerträglich, wenn über finanziellen Druck und über die Nichtunterzeichnung des Assoziierungsabkommens des Präsidenten aus der Ukraine in der Art und Weise eine Wegorientierung von Europa und eine Zuwendung zu Russland geschehen soll. Die Menschen, die dort demonstrieren, haben sich ein Stück entschieden, wofür sie eintreten wollen. Sie haben das Recht, dies entsprechend zu tun. Es ist zu Recht darauf hingewiesen worden, dass dies ein Thema ist, das selbstverständlich in der Ukraine entschieden werden muss.

Aber das muss, bitte schön, in einer demokratischen Auseinandersetzung geschehen. Das muss in freien und geheimen Wahlen geschehen, sodass die Menschen sich entscheiden können und nicht der Staat für sie entscheidet.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Vizepräsidentin Heike Habermann übernimmt den Vorsitz.)

Deshalb ist es auch vollkommen richtig, wenn die Opposition die entsprechenden Forderungen stellt, dass dort freie Wahlen durchgeführt werden können und die Menschen von ihrer Seite dazu beitragen können, dass die Macht des Präsidenten nicht unbegrenzt ist. Die Macht des Präsidenten ist dort in einem hohen Maße vorhanden. Im Moment werden Menschenrechte unterdrückt.

Im Moment passiert in der Ukraine in der Tat Folgendes: Es gibt eine Diskussion, bei der man vermeiden muss, dass es eine Spaltung dieses Landes gibt – eine Spaltung in proeuropäische und prorussische Kräfte. Das hilft keinem. Denn wir wollen, dass den Menschen dort geholfen wird. Deshalb sind dazu auch die unterschiedlichsten Gespräche notwendig. Wenn die Europäer dort von ihrer Seite finanzielle Unterstützung zusagen oder anbieten, dann möchte ich ganz klar und deutlich sagen, dass es nicht das Interesse an der wirtschaftlichen Entwicklung ist, das Europa in den Vordergrund stellt, sondern hier ist immer wieder zu

sagen, dass die Europäische Union eine Werteunion ist. Wenn hier finanzielle Angebote gemacht werden, dann werden sie deshalb gemacht, um die Stabilität dieses Landes zu sichern und die Ukraine nicht unter den Druck und den Geldhahn von Russland zu setzen, sodass Russland hinterher sagen kann, dass es ihn aufdreht oder schließt.

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Frau Präsidentin, ich weise darauf hin, dass die Redezeit der Fraktionen abgelaufen ist.

Lucia Puttrich, Ministerin für Bundes- und Europaanlässen und Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund:

Ich bin zwar nicht die Präsidentin, sondern die Ministerin, aber ich werde meine Rede entsprechend beenden.

(Heiterkeit bei der CDU)

Das Wort „Präsidentin“ ist heute des Öfteren gefallen.

An eines möchte ich noch abschließend erinnern. Es ist für uns ein großer Gewinn, dass es eine Öffnung der EU nach Osten gegeben hat. Es ist für uns ein großer Gewinn, dass die osteuropäischen Länder bei der EU dabei sind.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist ein großer Gewinn für Frieden und Freiheit, dass wir diese Werteunion jetzt haben. Wir sollten deshalb jedes Zeichen setzen, um diese Werteunion zu stärken.

(Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Deshalb sage ich an dieser Stelle noch abschließend diesen einen Satz: Wenn wir die Europawahl am 25. Mai vor uns haben, dann geht es auch deutlich darum, zu zeigen, dass diese Werteunion Bestand hat, dass wir für sie werben und dass wir die Menschen unterstützen, die dabei sein wollen. – Besten Dank.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Kolleginnen und Kollegen, damit ist die Aktuelle Stunde, Tagesordnungspunkt 24, abgehalten.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 25** auf:

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend eine Aktuelle Stunde (Hessischen Energiegipfel nicht gefährden – Bundesminister Gabriel muss Pläne für das Erneuerbare-Energien-Gesetz anpassen) – Drucks. 19/48 –

Ich habe eine erste Wortmeldung von Frau Abg. Dorn.

Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herrn! Wir haben diese Aktuelle Stunde beantragt, weil wir in großer Sorge sind. Bundeswirtschaftsminister Gabriel hat seine Pläne für die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes vorgestellt und einige Details – ich betone, dass es Details

sind – im Gesamtentwurf würden den Ausbau der erneuerbaren Energien in Hessen gefährden und uns auch in den Planungen zu dem Hessischen Energiegipfel um Jahre zurückwerfen. Investitionen, die die Kommunen getätigt haben, Energiegenossenschaften, kleine und mittlere Unternehmen sowie die Industrie würden gefährdet werden. Deswegen dürfen wir das nicht zulassen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Ich sage ganz bewusst, dass es Details sind. Denn gestern haben wir unter anderem das Quotenmodell der FDP diskutiert. Das wäre ein Systembruch bei der Förderung erneuerbarer Energien. Das würde die Energiewende wirklich dramatisch bedrohen. Aber die Große Koalition hat sich glücklicherweise einen anderen Weg vorgenommen. Sie möchte beim EEG bleiben. Deswegen ist das Grundprinzip, das sie sich vorgenommen haben, ebenso wie auch einige Details durchaus richtig. Wir wollen auch, dass das EEG effizienter und kostengünstiger wird. Und wir wollen, dass die erneuerbaren Energien immer mehr in den Markt integriert werden.

(René Rock (FDP): Wie?)

– Wir haben durchaus Pläne.

Deswegen gibt es durchaus positive Details in der EEG-Reform von Gabriel, die ich auch darstellen möchte. Gut ist beispielsweise der Ausbaukorridor. Wir haben uns in Hessen auch eigene Ziele gesetzt, wie wir den Ausbau der erneuerbaren Energien voranbringen wollen. Wir wollen den Ausbau der erneuerbaren Energien in dieser Legislaturperiode verdoppeln. Dafür braucht es auch eine Rahmenplanung. Deswegen ist es gut, dass sich die Bundesländer abstimmen. Es gibt also positive Aspekte.

Positiv ist bei dem EEG auch, dass man sich auf die kostengünstigen Technologien fokussiert. Das sind Sonne und Wind. Das ist richtig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Aber an anderen Stellen wurden leider die Stellschrauben von Bundesminister Gabriel sehr eng gedreht, so dass sie überdreht worden sind. Jetzt müssen wir die Schrauben wieder neu einstellen. Da bin ich unserem Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir sehr, sehr dankbar, der sich seit seinem ersten Amtstag dafür engagiert, dass die Energiewende in Hessen und die Investitionen der Kommunen und der Wirtschaft nicht gefährdet werden. Herr Wirtschaftsminister, Sie haben unsere volle Unterstützung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU sowie der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Ich möchte zwei wesentliche Punkte nennen, die dringend verändert werden müssen. Ich muss dazu sagen: Der Antrag der SPD hat auch noch weitere Punkte aufgezeigt, die ich ebenfalls für richtig halte. Ich weiß, dass ganz viele regionale Abgeordnete hier sitzen und wissen, wovon ich rede. Die zwei wichtigsten Punkte sind aus meiner Sicht: zum einen die Stichtagsregelung. Hier geht es um die Frage von Vertrauensschutz. Wenn jetzt sofort der Stichtag schon gelten würde, würden alle Planungen, die schon getätigt worden sind, enorm gefährdet werden. Es würden Investitionen gefährdet. Wir reden beispielsweise in Mittelhessen, meiner Region, von 27 Windkraftprojekten. Das

sind 90 Windräder, die dann enorm gefährdet wären. Das ist ein Punkt, der ganz dringend verändert werden muss. Hier muss der Vertrauensschutz gelten, und es muss längere Übergangsfristen geben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Ein zweiter wichtiger Punkt ist, dass unsere Windkraftstandorte hier in unseren Mittelgebirgsregionen bedroht sind und abgewertet werden. In der Regionalplanung sind wir schon sehr weit. Wir haben Flächen ausgewiesen. Ob wir die 2 % erreichen, ist noch nicht klar.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Na ja, warten wir mal!)

Wir sind so weit, dass es schon Ideen gibt, welche Flächen es genau sind. Aber das Problem ist: Wenn die Planungen von Bundesminister Gabriel realisiert werden würden, dann wäre ein Großteil dieser Flächen nicht mehr realisierbar. Dann müsste man in noch sensiblere Gebiete ausweichen. Ob wir dann überhaupt die 2 % erreichen können, steht wirklich in den Sternen. Das wäre sehr fraglich. Insofern ist das ganz wichtig.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Ich hoffe sehr, Herr Thorsten Schäfer-Gümbel, dass Sie uns da zustimmen, dass wir unsere Windkraftstandorte nicht abwerten dürfen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Mindestens diese beiden Punkte müssen verändert werden. – Ich verstehe gar nicht, warum ich gerade so viel Protest vonseiten der SPD-Fraktion bekomme.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das war kein Protest! Das ist Unterstützung!)

Denn Sie haben mit Ihrem Antrag genau gezeigt, dass auch Ihnen die Interessen des Landes und der Energiewende wichtiger sind als die Parteizugehörigkeit. Ich wollte Ihnen dafür meinen Respekt aussprechen. Insofern verstehe ich nicht, warum Sie gerade mit mir diskutieren. Wir sollten uns gemeinsam auf Bundesebene mit aller Kraft dafür einsetzen, dass genau diese Punkte und weitere Details verändert werden, damit wir die Energiewende in Hessen schaffen und damit wir den Energiegipfel, den wir gemeinsam beschlossen haben, auch umsetzen können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Frau Abg. Dorn, Sie müssen zum Schluss kommen.

Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme zum Schluss. – Ein anderer Punkt ist noch das Thema Gaskraftwerke. Da müssten Anreize geschaffen werden. Da ist das Eckpunktepapier noch relativ unklar, was mit dem Kapazitätsmarkt gemeint ist. Da setzen wir auf Anreize für eine flexible Kapazität. Insgesamt dürfen der Ausbau der erneuerbaren Energien und der Klimaschutz nicht gefährdet werden. Herr Bundesminister Gabri-

el, rechnen Sie mit uns. Wir werden Ihnen einen hartnäckigen grünen Wirtschaftsminister aus Hessen schicken. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Das Wort hat Kollege Gremmels für die SPD-Fraktion.

Timon Gremmels (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kollegin Angela Dorn, wir müssen einmal festhalten: Nicht Sigmar Gabriel wirft uns zurück, sondern die ehemalige schwarz-gelbe Landesregierung hat Hessen zum Schlusslicht bei der Nutzung erneuerbarer Energien gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Das gehört zur Wahrheit dazu. Auf Bundesebene hat Schwarz-Gelb dafür gesorgt, dass sich in den letzten vier Jahren ihrer Verantwortung die EEG-Umlage vervierfacht hat. Das ist Ihre Verantwortung.

Deswegen freue ich mich auch schon auf den Beitrag der CDU, weil die Grundlage des Eckpunktepapiers von Sigmar Gabriel ein Koalitionsvertrag ist, den meines Wissens auch der Hessische Ministerpräsident federführend mit ausgehandelt hat.

(Norbert Schmitt (SPD): Ach, so ist das!)

Ich finde es spannend, dass er Dinge auf Bundesebene mit aushandelt, die er jetzt auf einmal in einer schwarz-grünen Koalition bekämpft. Das kennen wir so von der CDU. Das gehört auch zur Wahrheit dazu.

Ich bin erfreut, dass die GRÜNEN durchaus konstruktiv sind und sich mit dem Papier von Sigmar Gabriel nicht ganz so kritisch auseinandersetzen. Das hat natürlich auch einen Hintergrund. Derjenige nämlich, der dieses Papier maßgeblich mit geschrieben hat, ist Rainer Baake, in Hessen kein ganz Unbekannter. Rainer Baake war grüner Staatssekretär und ist einer der engsten Vertrauten von Tarek Al-Wazir, so beispielsweise im Hessischen Energiegipfel.

(Zurufe von der SPD: Aah!)

Ich finde das alles gut, das ist ein guter Mann.

(Beifall der Abg. Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und bei Abgeordneten der SPD)

Tarek Al-Wazir hat sich seinen Büroleiter zum Staatssekretär gemacht. Die Konzepte, die da vorgelegt worden sind, tragen auch eine grüne Handschrift. Das gehört dazu. Deswegen haben wir auch in unserem Antrag formuliert: nicht anhand von parteipolitischem Klein-Klein diskutieren, sondern die Länderinteressen in den Vordergrund stellen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist unsere Aufgabe. Das machen wir als Sozialdemokraten, als konstruktive Opposition im Hessischen Landtag. Das machten Torsten Albig in Schleswig-Holstein, das macht übrigens Herr Kretschmann in Baden-Württemberg, das macht Frau Lieberknecht von der CDU in Thüringen,

und das macht, weniger konstruktiv, sondern chaotisch wie wir ihn kennen, Horst Seehofer in Bayern.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. René Rock (FDP))

Wir haben natürlich alle unsere Länderinteressen im Kopf, die wir umsetzen wollen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wir müssen sicherstellen – wir als SPD haben uns auf den Teilkonsens des Hessischen Energiegipfels verständigt, auf 2 % der Landesfläche Windkraft auszubauen –, dass dies auch nach einer Novellierung des EEG weitestgehend möglich ist. Das ist unser Auftrag. Wir werden auf unseren Wegen dafür sorgen.

(Beifall des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Ich hoffe, dass Herr Al-Wazir das im Bundesrat genauso tut. Das ist seine Aufgabe. Wir brauchen Windkraft. Windkraft ist die preiswerteste Form der Energieerzeugung an Land. Je mehr dezentrale Energie wir hier produzieren, desto weniger große Leitungskapazität brauchen wir.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich gibt es auch sehr viele Investoren, die in den letzten Jahren ausgiebig geplant haben. Sie haben Vogelschutzgutachten für den Rotmilan und den Schwarzstorch ausgearbeitet. Da Tiere auch Lebewesen sind, wie wir seit dieser Woche wissen,

(Beifall und Zurufe von der SPD: Aah!)

brauchten wir diese Gutachten auch als Voraussetzung. Das braucht seine Zeit. Deswegen brauchen wir Planungssicherheit, und deswegen müssen wir zum Thema Vertrauensschutz auch noch einmal intensiv über die Übergangsrufen reden. Ich glaube, darin sind wir uns einig. Ich bin guter Dinge, dass uns das gemeinsam in Berlin gelingen wird.

Wir müssen aber auch darüber reden, das kommt aus meiner Sicht etwas zu kurz, dass wir in der Solarwirtschaft, in Nordhessen, erhebliche Arbeitsplätze haben. Die Solarwirtschaft ist in den letzten Jahren unter Schwarz-Gelb heftig malträtirt worden. Aus meiner Sicht brauchen wir für einen solchen Zukunftsmarkt in der Energiewende Wind, aber auch Biomasse und natürlich auch Solarenergie. Deswegen brauchen wir für die Solarwirtschaft zukunftsfähige Konzepte.

Sie haben mit dem Eigenstromverbrauch die Möglichkeit, einen neuen Markt zu erschließen. Es wäre aus unserer Sicht wichtig, dass dieser Markt gerade auch für Gewerbeimmobilien erhalten bleibt, dass dort die stärkere Eigenstromnutzung gilt. Es entlastet nämlich die Netze, wenn Energie, die vor Ort erzeugt wird, auch vor Ort verbraucht wird. Insofern würde ich mir wünschen, dass sich diese Landesregierung für die 6.000 bis 7.000 Arbeitsplätze der Solarwirtschaft einsetzt. Wir werden das auch auf unseren Wegen tun.

Lassen Sie uns in den Ausschussberatungen in den nächsten Wochen intensiv und sachlich arbeiten. Dann bin ich sehr zuversichtlich, die eine oder andere Korrektur noch vornehmen zu können, damit die Energiewende voran kommt. – In diesem Sinne: danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Das Wort hat Kollege Stephan, CDU-Fraktion.

Peter Stephan (CDU):

Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wenn Sie von der Opposition die Koalitionsvereinbarung aufmerksam gelesen haben, dann finden Sie in den ersten beiden Fachkapiteln die Schwergewichte unserer nachhaltigen Politik: die Finanzpolitik und die Umwelt- und Energiepolitik.

Gerade in der Energiepolitik werden zurzeit die Weichen neu gestellt. Das Einspeisegesetz, das EEG, muss angepasst werden. Bundesminister Gabriel kommt nun aus seiner bisherigen Verhinderungsecke und legt einen Vorschlag vor, den die Berliner schwarz-rote Koalition in das Gesetzgebungsverfahren einbringen will. Bei diesen neuen Regelungen ist aber nicht allein der Bundestag, sondern auch der Bundesrat zu beteiligen.

(Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Dies bietet nun die einmalige Chance, wie bei dem legendären und sehr erfolgreichen Hessischen Energiegipfel von Volker Bouffier einen Konsens herzustellen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Legendär!)

Herr Schäfer-Gümbel, die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag sind klar. Dort gibt es eine klare Mehrheit für Schwarz-Rot. Im Bundesrat ist die Situation etwas unübersichtlicher. Dort sind Landesregierungen unterschiedlicher Farbenspiele vertreten. Das bietet ein wunderbares Modell für einen bundesweiten Energiegipfel.

Dabei gilt es, die hessischen Interessen einzubringen und durchzusetzen. Was wir in Hessen wollen, das steht auch in der Koalitionsvereinbarung, bezogen auf die Energiepolitik: Verdoppelung der regenerativen Stromerzeugung auf 25 % bis 2019. Wir wollen die nachhaltige Nutzung der Biomasse, den Ausbau der Wasserkraftanlagen, die grundlegende Überarbeitung des EEG-Gesetzes – auch das steht in der Koalitionsvereinbarung –, Energieeffizienz und Energieeinsparung, und wir wollen die Energiewende von und mit den Bürgerinnen und Bürgern und den Kommunen.

Das sei einfach einmal in den Raum gestellt, weil das die Zielsetzungen sind, an denen sich auch die Arbeit in Bezug auf das EEG-Gesetz orientieren muss. Aus dem Koalitionsvertrag leiten sich daher auch die Forderungen ab, die wir als Hessen dort einzubringen haben. Angesichts eines schwarzen Ministerpräsidenten und eines grünen Energieministers bin ich mir sicher, dass wir diese Forderungen auch erfolgreich durchsetzen werden.

Herr Gremmels, Sie haben eben einmal wieder über einen Teilkonsens beim Energiegipfel gesprochen, Sie sind nur mit den 2 % Vorrangflächen einverstanden. Es wäre schon richtig, wenn Sie den Gesamtkonsens des Energiegipfels, den wir damals gefunden haben, nicht immer wieder auseinanderdividieren würden. Bleiben Sie doch bitte bei dem, was Sie damals unterschrieben haben, auch wenn es ein Kompromiss war, der nicht bei jedem auf Gefallen gestoßen ist.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ja, eben!)

Worauf kommt es nun an?

Erstens. Die vorgesehene Reduzierung der Einspeisevergütung darf nicht dazu führen, dass bei uns keine Windenergieanlagen mehr wirtschaftlich betrieben werden können. Das Referenzmodell muss entsprechend angepasst werden. Wir brauchen auch eine Sicherheit, dass wir die Regionalplanung Windenergie nicht neu aufsetzen müssen und dieser Wildwuchs nach § 35 nicht weiterhin in Hessen Platz greift. Es geht also nicht um drastische Anpassungen des Referenzmodells.

Wir haben als CDU und FDP einen Begleit Antrag zum Landesentwicklungsplan eingebracht, in dem wir das Wirtschaftsministerium darum gebeten haben, zu untersuchen, ob Deponien oder Industriebrachen auch für Windenergieanlagen genutzt werden können, ähnlich wie bei der Solarwirtschaft. Vielleicht ist auch das ein Schritt, der uns in der Flächenbereitstellung für Windenergie weiterhelfen kann.

Zweitens. Wir brauchen Vertrauensschutz für die Investoren, darüber ist schon gesprochen worden. Es geht um die Frage des Datums einer gesetzlichen Änderung, es geht um die Frage der Absicherung von Vorinvestitionen. Ich will nicht mehr das wiederholen, was Frau Dorn schon vorgebracht hat. Für uns ist es wichtig, dass die Landwirte auch weiterhin Biomasseproduktion vornehmen und sich über diese regenerative Energiebeschaffung auch ein zweites Standbein schaffen können.

Beim Eigenstromprivileg sind auch wir für vorsichtige Anpassungen. Doch viele Unternehmen haben sich darauf eingestellt und investiert. Auch dort gilt der Vertrauensschutz.

Auch bei der besonderen Ausgleichsregelung warne ich davor, zu hart durchzugreifen. Wir dürfen keine Arbeitsplätze in Gefahr bringen. Wir müssen an unsere Unternehmen in Hessen denken, die auch weiterhin im internationalen Wettbewerb arbeiten.

Ich bin mir sicher, dass unsere neue Landesregierung unter dem Aspekt „Problem erkannt, Problem gebannt“ unsere hessischen Interessen in Berlin einbringen wird und diese Interessen auch erfolgreich durchsetzen wird, damit der nachhaltige Nachweis erbracht wird, dass Schwarz-Grün in Hessen nicht nur als Modell einer neuen Politik Aufmerksamkeit erregen wird,

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Schon Modell!)

sondern dass diese neue Koalition auch zu einem inhaltlichen Erfolgsmodell werden wird,

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ganz gemäß der heutigen Aktuellen Stunde „Hessischen Energiegipfel nicht gefährden – Bundesminister Gabriel muss Pläne für das Erneuerbare-Energien-Gesetz anpassen“. – Herzlichen Dank, ich bin sicher, es wird uns gelingen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Janine Wissler (DIE LINKE): Doch Modell!)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Als Nächste spricht Frau Abg. Wissler, DIE LINKE.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir begrüßen diese Aktuelle Stunde der GRÜNEN, weil die Große Koalition auf Bundesebene in der Tat gerade dabei ist, die Energiewende auszubremsen. Bundeswirtschaftsminister Gabriel hat in seiner Regierungserklärung letzte Woche ziemlich deutlich gemacht, welch großen Einfluss die Kohlelobby nach wie vor in der SPD hat – in der hessischen nicht ganz so, das will ich ausdrücklich hinzufügen –; denn mit seiner EEG-Reform möchte er bei der Energiewende auf die Bremse treten.

Ausgeschmückt hat er das mit drastischen Warnungen vor „drohender Deindustrialisierung“ und dem nahenden Ende der „wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit“. Man muss darauf hinweisen, dass es nicht einfach nur ein Vorschlag von Gabriel ist, sondern dass es sich um einen Kabinettschluss handelt. Von daher ist die Kritik auch an die Adresse der CDU gerichtet, und es wäre notwendig, Ihre eigenen Vertreter in der Bundesregierung dafür zu kritisieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich halte die Rhetorik, die auch Sigmar Gabriel an den Tag gelegt hat, für falsch und unverantwortlich. Die Energiewende ist ein großes Konjunkturprogramm, das vor allem sehr viele Chancen für neue Arbeitsplätze und für eine gute wirtschaftliche Entwicklung bietet.

Der Windkraftausbau soll jetzt gedeckelt werden, die Förderungen sollen gekürzt werden. Ich sage, wir sind aber noch lange nicht so weit, als dass man bei den erneuerbaren Energien bremsen könnte. Der verbleibende Weg ist noch viel zu lang, und vor allem muss man immer wieder daran erinnern, dass die Atom- und die Kohleindustrie in diesem Land über Jahrzehnte hinweg mit Milliarden subventioniert wurden und jetzt ausgerechnet die günstige Windenergie an Land mit dem Kostenargument gebremst werden soll.

Während die große Koalition die Windenergieanlagen an Land deckeln will, sollen gleichzeitig die teuren Offshoreprojekte, also die Windenergiegewinnung im Meer, stärker gefördert werden. Das halte ich für eine vollkommen falsche Prioritätensetzung; denn Energiewende bedeutet doch nicht nur den Austausch des einen Energieträgers gegen den anderen, sondern wir müssen auch überlegen, wie wir auch zu einem Umbau der Energiewirtschaft kommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Da ist – es war auch Thema beim Energiegipfel – eine Dezentralisierung und Demokratisierung der Stromversorgung notwendig. Die Offshoreprojekte werden aber leider dazu führen, dass die bisherigen Marktstrukturen erhalten und gestärkt werden und dass vor allem die großen privaten Konzerne davon profitieren.

Windräder an Land hingegen lassen sich eben auch gut von Genossenschaften oder Kommunen betreiben. Solche Bürgerprojekte sind es doch, die mit Beteiligung der Menschen vor Ort, transparent durchgeführt, das beste Mittel gegen Bedenken und Widerstände gegen den Neubau von Windkraftanlagen sind, weil die Menschen merken, dass sie vor Ort mit von der Energiewende profitieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Kollegin Dorn hat richtig ausgeführt, dass genau solche Projekte jetzt in Hessen gefährdet sind und damit na-

türlich auch das 2%-Ziel. Man muss noch hinzufügen: Hessen liegt nicht am Meer – zumindest noch nicht –, der Strom aus den erneuerbaren Energien wird sich also zukünftig im Norden ballen, während an windstarken Standorten im Süden die Förderung gekürzt wird. Das macht es dann natürlich wieder nötig, dass wir durch einen verstärkten Ausbau von Trassen die Windenergie vom Norden in den Süden transportieren müssen. Das heißt also, all dies führt nicht dazu, dass es günstiger wird, sondern es wird eher teurer.

Wer angesichts der Energiewende immer von Kosten redet, muss auch einmal gegenrechnen, was es kostet, wenn es keine Energiewende gäbe – das ist nämlich die teuerste Variante von allen.

(Beifall bei der LINKEN und der Abg. Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die Vorschläge von Sigmar Gabriel würden nicht zu Strompreissenkungen führen, sondern vor allem zu einer Beibehaltung der bestehenden Marktstrukturen. Eine langsame, aber positive Entwicklung würde dann abgewürgt werden, und davon hat der private Stromkunde überhaupt nichts. Viel notwendiger ist es, dass endlich die Privilegien und Rabatte für die Großindustrie und die Ausnahmen von den EEG-Umlagen abgeschafft werden; denn das sind die eigentlichen Kostentreiber, und hier besteht dringend Reformbedarf, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Die FDP mahnt in ihrem Antrag von gestern einmal mehr, dass der freie Markt es richten solle. Dabei muss man immer wieder sagen, dass gerade in diesem Land Strom und freier Markt nicht besonders viel miteinander zu tun haben. Wir haben über Jahrzehnte hinweg Gebietsmonopole gehabt. Wir haben die milliarden schwere Subventionierung der konventionellen Energieträger gehabt. Deshalb muss man sagen, dass sich der Ökostrom auch erst einmal gegen diese hoch subventionierte alte Energieversorgung durchsetzen muss. Deshalb ist es selbstverständlich notwendig, auch hier weiter auf Förderung zu setzen.

Herr Minister Al-Wazir – wo ist er? –

(René Rock (FDP): Das ist kein besonders wichtiges Thema für ihn!)

war in der letzten Woche in Berlin, wo er seine Kritik an den Reformplänen deutlich gemacht und auch die Windkraftziele des Hessischen Energiegipfels verteidigt hat. Das begrüßen wir ausdrücklich. Wir werden hier genau beobachten, was Sie in Hessen für das Ziel einer ökologischen, dezentralen und bezahlbaren Energieversorgung auf den Weg bringen. Ich wünsche Ihnen dabei viel Kraft, das auch gegen den Koalitionspartner durchzusetzen. Ich denke, dass die Vorschläge der aus CDU und SPD bestehenden Bundesregierung für die EEG-Reform derzeit eher schädlich für die Energiewende sind und dass sie auch als Strompreissbremse unwirksam bleiben werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Die nächste Wortmeldung kommt vom Kollegen Rock, FDP-Fraktion.

René Rock (FDP):

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wie immer haben wir in dieser Debatte hier von vielen Rednern ideologiesteuerte Beiträge jenseits der Realität und unter Ausblendung der eigentlichen Probleme gehört.

(Beifall bei der FDP – Zuruf von der SPD)

Ich möchte einmal eine Lanze für Herrn Gabriel brechen. Herr Gabriel hat zumindest das Problem erkannt, auch wenn er sich in dem Rahmen, in dem er sich bewegt, das Problem nicht lösen kann, weil es nicht geht. Aber wir haben bei Herrn Schröder gesehen, dass, wenn die Probleme groß genug werden, die SPD in der Lage ist, auch mutige Entscheidungen für dieses Land zu treffen. Darum habe ich bei Herrn Gabriel die Hoffnung noch nicht aufgegeben. Das trifft für den Wirtschaftsminister in Hessen aus meiner Sicht natürlich so nicht zu, weil er unter völliger Ausblendung der Realität immer weiter auf diesem ideologischen Weg marschiert.

Warum sage ich das? – Ich sage es, weil einer der wichtigsten Punkte beim Energiegipfel die Akzeptanz war. Sie tun immer so, als würde das, was heute schon gezahlt werden muss, von den Bürgern akzeptiert wird. Eine Familie aber muss 1.000 € im Jahr dafür bezahlen, dass wir Wind- und Solarstrom in diesem Ausmaß haben, hat aber keinen wirtschaftlichen Vorteil davon. In diesem Zusammenhang erinnere ich mich an die Diskussion bei den Sozialverbänden zu den 8 € Zuzahlung bei den Krankenkassen, also 96 € im Jahr – da ist das Abendland untergegangen. Wir befinden uns hier aber längst in ganz anderen Dimensionen. Alles, was Gabriel vorschlägt und was hier immer noch in Gänze oder zumindest in vielen Bereichen kritisiert wird, wird gar nichts daran ändern, dass die Strompreise weiter steigen. Dieser staatlich organisierte Anstieg der Strompreise wird die Energiewende ins Mark treffen.

(Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Woran liegt denn das?)

Wenn man dieses Thema hier ununterbrochen negiert und einfach so tut, als gäbe es dieses Thema nicht, kann ich nur sagen, sind Sie es, die die Axt an die Wurzel legen. Sie werden die Verantwortung tragen, wenn Sie hier mit Mehrheiten und Händeheben Probleme ausblenden. Aber damit werden Sie nicht die Probleme der Bürgerinnen und Bürger lösen, und die werden Ihnen diese Probleme dann vor die Haustür tragen. Das ist die Wahrheit, und daran werden Sie nicht vorbeikommen.

(Beifall bei der FDP – Zuruf der Abg. Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich kann Ihnen nur sagen, dass Sie dieses ewige „Wir beschließen 30 %, 70 %, 110 %, und wir werden 180 % erreichen, in drei Monaten, in 15 Monaten“, ja alles machen können; das war früher im Sozialismus auch so. Da hat man Wachstumsraten beschlossen, da hat man Erfolgspläne beschlossen, da hat man alles Mögliche beschlossen.

Aber es zählen die Realität und die Fakten. Und die Fakten sind nun einmal eindeutig: Die Kosten laufen davon. Keiner hat im System des EEG eine Chance, diese Kosten zu reduzieren. Die einzige Möglichkeit, die bestünde – das wurde vor der Wahl ja auch debattiert –, besteht darin, dass, ökonomisch gesehen, zurzeit der Staat der größte Profiteur der Energiewende ist.

(Beifall bei der FDP)

Er erzielt unglaublich erhöhte Steuereinnahmen durch die Energiewende. Bei jedem Windrad profitiert als Erster der Finanzminister, sonst niemand; das Klima kommt ganz, ganz am Ende bei dieser Debatte. Das möchte ich hier auch noch einmal hinterlegen.

(Zuruf der Abg. Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wenn man hier weiter auf diese Art und Weise arbeitet, werden Sie das Vertrauen – das Sie für dieses Projekt zweifellos haben – gnadenlos verspielen. Jeder, der die Debatte vor Ort mitbekommt, hat doch schon gemerkt, dass das Ganze bereits an der Belastungsgrenze ist. Natürlich kann man sagen, dass jeder eine Eigenerzeugung zu Hause macht. Aber dann hat er noch immer einen Netzanschluss. Den braucht er dann natürlich weniger. Aber wie wird dieser Netzanschluss finanziert? – Der wird natürlich dadurch finanziert, dass es einen Anteil auf den Stromverbrauch gibt. Natürlich ist es so, dass, wenn weniger Leute Strom aus dem allgemeinen Netz beziehen, der Preis für diejenigen, die das Netzentgelt normal bezahlen, auch wieder steigen wird.

Wir haben von Ihnen gehört, dass Sie einen Kapazitätsmarkt betreiben. Das sind 6 Milliarden € Subventionen für Kohlekraftwerke und Gaskraftwerke, die gar keinen Strom liefern werden. Das ist doch kein Sparprogramm, was Sie machen, sondern es wird alles auf dem Rücken der Stromzahler abgearbeitet werden.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie glauben, dass die Leute so doof sind und es nicht irgendwann kapieren, wenn Sie glauben, Sie können hier die Hand heben und die Realität wegstimmen, dann werden Sie verlieren. Sie verlieren die Energiewende, und Sie verlieren die Zukunft in diesem Land. Sie werden dann Pate stehen müssen für soziale Ungleichheit. Ich habe es oft genug erklärt: Wer Geld hat, kann in der Energiewende ordentlich verdienen, und alle anderen bezahlen die Profite.

(Beifall bei der FDP)

Das wissen Sie, das können Sie nicht wegdiskutieren, und das wird am Ende dazu führen, dass Sie keinen Erfolg haben werden.

(Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das von denen, die spätrömische Dekadenz vorwerfen!)

Immer weiter so, wie es von hinten rechts hier vorgetragen wird, und hier immer wieder die alten Reden zu führen, das wird nicht helfen. Darum ist es klar: Wir brauchen einen Systemwechsel. Das EEG muss unverzüglich auslaufen. Diese Bundesregierung wird sich den Fakten nicht widersetzen können. Am Ende wird Sigmar Gabriel dieses EEG beenden. Er wird es vielleicht anders nennen, aber faktisch wird er es beenden, weil es nicht mehr geht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Für die Landesregierung spricht Staatsminister Al-Wazir.

Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist in den letzten drei Tagen viel über die Frage geredet worden, ob immer noch die gleichen Reden gehalten werden wie im letzten Landtag. Ich stelle fest: Herr Kollege Rock hält noch die gleichen Reden wie im letzten Landtag. Da hat es zwischendurch Wahlen gegeben, und das Ergebnis der FDP ist bekannt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben gestern Abend schon debattiert. Ich will noch einmal ausdrücklich bekräftigen: Die Energiewende ist eines der zentralen Vorhaben der Hessischen Landesregierung in dieser Legislaturperiode. Wir haben uns im Koalitionsvertrag darauf verständigt – ich glaube, diesem Ziel müssten sich fast alle anschließen können –, dass das Ziel eine sichere, umweltschonende, bezahlbare und gesellschaftlich akzeptierte Energieversorgung für Bürgerinnen und Bürger, für Mittelstand und Industrie sein muss. Dass wir dafür die richtigen Rahmenbedingungen schaffen müssen, das ist völlig klar. Dazu gehört eben auch eine grundlegende Überarbeitung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU – René Rock (FDP): Jetzt die Fakten!)

Die Eckpunkte, die Wirtschafts- und Energieminister Sigmar Gabriel im Bund vorgeschlagen hat, sind aus unserer Sicht eine durchaus interessante Diskussionsgrundlage. Sie enthalten prinzipiell durchaus geeignete Instrumente zur Optimierung der Marktintegration der erneuerbaren Energien. So weit stimmen wir mit der Bundesregierung ausdrücklich überein.

Herr Kollege Gremmels, wir wissen, dass viele Menschen an diesen Vorschlägen gearbeitet haben. Ich kenne auch einen grünen Staatssekretär, den Sie angesprochen haben, der auch an bestimmten Punkten gearbeitet hat. Ich kenne Sigmar Gabriel nun nicht so gut wie Sie, aber ich weiß, dass er am Ende schon Wert darauf legt, dass er das verantwortet, was er vorlegt, und dass er am Ende auch dafür gesorgt hat, dass die Eckpunkte so geworden sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Ich will hinzufügen, es ist unglaublich wichtig, dass die Regelungen bei den Ausnahmetatbeständen geändert werden. Sie wissen – Herr Kollege Rock, da waren Sie nicht ganz unbeteiligt –, dass wir inzwischen eine Situation haben, dass die EU das als Beihilfe ansieht, und dass die Gefahr droht, dass die gesamten Ausnahmetatbestände als Beihilfe angesehen werden.

(Zuruf des Abg. René Rock (FDP))

Wenn das passieren würde, hätten wir ein wirkliches Problem. Das muss auf jeden Fall verhindert werden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir glauben, dass es richtig ist, sich auf die kostengünstigsten Technologien zu fokussieren – das sind die Windkraft und inzwischen auch die Fotovoltaik –, und dass das zu einer Stabilisierung der EEG-Umlage führen würde. Wir glauben aber, dass trotz dieser richtigen Grundansätze

der Vorschlag der Bundesregierung Punkte beinhaltet, die aus hessischer Sicht absolut kritisch zu bewerten sind und die zu Nachteilen für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien gerade in unserem Bundesland führen könnten.

Das betrifft insbesondere die Vergütung für Windkraftanlagen im Binnenland. Wenn die vorgeschlagene Vergütungsabsenkung so käme, dann würde dies dazu führen, dass insbesondere die Energiewende in den hessischen Mittelgebirgsregionen gebremst oder unterbunden wird. Die bisherige Ausbauplanung – das muss man in dem Zusammenhang auch sagen – für diese Gebiete erfordert in absehbarer Zeit keinen Netzausbau. Das würde zu einer signifikanten Kostenreduktion und auch zu einer verbessernden Wirtschaftlichkeit solcher Projekte führen. Ich sage Ihnen ausdrücklich: Diese Wirtschaftlichkeit wäre allerdings infrage gestellt, wenn die für eine Förderung maßgebliche Mindestwindgeschwindigkeit bzw. der sogenannte Referenzertragswert so weit abgesenkt würde, wie es das Eckpunktepapier der Bundesregierung bisher vorsieht.

Um das sehr deutlich zu machen: Wenn eine Beschränkung auf Standorte käme, die einen Referenzertragswert von 75 oder gar 77,5 % erfüllen, dann würde das bedeuten, dass von den derzeit in Mittelhessen diskutierten Vorrangflächen nur noch ungefähr 42 % realisiert werden könnten. Bei den in Nordhessen diskutierten Vorrangflächen wären es nur noch 30 %.

Was das an Entwertung der Arbeit bedeuten würde, die in den Regionen in den letzten zwei Jahren in die Erarbeitung genau dieser Vorrangflächen gesteckt wurde, das muss ich Ihnen, glaube ich, nicht deutlich machen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Herr Minister, ich weise darauf hin, dass die Redezeit der Fraktionen abgelaufen ist.

Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – In der Konsequenz müssten wir zur Erreichung des 2-%-Ziels die Ausweisung von Windvorrangflächen in sensiblere Bereiche lenken, die bisher aus Natur- und Artenschutzgründen in den Planentwürfen weitgehend freigehalten wurden. Das kann nicht in unserem Interesse sein.

(Zuruf des Abg. René Rock (FDP))

Der zweite Punkt, der dringend geändert werden muss, ist der Stichtag. Wenn es so käme, dass wirklich nur noch die Anlagen nach dem derzeit gültigen EEG gefördert werden könnten, die am 22. Januar immissionsschutzrechtlich genehmigt waren, dann würde das das Aus für die meisten derzeit in Planung befindlichen Projekte bedeuten. Ein solcher Bruch des Vertrauensschutzes kann nicht im Interesse von uns sein. Da sind viele Planungen drin, da sind Stadtwerke drin, da sind Projektentwickler drin, da sind Bürgergenossenschaften drin, die seit Jahren teilweise schon die Vogelschutzgutachten in Auftrag gegeben haben, wo man ein ganzes Jahr beobachten muss. Es kann nicht sein, dass man diesen Investoren sagt: Ihr habt euer Geld zum Fens-

ter herausgeworfen. – Hier brauchen wir dringend eine Änderung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Entweder muss man diesen Stichtag streichen, oder man muss ihn so verstehen, dass zu diesem Zeitpunkt nicht die Genehmigung vorgelegen haben, sondern der Antrag gestellt worden sein muss. Das würde die meisten Probleme, die da entstehen würden, heilen.

Ich glaube, dass wir uns an diesem Punkt sehr ausführlich einbringen müssen. Wir müssen uns auch bei dem Punkt Eigenstrom einbringen. Es ist völlig klar, dass weiterhin ein solidarischer Prinzip gelten muss, völlig richtig. Allerdings sehen wir gerade bei der Fotovoltaik ein Problem. Wir sehen auch teilweise bei Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen ein Problem. Da gibt es durchaus Diskussionsbedarf.

Ich habe gesagt – das ist mein letzter Punkt, Frau Präsidentin –, es geht jetzt darum, die EEG-Umlage zu stabilisieren. Herr Rock, in Zukunft werden wir die EEG-Umlage senken. Wenn wir sie senken wollen, müssen wir zwei Punkte machen. Erstens brauchen wir wieder einen funktionierenden Emissionshandel. Denn solange der Abstand zwischen der Vergütung und dem Börsenstrompreis so dramatisch niedrig ist, so lange wird die EEG-Umlage steigen, selbst wenn überhaupt keine zusätzlichen Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien mehr gebaut würden. Das ist ein Problem, das geregelt werden muss.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Zweitens. Wir werden ab 2020 Anlagen haben, die aus der Förderung fallen. Auch dann wird die EEG-Umlage wieder sinken.

Die spannende Frage ist: Wie werden wir einen sinnvollen Umgang mit den Förderzusagen der Vergangenheit finden? Kann man Modelle entwickeln, wie man das sozusagen untertunnelt,

(René Rock (FDP): Jetzt aber Vorsicht!)

ohne in Zusagen einzugreifen? Diese beiden Fragen sind Punkte, die uns nach der jetzigen Diskussion über die EEG-Novelle weiter beschäftigen.

Sie werden sehen, uns wird die Arbeit an diesem Punkt nicht ausgehen. Aber ich glaube, die Energiewende ist ein so großes Projekt, dass Sie alle daran mitarbeiten werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Kolleginnen und Kollegen, ich habe eine weitere Wortmeldung, die des Kollegen Thorsten Schäfer-Gümbel, vorliegen. Die Redezeit beträgt fünf Minuten.

Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Al-Wazir, nach Ihren Ausführungen ist es mir ein Anliegen, ein paar Punkte aus unserer Sicht klarzumachen.

Erstens. Die hessische Sozialdemokratie steht wie die Sozialdemokratie insgesamt uneingeschränkt zu den Zielen der Energiewende.

(Beifall bei der SPD)

Dabei ist für uns klar, dass zwei schwierige Kernziele – auf der einen Seite optimaler Klimaschutz unter Erreichen des sogenannten Zwei-Grad-Ziels, auf der anderen Seite eine bezahlbare und sichere Energieversorgung – erfüllbar sind und dass wir die Brücke ins solare Zeitalter so kurz wie irgend möglich machen wollen.

Das ist das, was wir in den vergangenen Jahren hier immer und immer wieder, auch gemeinsam mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Thema gemacht haben. In der Tat, es gab Teilkompromisse auf dem Energiegipfel, Herr Stephan. Das haben wir auch mehrfach dokumentiert.

Ich will an das Chaos erinnern, an das Durcheinander: die Rücknahme des Atomausstiegs durch Schwarz-Gelb auf der Bundesebene,

(Beifall bei der SPD)

wenige Monate später die Rolle rückwärts im Angesicht von Fukushima mit all den Schwierigkeiten, die daraus entstanden sind, unter anderem die rechtswidrige Stilllegung von Biblis A und B. Wir wollten sie politisch, aber so, wie sie gemacht worden ist, war sie rechtswidrig.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen war und ist es richtig, dass die Energiewende neu aufgesetzt wird und es zu einem Neustart der Energiewende kommt – nach dem schwarz-gelben Chaos auf der Bundesebene zu diesem Thema.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen sind die Zielsetzungen, die in den Eckpunkten zur EEG-Novelle vorgelegt wurden, völlig richtig. Ich komme gleich im Detail dazu.

Jetzt will ich etwas klarstellen, weil hier der Versuch gemacht wird, zu sagen, das seien die Pläne von Sigmar Gabriel. Als zuständiger Minister ist er der Verantwortliche dafür, aber dieser Entwurf ist ein gemeinsamer Beschluss der Bundesregierung aus der Klausurtagung des Kabinetts von Schwarz und Rot, unser gemeinsamer Beschluss.

(Günter Rudolph (SPD): So ist es!)

Im Übrigen will ich daran erinnern, er ist auch das Ergebnis von Koalitionsverhandlungen, an denen der Ministerpräsident Volker Bouffier und auch ich beteiligt waren.

Jetzt verrate ich ein kleines Geheimnis. Wir werden über die internen Details nicht so sehr viel reden. Aber ich erinnere mich ziemlich gut an eine Situation, an einen Samstagmittag gegen 14 Uhr, als wir in der Endphase der Verhandlungen zum Energiekapitel waren. Das Energiekapitel habe ich persönlich auf Arbeitsebene mitverhandelt.

Als man bei der Frage war, wie die Ausbaukorridore für die erneuerbaren Energien vor dem Hintergrund sind, dass es eine massive Entwicklung gegeben hat mit all den Problemen für das Netz und vieles andere mehr einschließlich der Kosten, die damit verbunden sind – dabei haben wir alle Fragen außen vor gelassen –, gab es einen Anruf, der es der CDU-Seite im Prinzip nicht mehr möglich gemacht hat, mit uns fachlich zu einem Ergebnis zu kommen,

(Timon Gremmels (SPD): Aha!)

weil das sozusagen in der kleinen Runde verhandelt werden musste, weil man sich nicht sicher war, ob das, was die Fachebene von Hannelore Kraft über Herrn Goppel von der CSU bis zu den Kollegen von der CDU, und zwar in beiden Teilfraktionen, sowohl des Wirtschaftsflügels als auch des Umweltflügels innerhalb der CDU/CSU-Fraktion, aushandeln konnte, am Ende greift oder nicht.

Zu der kleinen Runde muss Herr Bouffier etwas sagen, daran war ich nicht beteiligt. Aber das Ergebnis kennen Sie, wie es im Koalitionsvertrag ausformuliert ist.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Ich will es deswegen noch einmal sagen; denn Sie werden sich in der Frage keinen schlanken Fuß machen können.

(Beifall bei der SPD)

Die Reduzierung der Ausbauziele bei den erneuerbaren Energien hatte vor allem etwas mit der Positionierung von CDU und CSU zu tun, weil es dort Unterschiede bezüglich der Geschwindigkeit gab. Deshalb bleibt am Ende: Das ist eine gemeinsame Entscheidung, und es gibt einige Punkte, die aus unserer Sicht im Detail nachzuarbeiten sind. Das gilt für den Vertrauensschutz und die Stichtagsregelung. Das gilt für die Onshoreförderung.

Herr Al-Wazir, ich will allerdings darauf hinweisen, dass RP Witteck in Mittelhessen gerade ein Gutachten noch nicht veröffentlicht hat, wo aus naturschutzrechtlichen Gründen eine große Zahl der Flächen, die als Vorrangflächen für Onshorewind vorgesehen sind, ausgeschlossen werden soll. Da kann man sich hinter den Eckpunkten auf Bundesebene nicht verstecken.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Herr Abgeordneter, die Redezeit ist abgelaufen.

Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):

Letzter Satz. – Das gilt auch für die Eigenstromversorgung und die entsprechende Einpreisung. Jetzt habe ich über all die anderen Fragen von Netzsteuerung, Kapazitätsmärkten und Sicherheitsnetzen noch gar nicht gesprochen. Wir werden also noch viel Bedarf zum Diskutieren haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Das Wort hat Kollege Wagner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Zuruf des Abg. René Rock (FDP))

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Schäfer-Gümbel, Sie haben erklärt, wie das so ist, in Koalitionen zu sein,

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das kennen Sie ja!)

und wie schwierig es ist, in Koalitionen manche Sachen durchzusetzen, die man noch vor drei Monaten vertreten hat. Herr Kollege Schäfer-Gümbel, dann werfen Sie es uns im Hessischen Landtag bitte nicht vor, wenn Sie diese Probleme genauso kennen.

(Günter Rudolph (SPD): So wichtig sind Sie auch nicht, dass wir alles auf Sie beziehen!)

Ich bin sehr froh, nachdem wesentliche Bestandteile der SPD-Anträge in diesem Plenum waren, zu versuchen, die Schwierigkeiten des Koalierens von Schwarz und Grün zu betonen, dass Sie uns jetzt gesagt haben, dass Sie diese Probleme genau kennen und dass sie völlig normal sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Herr Kollege Schäfer-Gümbel, ich wünsche Ihnen ausdrücklich viel Erfolg, die Position, die Sie hier dargelegt haben und die ich als Unterstützung für den Kurs der schwarz-grünen Landesregierung

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Nein!)

in der Energiewende gewertet habe, auch in Berlin durchzusetzen.

(Günter Rudolph (SPD): Auch falsch!)

– Jetzt will ich Sie loben und Sie dabei unterstützen, wenn Sie sich auf Bundesebene – –

(Günter Rudolph (SPD): Wenn Sie uns loben, werden wir ganz hellhörig!)

– Herr Kollege Rudolph, auch wenn Sie Lob nicht annehmen können, finde ich es trotzdem gut, dass sich die hessische SPD gemeinsam mit uns dafür einsetzen will, dass die Energiewende auf Bundesebene nicht gefährdet wird. Das finde ich ausdrücklich gut und anerkennenswert.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Schwarz-Grün in Hessen steht zu den Zielen des Energiegipfels, steht zu den Ausbauzielen, die dort vereinbart wurden für die erneuerbaren Energien, steht dazu, dass der Anteil erneuerbarer Energien in Hessen verdoppelt wird,

(Zuruf des Abg. René Rock (FDP))

steht dazu, dass wir 2 % der Landesfläche für Windkraft nutzen wollen. Die spannende Frage wird sein: Wie steht Schwarz-Rot auf Bundesebene dazu? Wird Schwarz-Rot auf Bundesebene Gesetze machen, die die hessischen Ausbauziele gefährden? Das wird genau die spannende Frage sein.

Ich wiederhole: Die hessische Sozialdemokratie hat ausdrücklich die Unterstützung, und wir finden es ausdrücklich gut, wenn Sie sich dafür einsetzen, dass die Ziele der Energiewende in Hessen durch den Bund nicht gefährdet werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wenn man sich anschaut, wie sich die unterschiedlichen Koalitionen auf Bundes- und auf Landesebene in der Frage der Energiewende positionieren, dann darf ich, glaube ich, für meine Fraktion in Anspruch nehmen: Wenn die GRÜNEN in einer Koalition dabei sind, dann geht es bei der Energiewende voran. Wenn sie nicht dabei sind, werden die Auseinandersetzungen schwierig. Ich glaube, das darf

ich in Anspruch nehmen, ohne dass die CDU mir jetzt zu sauer wäre.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Aber ihr findet es auch gut, wenn wir bei der Energiewende das Beste aus euch herausholen.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Ich halte also am Ende dieser Debatte fest: Es gibt über die Regierungsfaktionen von CDU und GRÜNEN hinaus die SPD, die sich auch dafür einsetzen will, dass die Ziele der Energiewende in Hessen verwirklicht werden können. Ich finde das gut.

Ich sage ausdrücklich: Ich finde das mutig. Denn wir wissen, wie schwierig das ist, wenn man innerparteiliche Auseinandersetzungen hat, und wie schwierig das ist, wenn man sich in einer Koalition befindet. Ich glaube, wenn sich CDU, GRÜNE und SPD gemeinsam auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Ziele der Energiewende in Hessen nicht gefährdet werden, dann ist das eine gute Voraussetzung dafür, dass das auch tatsächlich klappt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

In der Tat – der Wirtschaftsminister hat es angesprochen –: Wir brauchen in einigen Bereichen Veränderungen. Dazu gehört, dass die Nutzung der Windkraft an Land auch in Hessen durch die Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes auf Bundesebene möglich bleiben muss.

Als Zweites brauchen wir Sicherheit für die Planungen, die es jetzt schon für den Ausbau der Nutzung der erneuerbaren Energien gibt. Die viele Energie, die da hineingesteckt wurde, und das viele Geld, das schon in die Planungen hineingesteckt wurde, dürfen nicht in den Wind geschrieben werden, sondern es muss für diese Planungen im Interesse der Arbeitsplätze in unserem Land Investitionssicherheit geben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Ein Drittes brauchen wir: Wir müssen uns die Ausnahmen für die energieintensive Industrie anschauen. Diejenigen, die tatsächlich im internationalen Wettbewerb stehen, sollen davon ausgenommen sein. Aber die vielen, die da drin sind und für die dieses Kriterium nicht gilt, müssen da wieder herauskommen, damit wir den Strompreis bezahlbar halten können.

Ich komme zu dem Letzten, was wir machen müssen. Auch darauf hat der Wirtschaftsminister hingewiesen. Wir brauchen einen funktionierenden Emissionshandel.

Wenn wir uns für die Umsetzung dieser vier Maßnahmen gemeinsam einsetzen würden, dann wäre das ein Stück weit ein neuer Stil in diesem Hessischen Landtag. Das wäre dann ein Stück weit das Vertreten der hessischen Interessen jenseits der Parteigrenzen. Das wäre gut so.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Heike Habermann:

Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Stunde zu dem An-

trag Drucks. 19/48 abgehalten. Wir sind damit am Ende der Aktuellen Stunden.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 20** auf:

Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Qualität der Kinderbetreuung sichern – KiföG zurücknehmen – Drucks. 19/35 –

Damit verbunden ist **Tagesordnungspunkt 34:**

Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Qualität der Kinderbetreuung weiter ausbauen – Kinderförderungsgesetz weiterentwickeln – Drucks. 19/71 –

Die vereinbarte Redezeit beträgt zehn Minuten je Fraktion. Ich erteile Frau Abg. Schott für die Fraktion DIE LINKE das Wort.

Marjana Schott (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Im letzten Jahr wurde in diesem Haus mit den Stimmen der Abgeordneten der CDU und der FDP das Kinderförderungsgesetz verabschiedet. Wir haben bis zum Schluss gehofft, dass bei der Landesregierung oder bei den sie tragenden Fraktionen Einsicht einkehrt. Die Uneinsichtigkeit hat sich aber durchgesetzt. Wir LINKE betonen: Das Kinderförderungsgesetz in der vorliegenden Fassung war falsch, ist falsch und bleibt falsch.

(Beifall bei der LINKEN)

An der Stelle hätten die Mitglieder der Fraktion der GRÜNEN eigentlich klatschen müssen. Ich möchte Ihnen einmal vorlesen, wie die Sätze im Original in der Rede des Abg. Marcus Bocklet anlässlich der dritten Lesung geheißen haben:

Wir haben bis zum Schluss gehofft, dass bei der Landesregierung oder bei den sie tragenden Fraktionen Einsicht einkehrt. Die Uneinsichtigkeit hat sich aber durchgesetzt. Wir GRÜNE betonen: Das Kinderförderungsgesetz in der vorliegenden Fassung war falsch, ist falsch und bleibt falsch.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf: Da hat er recht gehabt!)

Nun bin ich der Meinung: Man muss als Politiker mit einem offenen und wachen Geist durchs Land gehen. Man muss Fehler erkennen. Man muss neue Informationen aufnehmen. Man muss sie verarbeiten und sich dann eventuell korrigieren.

(Holger Bellino (CDU): Fangen Sie einmal damit an!)

Ich bin gespannt, ob der Redner der GRÜNEN hier vorne ans Pult kommt und sagt: Wir haben uns im letzten Jahr furchtbar geirrt.

(René Rock (FDP): Sie glauben doch selbst nicht, dass sie das sagen!)

Wir haben dieses Gesetz komplett falsch eingeschätzt. Wir entschuldigen uns bei den Wählerinnen und Wählern dafür, dass wir versucht haben, gegen dieses Gesetzesvorhaben die Speerspitze der Bewegung zu sein. Denn wir haben uns entsetzlich geirrt, die CDU hatte recht.

(Beifall der Abg. Willi van Ooyen und Hermann Schaus (DIE LINKE))

Allein, mir fehlt der Glaube. – 140.000 Unterschriften wurden auf dem Platz hier unten übergeben. Landauf, landab hat es Veranstaltungen gegen dieses Kinderförderungsgesetz gegeben. Es waren die Mitglieder von drei Fraktionen, die auf den Podien gesessen und gesagt haben: Dieses Kinderförderungsgesetzvorhaben ist falsch. Das darf so nicht an den Start gehen. Wenn es eine Änderung nach der Landtagswahl gibt, werden wir dafür Sorge tragen, dass dieses Kinderförderungsgesetz zurückgenommen wird. – Das waren die Mitglieder von drei Fraktionen.

(Alexander Bauer (CDU): Zwei Fraktionen haben gesagt, dass es gut ist!)

Soll ich noch einmal benennen, welche es waren? Oder erinnern wir uns noch? Ich glaube, es waren vor allem die SPD, DIE LINKE und die GRÜNEN. Wenn die GRÜNEN auf dem Podium gesessen haben, haben sie jedes Mal gesagt: Wir holen dieses Gesetz zurück, sollte es zum Tragen kommen.

Das haben Sie auch in Ihr Wahlprogramm geschrieben. Da heißt es nämlich – ich darf zitieren –:

Und wir wollen die Qualität der Kinderbetreuung verbessern, damit Bildungsprozesse für Kinder individuell, kontinuierlich und auf hohem Niveau gestaltet werden können. Kindergärten sollen sich zu Bildungsgärten und Familienzentren weiterentwickeln. In diesem Sinne werden wir das sogenannte Kinderförderungsgesetz ... umgehend nach einem Regierungswechsel grundlegend überarbeiten und für eine faire Finanzierung aller Träger sorgen. Behinderte und nicht behinderte Kinder sollen gemeinsam aufwachsen können. Bei allen unseren bildungspolitischen Maßnahmen ist uns die Umsetzung des Ziels der Inklusion ein wichtiges Anliegen.

(Beifall bei der LINKEN)

So weit will ich aus Ihrem Wahlprogramm zitieren.

(Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Schott, gewählt haben Sie uns trotzdem nicht!)

Sie haben gesagt, dass Sie nach einem Regierungswechsel das Gesetz umgehend grundsätzlich überarbeiten wollten. Den Regierungswechsel hatten wir nun. Wir warten jetzt auf die grundsätzliche Überarbeitung.

Ich habe mir Ihren Dringlichen Antrag angeschaut. Ich glaube, da steht zehnmal, dass Sie die Landesregierung bitten. Das ist ein sehr freundlicher Umgangston. Wenn das der neue Ton ist, dann ist das schön. Die Landesregierung wird gebeten. Aber sollte man sie nicht doch gelegentlich auch einmal auffordern? Denn wir sind eigentlich keine Bittsteller, sondern wir stellen der Landesregierung Forderungen. Aber das mag man unterschiedlich bewerten.

(Holger Bellino (CDU): Das Ergebnis ist doch entscheidend!)

– Sicherlich ist das Ergebnis entscheidend. Aber im Prinzip soll das Parlament hier nichts anderes tun, als den schwarz-grünen Koalitionsvertrag noch einmal abzusegnen. Denn in diesem Dringlichen Antrag steht nichts anderes als das, was in Ihrem Koalitionsvertrag steht. Da heißt es – auch das will ich noch einmal zu Gemüte führen –:

Wir wollen mit dem Hessischen Kinderförderungsgesetz die Förderung aller Kinder in Kindertageseinrichtungen voranbringen. Wir werden deshalb den Umsetzungsprozess des Kinderförderungsgesetzes permanent begleiten und durch ein Qualitätsmonitoring bei etwaigen Problemen in der Praxis nachsteuern.

Wie war das mit dem „grundlegend überarbeiten“? – Davon lese ich da nichts mehr. Ich erlebe, dass die CDU ihrer Linie treu geblieben ist. Das muss man einfach einmal sagen. Die GRÜNEN haben offensichtlich eine komplette Kehrtwende gestartet. Sie haben diese bis heute noch nicht begründet. Wir erwarten von Ihnen eine Begründung für diesen Verrat an den Wählerinnen und Wählern.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist ein Verrat an 140.000 Menschen, die sich darauf verlassen haben, dass Sie genau dieses Anliegen umsetzen. Sie sind losgezogen, um damit Stimmen einzufangen, indem Sie gesagt haben: Diese Kinderförderung, die in diesem Land breit gefächert abgelehnt wird, tragen wir nicht mit. Wir werden sie beenden.

Was tun Sie jetzt? – Sie stellen sich hin und bitten die Landesregierung, diese Kinderförderung mit diesem Gesetz aufrechtzuerhalten. Sie reden das schön.

Sie haben angegriffen, dass die Nachmittagsbetreuung an den Grundschulen in diesem Gesetz überhaupt nicht enthalten ist. Stattdessen haben Sie jetzt einen Pakt für die Nachmittagsbetreuung angekündigt, bei dem an den Kommunen irgendwie hängen bleiben wird, es zu machen. Wäre das ins Kinderförderungsgesetz aufgenommen worden, dann wäre auch klar, dass die Landesregierung in der Verantwortung wäre, das zu finanzieren.

Sie lassen die Kommunen im Gegensatz zu all dem, was Sie vorher immer angeprangert haben, im Regen stehen. Das Thema der Betreuung der Grundschul Kinder war in diesem Zusammenhang immer ein ganz wesentliches.

Genauso lassen Sie auch die Eltern der Kinder mit Behinderungen im Regen stehen. Da gibt es die Ankündigung: Wenn es denn wieder zu Vereinbarungen kommen wird, dann werde sich auch die Landesregierung bewegen. – Verdammte noch einmal, Ihre Forderung im letzten Jahr war, dass die Landesregierung klar Position beziehen sollte. Sie sollte die Inklusion finanziell so fördern, dass das auch funktionieren kann.

Wo ist die Forderung hin? Vergessen? Oder gibt es eine Entwicklung, die Ihnen jetzt sagt: „Es ist nicht mehr an der Zeit“? Was haben Sie an der Stelle dazugelernt, dass Sie hier zu einer Meinungsänderung gekommen sind? Ich möchte, dass Sie das klar und öffentlich sagen und auch erklären, warum Sie zu anderen Ergebnissen gekommen sind.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich finde es unerträglich, wenn man wenige Wochen nach der Wahl sagt: Das, was ich vor der Wahl aufgeschrieben habe, interessiert mich nicht mehr. – Ich finde es unerträglich, wie Sie mit den Menschen in diesem Land umgehen, die darauf gesetzt haben, dass Sie bei dem Thema, über das Sie sehr intensiv gestritten haben, bei dem bleiben, was Sie gesagt haben.

(Vizepräsident Wolfgang Greilich übernimmt den Vorsitz.)

Ich finde es unerträglich, wie Sie versucht haben, sich an die Spitze einer Bewegung zu stellen, die Sie jetzt treten. Ich finde es unerträglich, wie Sie die Kinder und die Kindertagesstätten in diesem Land hängen lassen und jetzt eine Politik betreiben, die das Gegenteil von dem darstellt, was Sie noch vor einem halben Jahr für richtig gehalten haben, nur um in der Regierung zu sein, um Regierungssessel einzunehmen und hier mitspielen zu dürfen. – Entsetzlich.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Greilich:

Vielen Dank, Frau Kollegin. – Das Wort hat für die CDU-Fraktion Frau Kollegin Wiesmann.

Bettina Wiesmann (CDU):

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 23. Mai letzten Jahres hat der Landtag das Hessische Kinderförderungsgesetz verabschiedet. Vor wenigen Wochen erst ist es in Kraft getreten. Ich kann verstehen, dass Ihnen die Zeit seit unserer letzten parlamentarischen Debatte dazu ein wenig lang geworden ist, liebe Frau Schott. Aber dass Sie Ihren aktuellen Antrag mit der Forderung „KiföG zurücknehmen“ überschrieben haben, wirkt doch ziemlich unzeitgemäß. Ich muss, ehrlich gesagt, hinzufügen: Unzeitgemäß war auch Ihr Debattenbeitrag eben. Wenn Sie sich an den GRÜNEN abarbeiten wollen, dann ist das vor allen Dingen schade; denn es geht um ein wichtiges Thema, das in den Vordergrund gehört.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir alle – darauf hat vorgestern auch Herr Schäfer-Gümbel zu Recht hingewiesen – haben wohl um kein Gesetzesvorhaben der vergangenen Legislaturperiode so intensiv gestritten wie um dieses. Ich bin darum nicht böse, denn das gehört in der Demokratie dazu, genauso wie der Wahlkampf mit seinen Zuspitzungen. All das können wir verkraften, wir brauchen es auch.

Die CDU-Fraktion hat gemeinsam mit unserem damaligen Partner, der FDP, unermüdlich auf die Vorzüge des Gesetzes hingewiesen.

(René Rock (FDP): Unter schwierigen Bedingungen!)

Der Vollständigkeit halber will ich heute nach längerer Zeit kurz die wichtigsten in Erinnerung rufen:

Das KiföG bringt 20 % mehr Finanzmittel ins Betreuungssystem.

(Manfred Pentz (CDU): So ist es! – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Daran war ja wohl der Staatsgerichtshof schuld!)

Es definiert eine klare und anspruchsvolle Qualitätsunterkante, was die Gruppengrößen und die Betreuungsrelation angeht, die dank der höheren Förderpauschalen leichter als bisher erreicht, gehalten oder überschritten werden kann. Es behandelt alle Kinder hessenweit gleich, was Förderkriterien und Mindeststandards betrifft. Es bündelt Fördertöp-

fe und Programme und schafft so eine bessere Handhabbarkeit für die Träger. Andererseits lässt es Gestaltungsspielräume, z. B. bei Öffnungszeiten. Es erhält das höhere Förderniveau für kirchliche und frei-gemeinnützige Träger und sichert so die Vielfalt des Angebots. Es führt erstmals Förderpauschalen besonderer Art für die Umsetzung des BEP und für Einrichtungen mit besonderen Förderbedarfen ein.

In Summe, so denken wir, haben wir ein Gesetz verabschiedet, dessen Regelungen wir für klug und berechtigt halten können, von dem wir heute frohen Mutes sagen: Gut, dass es in Kraft ist.

(Beifall bei der CDU und des Abg. René Rock (FDP))

Das ist aber nicht alles. Wir haben ein nach unserer Meinung und nach Meinung vieler Fachleute kluges Gesetz verabschiedet. Wir waren aber nie und sind auch heute nicht der Meinung, es zum jetzigen Zeitpunkt abschließend beurteilen zu können.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): War falsch, ist falsch und bleibt falsch!)

Deshalb haben wir zusätzlich zur alle fünf Jahre ohnehin stattfindenden Evaluierung des HKJGB in Art. 5a eine spezifische Überprüfung des KiföG, und zwar nach vollständiger Umsetzung, bis Dezember 2016 verankert.

So weit waren wir schon im Mai. Den Weg beschreiten wir jetzt weiter. Deshalb heißt es im Koalitionsvertrag zwischen Schwarz und Grün dazu – ich zitiere, es wurde schon gesagt –:

Wir werden deshalb den Umsetzungsprozess des Kinderförderungsgesetzes permanent begleiten und durch ein Qualitätsmonitoring bei etwaigen Problemen in der Praxis nachsteuern.

Weiter heißt es:

Zudem werden wir Mitte 2014 einen „Runden Tisch Kinderbetreuung“ einberufen, um gemeinsam mit den Verbänden und Trägern eine erste Evaluierung zur Wirkung des Kinderförderungsgesetzes durchzuführen ...

Liebe Frau Schott, liebe Kollegen und Kolleginnen, es scheint mir schon die richtige Reihenfolge zu sein, ein Gesetz erst einmal anzuwenden und seine Wirkung ein Stück weit entfalten zu lassen, bevor man es evaluiert und über die Weiterentwicklung berät.

(Beifall bei der CDU)

Das sollten Sie ganz beruhigt und ergebnisoffen auf sich zukommen lassen.

Ich glaube sogar, dass die erste Evaluierung nach einem halben Jahr noch nicht alle wichtigen Erkenntnisse auf den Tisch bringen wird. Das eine oder andere, z. B. die Wirkung der Stichtagsregelung, um es konkret zu sagen, wird sich verlässlich erst nach Jahresfrist zeigen. Die Hast, mit der Sie Ihre Forderungen auspacken, zeugt jedenfalls nicht von Realitätsinn. Vielmehr scheint Ihnen – das muss auch gesagt werden – noch ein wenig nachzuhängen, dass sich die vielleicht ursprünglich gehegte Hoffnung, mit den Vorurteilen zum KiföG auch im Wahlkampf punkten zu können, nicht so ganz erfüllt hat. – So viel zur Überschrift und zu Punkt 1 Ihres Antrags.

Wenig begründet erscheint er auch in den nachfolgenden Punkten. Zu den Punkten 2 und 3: Ihre Forderung – häufig auch die der SPD – nach gruppenbezogener Förderung klingt verführerisch, sie führt aber in die Irre. Denn es geht hier nicht um die Pädagogik, die selbstverständlich das einzelne Kind und den Gruppenzusammenhang in ausgewogener Weise berücksichtigen muss, es geht um Fördergerechtigkeit.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Es geht um den ländlichen Raum!)

Die subjektbezogene Förderung, die Gewährung der Fördermittel je Kind behandelt alle Kinder gleich und beendet eine Praxis, die dazu geführt hat – Stichwort „ländlicher Raum“ –, dass in strukturschwachen Gebieten mit rückläufigen Kinderzahlen deutlich kleinere Gruppen mit demselben Förderbetrag des Landes bedacht wurden wie sehr viel größere in den Städten.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Wo sollen die Leute im ländlichen Raum denn hin? – Gegenruf der Abg. Nancy Faeser (SPD): Wer soll das denn finanzieren? Die Schutzschirmkommunen?)

Damit kein Missverständnis entsteht: Wir gönnen allen Beteiligten, dass es so war. Wir wünschen uns auch überall möglichst gute Betreuungsbedingungen; das ist überhaupt nicht der Punkt. Der Punkt ist, dass diese Fördersystematik des Landes unfair war. Deshalb haben wir sie verändert. Die Fördersystematik des KiföG behandelt alle Kinder nach einheitlichen Kriterien und überlässt es den Trägern, über Gruppengrößen und Betreuungsschlüssel jenseits des Mindeststandards selbst zu entscheiden. Dafür gibt es mehr Geld und auch besondere Förderpauschalen, z. B. für benachteiligte Kinder in Schwerpunktkitas, die ich bereits erwähnt habe. All das ist gut und richtig so.

Punkt 4: Sie beklagen den vermeintlich zu hohen Verwaltungsaufwand für Einrichtungen und Träger. Grundsätzlich teilen wir die Sorge, eine möglichst hohe Fördergenauigkeit und zugleich eine gute Handhabbarkeit zu erzielen. Das sind übrigens Ziele, die man beliebig gegeneinander ausspielen kann; den perfekten Mittelweg gibt es wahrscheinlich nicht. – Das nur am Rande.

Die jetzige Regelung des KiföG erscheint uns aus heutiger Sicht sehr gut handhabbar, denn die Meldung der Kinderzahl ist für die Kinder- und Jugendhilfestatistik per Anfang März ohnehin erforderlich. Sie verursacht also keinerlei nennenswerten Mehraufwand.

Auch die Tatsache, dass Förderpauschalen für das ganze Jahr gezahlt werden, während es unterjährig insbesondere im Sommer im Regelfall viele Übergänge in geringer geförderte Betreuungsstadien oder auch in die Schule gibt, hilft, Unschärfen der Pauschalförderung abzufedern. Dennoch ist auch das ein Punkt, an dem wir sehr genau zuhören werden, ob die Praxis unseren Erwartungen entspricht oder – und inwiefern – nicht.

Punkt 5, Inklusion von Kindern mit Behinderungen: Frau Schott, ich muss Ihnen sagen, Sie tragen Eulen nach Athen. Unser Koalitionsvertrag adressiert gerade diesen Punkt in weitreichender Weise. Ja, das ist eine Weiterentwicklung. Das Ziel, die in der Vergangenheit gut geglückte Betreuung von I-Kindern in hessischen Kinderbetreuungseinrichtungen weiter sicherzustellen, teilen wir ja. Allerdings respektieren wir die Zuständigkeiten. Für Einglied-

runghilfe und Jugendhilfe sind die Kommunen zuständig, sie legen sogar Wert darauf.

Den Landesbeitrag zu dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe wollen wir genauso entschlossen leisten. Deshalb sehen wir vor, die bereits durch das KiföG erhöhten Integrationspauschalen nochmals zu erhöhen, sodass die bisherigen Betreuungsstandards fortgeführt werden können. Allerdings soll die Voraussetzung dafür sein, dass die originär zuständigen Wohlfahrtsverbände und Kommunen ihre Hausaufgaben machen und die Rahmenvereinbarung Integrationsplatz auf dem bisherigen Niveau fortschreiben.

Ich halte dies für eine intelligente Verabredung. Denn sie respektiert die Verantwortlichkeiten und hilft gleichwohl, Anstrengungen zu bündeln. Ihre Forderung hingegen, das Land möge diese Aufgabe an sich ziehen und selbst erledigen, ist in ihrer Schlichtheit wenig verantwortlich.

Abschließend zur Fachkräftegewinnung. Dazu können Sie das Notwendige auf Seite 54 des Koalitionsvertrags nachlesen. Das Thema ist der CDU-Fraktion außerordentlich wichtig und nicht erst seit der Landtagswahl, wie die vielfältigen Aktivitäten der Vorgängerregierung dokumentieren.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte kurz zusammenfassen. Wir gehen gemeinsam einen ehrlichen Weg in Richtung hochwertiger, bedarfsgerechter Kinderbetreuung in Hessen. Der Ausbau ist gut vorangekommen. Dank des KiföG haben wir einen guten Qualitätsrahmen, den sich das Land trotz Schuldenbremse einen erheblichen Betrag kosten lässt. Die Förderung erfolgt transparenter und differenzierter, fairer als bisher. Sie folgt Kriterien der Handhabbarkeit und der Flexibilität für die Träger, denn die örtlichen Situationen sind verschieden.

Wir werden dieses Gesetz in seinen Wirkungen sehr intensiv begutachten und entsprechend den gemachten Erfahrungen weiterentwickeln. Noch mehr als bisher wollen wir den Dialog mit den Beteiligten führen, um Hessen als Familienland weiter voranzubringen – wozu insbesondere die vollständige Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans und der Ausbau der Sprachförderung von der Kita bis zur Schule und auch ein flächendeckendes flexibles Betreuungsangebot für Grundschulkinder am Nachmittag gehören.

Ich sehe in alldem einen großen Fortschritt und lade Sie ein, daran mitzuwirken – vielleicht heute, indem Sie dem schwarz-grünen Antrag Ihre Zustimmung geben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Wolfgang Greilich:

Vielen Dank, Frau Kollegin Wiesmann. – Als Nächster hat Herr Kollege Bocklet, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das Wort.

Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Kern geht es heute um die Frage: Wie geht es mit der Kinderbetreuung in Hessen weiter? Ich unterstelle der LINKEN einmal, dass es ihr heute darum geht, den GRÜ-

NEN das Verrat-Etikett anzustecken. Ich glaube, in den zehn Minuten Redezeit lässt sich das gut aufarbeiten.

Zum ersten Teil, zum fachlichen, sage ich: Die Kinderbetreuung in Hessen wird weiterentwickelt und weiter verbessert. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist eine gute Botschaft für alle Eltern in diesem Land.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Das Kinderförderungsgesetz von heute ist nicht das KiföG, wie es damals, 2013, als Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht wurde.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Die Verabschiedung war im Mai 2013!)

– Herr Kollege Willi van Ooyen, bei der dritten Lesung sah der Gesetzentwurf nicht mehr so aus wie bei der ersten.

(René Rock (FDP): Das ist bei Gesetzen nicht selten! – Janine Wissler (DIE LINKE): Er hat ja auf Presseerklärungen verwiesen!)

– Darf ich wenigstens den Versuch unternehmen, die Sache zu erklären? – Bei der dritten Lesung sah der Gesetzentwurf anders aus als bei der ersten.

(Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Heute kann ich Ihnen sagen: Das KiföG am Ende dieses Jahres wird nicht das KiföG von heute sein.

Ich wiederhole es gerne: So wie das KiföG heute aussieht, wird es am Ende dieses Jahres auch nicht mehr aussehen. Insofern ist der Vorwurf, wir würden alles so akzeptieren, wie Sie es gerne glauben machen wollen, schlicht falsch. Auch das KiföG wird – wie insgesamt die Kinderbetreuung – weiterentwickelt, und auch das ist gut so.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Aus Sicht der GRÜNEN war es in der Tat so, dass es in der ersten Lesung bis zu sechs Punkte gab, die wir an diesem Gesetzentwurf kritisiert haben. Deswegen haben wir aufgefordert, es zurückzuziehen.

Frau Schott, bevor Sie sich hier weiter hochfahren – und auch die anderen Redner: Ich habe die Flugblätter noch dabei, übrigens auch meine zwölf Presseerklärungen und drei Reden aus dem Plenum. Nur, damit wir nicht zu einer Geschichtsklitterung kommen: In der Tat haben wir dazu gestanden – und dazu stehen wir auch heute noch –, dass wir den Gesetzentwurf in erster Lesung zurückgezogen sehen wollten. Auch nach der dritten Lesung haben wir gesagt, dass im KiföG, wie es damals war, entscheidende Bedingungen gefehlt haben und es deshalb falsch war.

Deswegen haben Sie mich zwar richtig zitiert, aber nicht bis zum Ende, denn die Frage lautet: Warum wollten wir damals nach der dritten Lesung nicht zustimmen?

(Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Was wahr ist, muss auch wahr bleiben!)

– Korrekt. Und das „bleibt“ bezieht sich auf was, Herr Kollege Dr. Wilken? – Jetzt kommt es: Es ist eine intellektuelle Leistung, zu erkennen, dass man auch in der Opposition unterschiedliche Konzepte hatte. Wir hatten drei Punkte kritisiert: erstens die Inklusion, die nicht geregelt wurde, zweitens die Grundschulkinderbetreuung, und drittens wollten wir bei der Frage nachsteuern, wenn es auf-

grund der neuen Finanzierung Probleme im ländlichen Raum geben wird.

(Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Wir haben gesagt: Alle drei Punkte fehlen, und deshalb wollen wir den Gesetzentwurf so nicht in Kraft treten lassen. – Alle drei Aspekte werden heute verändert. Jetzt frage ich Sie: Wo ist der Verrat? – Genau so ist es richtig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Frau Schott, wer wollte Spitze der Bewegung sein? Das waren Sie. Praktisch jede Forderung von draußen haben Sie 1 : 1 übernommen. Ich nenne nochmals die Stichpunkte: Gruppengröße für Ältere – was auch die SPD nach wie vor fordert –, die Frage, ob pro Kopf finanziert wird oder ob Gruppen pauschal finanziert werden. Dazu habe ich in meiner Rede, das können Sie nachlesen, gesagt, dass wir in Frankfurt vor rund 20 Jahren von einer Gruppenpauschale auf eine Kopfpauschale umgestellt haben. Liebe Kollegen von der SPD, jetzt halten Sie sich gut fest: Das haben wir in Frankfurt mit der SPD beschlossen. Und wir fahren gut damit.

(Zurufe von der SPD)

Deshalb verstehe ich nicht, dass man nicht zur Kenntnis nimmt, dass man in der Opposition unterschiedliche Konzepte davon hat, was notwendig ist. Wir GRÜNE hatten eine klare Schwerpunktsetzung, die sagte: Das Kinderförderungsgesetz ist so falsch, weil es die Inklusion und die Schulkinderfrage nicht ausreichend bearbeitet hat und auch nicht die Frage, was mit kleinen Gruppen auf dem Land passiert. Das war der Grund unserer Ablehnung, nichts anderes. Dazu stehen wir auch heute. Die neue Landesregierung insgesamt steht dafür, dass wir genau diese Problemfelder aufgreifen. Deswegen gehen wir als neue Landesregierung genau den richtigen Weg.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Ich kann Ihnen sagen: Das, was Sie mit ein bisschen Hohn und Spott begleitet haben, ist genau das, was Sie als LINKE beispielsweise selbst mit uns GRÜNEN gefordert haben: einen Kinderbetreuungsgipfel. Warum hat man den damals gefordert? Warum wollen wir ihn jetzt durchführen? Nach unserer Ansicht war es so, dass es in diesem Land verhärtete Gräben gab und man mehr übereinander statt miteinander gesprochen hat. Wenn Sie damals mit den Wohlfahrtsverbänden gesprochen haben, dann wussten Sie, warum. Es gab eine – ich will es einmal so sagen – eindeutige Eiszeit. Man hat es nicht mehr geschafft, gemeinsam einen Dialog zu führen.

Ich sage, ich nehme es mit großem Wohlwollen auf, dass jetzt eine Veränderung dieser Mentalität eingetreten ist und man sagt: Ja, wir setzen uns wieder an einen Tisch.

Übrigens schauen wir nicht nur auf das KiföG. Wir schauen insgesamt darauf, wie die Kinderbetreuung in Hessen aufgestellt ist. Und vergessen wir nicht die Frage: Haben wir tatsächlich genug U-3-Betreuungsplätze? Haben wir genug Fachkräfte, Erzieherinnen und Erzieher? Funktioniert die Grundschulkinderbetreuung? Ist die Qualität in den Kindereinrichtungen tatsächlich gewährleistet?

Das alles wird auf einem Kinderbetreuungsgipfel zum Thema werden, mit allen Akteuren in diesem Land. Ich sage:

Ich bin stolz darauf, dass die neue Landesregierung diesen Weg gehen wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Noch etwas: Ja, der Protest, den wir GRÜNE mit unterstützt haben, war in großen Teilen berechtigt; aber in großen Teilen waren das auch Befürchtungen. Jetzt frage ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition: Wenn diese Befürchtungen auf den Prüfstand kommen, durchleuchtet werden, wenn jetzt ein Qualitätsmonitoring durchgeführt wird und wir von den einzelnen Einrichtungen genau auf Punkt und Komma erfahren werden, wo der Schuh drückt, wo unter Umständen bei einer kleinen Einrichtung Existenznot besteht, wo unter Umständen Qualitätsstandards aufgrund der Finanzierung abgesenkt werden mussten, und wir das jetzt, ab sofort, mit einem Qualitätsmonitoring durchführen, wenn wir bereit sind, nachzusteuern, dann nehmen wir doch die Befürchtungen ernst und bearbeiten sie vonseiten der Landesregierung ganz gezielt qualitativ und mit großem Augenmaß. Was spricht dagegen? Wovor haben Sie eigentlich Angst?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Als Sozialarbeiter war ich bei einem großen Träger der Kinder- und Jugendarbeit tätig. Ich weiß, es gibt vieles, was man in der Kinderbetreuung noch weiter verbessern muss. Aber wir haben die Finanzpolitik im Genick und brauchen einen ausgeglichenen Haushalt. Ich gebe offen zu, für mich als Sozialpolitiker wäre noch mehr wünschenswert gewesen. Ich kann mir da vieles vorstellen, angefangen beim Betreuungsschlüssel. Aber ich will auch nicht verschweigen, dass wir schon jetzt festgelegt haben, die Sprachförderung zu verbessern. Das sagen wir schon heute, vor dem Gipfel. Wir werden über eine verbindliche Tandemvereinbarung auch dafür sorgen, dass die Übergänge von Kindergärten zu Grundschulen noch besser werden.

(Manfred Pentz (CDU): Sehr gut!)

Das sind schon erste Schritte. Ich sage Ihnen, wir halten noch mehr für wünschenswert. Das hat aber auch etwas mit Prioritätensetzung zu tun. Es wäre unglaublich gewesen, wenn diese Einrichtungen behinderte Kinder tatsächlich nicht mehr aufgenommen hätten, und es wäre unklug gewesen, wenn in diesem Land wenig in der Grundschulkinderbetreuung passiert wäre. Das kostet uns round about 100 Millionen €. Es ist eine finanzpolitisch kluge Entscheidung, die Schwerpunkte dort zu setzen. Darauf bin ich stolz.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Ich komme zu dem Thema „Was ist wünschenswert?“. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, ich habe mir natürlich angeschaut, was Sie sich am 2. September 2013, kurz vor der Wahl, in Ihrem neunseitigen Papier gewünscht haben. Ich wiederhole, was ich schon vor der Wahl gesagt habe: Wir teilen Ihre Auffassungen nicht an jedem einzelnen Punkt. Beispiel: die Gruppenpauschale. Sie haben im März eine Tournee durch Hessen gemacht. Da möchte ich noch einmal auf den Punkt „Verhalten vor und nach der Wahl“ verweisen. Liebe Kollegen von der SPD, in dem neunseitigen Papier steht, was Sie sich wünschen und was Sie umsetzen wollen. Auf Seite 7 heißt es: „Wir werden die Förderung der Kinderbetreuung erhöhen.“

Applaus. „In welchem Umfang dies erfolgen kann, können wir erst nach einem Kassensturz sagen.“

(Gernot Grumbach (SPD): Na klar!)

– So kann auch ich alles vom Himmel herunter versprechen. Sie waren ja nie in der Situation, sagen zu müssen, was Sie als Erstes, Zweites und Drittes tun werden. Sie versprechen allen alles – nach dem Motto „Wir sammeln alle ein“. Aber was Sie nach der Wahl tun, ist eine andere Frage. Wir GRÜNE haben vor der Wahl gesagt, was wir nach der Wahl tun wollen. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD)

Weil wir das gesagt haben, haben wir wahrscheinlich nicht alle Stimmen aus dem linken Lager bekommen. Wir haben bestimmte Schwerpunkte gesetzt: auf Inklusion, auf Schulkinderbetreuung, in Teilen auf eine Weiterentwicklung innerhalb der Kindergärten mittels Sprachförderung, Tandems und mit vielem anderen mehr. Wir haben uns also schon vor der Wahl Gedanken gemacht, was finanzierbar ist.

(Zurufe von der SPD)

Wir haben vor der Wahl etwas versprochen, und nach der Wahl halten wir es – gemeinsam mit unserem neuen Koalitionspartner. Mehr Kinderbetreuung und bessere Kinderbetreuung: Das wird auch in Zukunft unser Ziel als GRÜNE sein. Dafür treten wir ein.

Ich sage noch einmal: Heute ist sicherlich nicht der letzte Tag der Diskussion, ob alles so gut ist, wie es heute zu sein scheint. Das ist aber auch nicht der Anspruch, den wir GRÜNEN erhoben haben. Wir haben nicht gesagt, das sei der Weisheit letzter Schluss. Diese Arroganz werden wir auch in den nächsten fünf Jahren nicht an den Tag legen.

(Zurufe von der SPD)

Ich glaube aber, dass das ein wesentlicher Schritt ist, eine deutliche Verbesserung der Kinderbetreuung in Hessen – für die kleinen und für die größeren Kinder. Wir haben an viele Punkte gedacht. Deswegen ist das der Beginn und nicht das Ende. Ich bin froh darüber, dass wir diese entscheidenden Schritte gehen. Ich bin aber sicher, dass das nicht die letzten Schritte sein werden. Deshalb bin ich froh darüber, dass wir es so machen, wie wir es jetzt machen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Greilich:

Vielen Dank, Herr Kollege Bocklet. – Das Wort hat der Abg. Merz.

Gerhard Merz (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben in den letzten zweieinhalb Tagen ziemlich viele Möglichkeiten erlebt, sich um Kopf und Kragen zu reden. Diese war eine weitere.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich habe mir das Thema nicht ausgesucht, aber da wir auf Antrag und auf Wunsch der Kollegen von den LINKEN jetzt über das KiföG reden müssen, reden wir auch dar-

über. Es ist über einen Verlust an Glaubwürdigkeit zu reden. Es ist über Versuche der Täuschung und der Selbsttäuschung zu reden, und es ist von Kompromissen zu reden, von guten und von schlechten.

Der Kollege Wagner, der offensichtlich die politische Erbschaft seines Namensvetters angetreten und in der Erbmasse den Kollegen Irmer gefunden hat,

(Manfred Pentz (CDU): Werden Sie doch nicht persönlich! Reden Sie zur Sache!)

hat am Dienstag sinngemäß gesagt: Wir möchten nicht so sehr an dem gemessen werden, was wir vor der Wahl gesagt haben, sondern wir möchten an dem gemessen werden, was wir nach der Wahl tun. – Er hat am Dienstag und erneut heute früh auf die Notwendigkeit von Kompromissen hingewiesen. Selbstverständlich hätte sich diese Notwendigkeit auch uns gestellt. Aber an die Adresse der Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN gerichtet – geben Sie es an den Kollegen Wagner weiter, er ist gerade nicht anwesend –: Die Qualität eines Kompromisses bemisst sich auch an dem, was man ursprünglich gewollt, gesagt und aufgeschrieben hat – vor allen Dingen aus der Sicht derjenigen, denen man etwas gesagt und versprochen hat und die das geglaubt haben.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Zweitens bemisst sich die Qualität eines Kompromisses natürlich auch daran, was der erzielte Kompromiss in der Sache dazu beiträgt, ein Problem zu lösen oder eben nicht zu lösen.

In beiderlei Hinsicht, sowohl was das Messen an dem Anspruch als auch was das Messen an dem Lösen tatsächlicher Probleme angeht, muss man sagen: Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, das, was Sie in diesen Koalitionsvertrag geschrieben haben, das, was Sie in Ihrem Antrag andeuten, und das, was sich in beiden Reden widerspiegelt hat, ist kein guter Kompromiss, auch kein schlechter Kompromiss, sondern kampflose Kapitulation –

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

jedenfalls dann, wenn man sich daran erinnert, wie Sie nach anfänglichem Zögern die Backen aufgeblasen haben, als Sie gemerkt haben, dass in dem Thema KiföG, wie es damals auf dem Tisch lag, mehr Sprengstoff steckte, als Sie ursprünglich erwartet hatten. Das war der Moment, an dem Sie aufgehört haben, über den zentralen Punkt zu reden, nämlich über die Frage des Zusammenhangs zwischen dem Finanzierungsmechanismus auf der einen Seite und der standhaften Weigerung des Landes auf der anderen Seite, zusätzliches Landesgeld für die Finanzierung von Kinderbetreuungseinrichtungen zur Verfügung zu stellen – jedenfalls über die 100 Millionen € hinaus, zu deren Zahlung das Land gezwungen worden ist. Das ist übrigens ein Punkt, den Sie in der Antragsbegründung mittlerweile unterschreiben; auch das habe ich einmal anders gehört. Das war der zentrale Punkt. Um den haben Sie sich lange herumgemogelt, weil Sie in der Tat – das weiß ich auch aus persönlichen Gesprächen – der Meinung waren, dass es in Frankfurt ganz prima läuft und das, was für Frankfurt gut ist, immer auch für das ganze Land gut ist. Das ist nämlich die Perspektive der GRÜNEN in der Kinderbetreuungspolitik: Immer ist es Frankfurt, nie der ländliche Raum.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Deswegen weise ich das zurück, was in den Sondierungsgesprächen gesagt worden ist, dass dieser Finanzierungsmechanismus nämlich eine Form der Abwehr sei, überkommene Strukturen zu finanzieren, und sage: Das Aufrechterhalten einer Struktur der Kinderbetreuung auf dem flachen Land, auch bei kleinen Trägern, war aus der Sicht der GRÜNEN nach der Wahl eine überkommene Struktur.

Sie haben zwar drei Gesetzeslesungen lang und in vielen Diskussionen und Veranstaltungen viel Getöse gemacht, aber Sie haben nicht über diese Punkte geredet. Sie haben immer über die Gruppengröße geredet, Sie haben immer über die Personalschlüssel geredet, Sie haben über viele andere Dinge geredet, und Sie haben vor allen Dingen den in Stein gemeißelten Satz gesagt: Murks bleibt Murks, das KiföG muss zurückgenommen werden. – Das haben Sie noch in der dritten Lesung gesagt. Die Versuche, das nachträglich zu qualifizieren, gehen an der Sache vorbei. Genau das ist der Punkt.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Der Kollege Wagner hat uns gefragt: Warum glauben Sie uns nicht, dass wir mit dem runden Tisch etwas erreichen werden? – Ich sage Ihnen, warum wir das nicht glauben, warum wir vor allen Dingen der rechten Seite dieses Hauses nicht glauben.

(Zuruf von der FDP)

– Sie regieren ja Gott sei Dank nicht mehr mit.

(Heiterkeit bei der SPD und der LINKEN – Zurufe von der FDP)

– Irgendein Gutes hatte die Wahl dann doch.

(Heiterkeit bei der SPD und der LINKEN)

In diesem Hause hat am 8. März der „Runde Tisch Kinderbetreuung“ stattgefunden. Das war die mündliche Anhörung zum KiföG. Sie alle waren da. Sieben Stunden lang haben wir darum gerungen, was in der Kinderbetreuung angezeigt ist. Was ist dann passiert? Es war so, als wenn man einem Ochsen ins Horn gepetzt hätte, weil nach unserer damaligen gemeinsamen Überzeugung die vorgenommenen Korrekturen im Grunde nur eine Frontbegradigung waren, z. B. die Bestimmung, dass 20 % der Beschäftigten Fachkräfte sein müssen. Der Rest war Kosmetik. Das war, wenn ich mich recht erinnere, unsere gemeinsame Überzeugung. Weil das so ist, glauben wir nicht mehr daran, dass bei runden Tischen mit der rechten Seite dieses Hauses etwas herauskommen kann.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Kollege Wagner hat zweitens gefragt, was denn so falsch daran sei, die Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen. Daran ist gar nichts falsch. Ich will daran erinnern, dass sich im letzten Jahr 140.000 Menschen in diesem Lande per Petition an den Hessischen Landtag gewendet und an der Diskussion beteiligt haben, wie eine vernünftige Kinderbetreuung aussehen könnte. Nichts hat es genützt. Deshalb glauben wir auch an diesem Punkt nicht daran, dass sich dadurch etwas zum Besseren wenden wird.

(Clemens Reif (CDU): Abwarten!)

Auch der Antrag, den Sie jetzt vorgelegt haben, ist in der Tat nicht geeignet, meinen Glauben in die GRÜNEN zu stärken. Sie unterschreiben jetzt alles, was zu den Glaubensbekenntnissen der rechten Seite dieses Hauses gehört – ohne Widerspruch.

(Zurufe von der CDU)

Die platzbezogene Finanzierung ist sozusagen das Credo, und alles, was aus diesem Finanzierungsmechanismus, verbunden mit der Unterfinanzierung, folgt – was zumindest wir in der Debatte immer sauber herausgearbeitet haben –, bleibt unangetastet. Sie unterschreiben das Märchen von den substanzuell angehobenen Landesmitteln.

Sie haben noch etwas zur Tandembildung formuliert. Ich frage mich, warum das nicht schon längst passiert ist. Ich habe vor ein paar Jahren kritisiert, dass auf der Kultusseite die Mittel dafür halbiert worden sind.

(Manfred Pentz (CDU): Sie haben es schon immer gewusst!)

Sie haben etwas über Sprachförderung hineingeschrieben, als ob man das besonders betonen müsste. Wir haben in der Enquetekommission sauber herausgearbeitet, dass das gemacht werden muss. Das ist eine platte Selbstverständlichkeit und im Zusammenhang mit dem KiföG auch eher ein Randproblem – im Zusammenhang mit dem KiföG, nicht aber im Zusammenhang mit Kinderbetreuung und frühkindlicher Bildung.

Was die Inklusion betrifft, sage ich Ihnen – das ist nun ganz bitter –: Unsere gemeinsame Überzeugung war – unsere Überzeugung ist und bleibt das auch –, dass sich das Land bei der Setzung von Standards für die gemeinsame Betreuung, Erziehung und Bildung von behinderten und nicht behinderten Kindern nicht aus der Verantwortung stehlen kann und darf. Wenn das Land in anderen Fragen, z. B. bei den Gruppengrößen und beim Personaleinsatz, Standards setzt, darf es sich in dieser besonders delikaten und besonders verantwortungsvollen Frage nicht aus der Verantwortung stehlen.

Aber genau das machen Sie, indem Sie die Verantwortung weiterhin ausschließlich bei den Kommunalen Spitzenverbänden, bei den Kommunen und bei den freien Trägern ansiedeln. Ich sage: Das war falsch, das ist falsch, und das bleibt falsch.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Das hat nämlich etwas mit der Herstellung von gleichen Lebensverhältnissen in allen Teilen dieses Landes zu tun. Man kann das gar nicht oft genug sagen. Das ist gerade in der Behindertenpolitik unabdingbar.

Wir sind gespannt, was Sie eigentlich machen werden, wenn die Rahmenvereinbarung Integrationsplatz dahin gehend geändert wird – was ich schon gehört habe; ich bin nicht auf dem neuesten Stand der Diskussion –, dass bei der Aufnahme von behinderten Kindern die Gruppengröße nur noch auf 22 abgesenkt wird. Was machen Sie dann? Wird dann kompensiert, oder wird dann nicht mehr kompensiert? Das kann der Herr Minister vielleicht gleich erklären.

Nebenbei: Sie bitten die Landesregierung, die Höhe der Integrationspauschale anzuheben. Ich denke, das macht immer noch der Landtag. Die Integrationspauschale ist nämlich im Gesetz verankert. – So viel zur Gewaltenteilung.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Das, was Sie hier an Mitteln in Anspruch nehmen, bestätigt nur unsere Kritik an dem Finanzierungsmechanismus; denn das, was Sie zusätzlich zahlen, kompensiert ausschließlich die Einnahmeausfälle bei den Trägern, die ge-

nau aus diesem Finanzierungsmechanismus pro besetzten Platz resultieren. Wenn man nämlich ein behindertes Kind aufnimmt und die Gruppengröße um fünf reduziert, fehlen einem auch fünf Pauschalen. Diese ersetzen Sie jetzt.

Vizepräsident Wolfgang Greilich:

Herr Kollege Merz, denken Sie bitte an die Redezeit.

Gerhard Merz (SPD):

Damit ist überhaupt noch kein Beitrag zur Verbesserung der Betreuungsqualität für behinderte Kinder geleistet.

Ich schließe – mein allerletzter Satz, Herr Präsident – mit dem in Stein gemeißelten Satz des Kollegen Bocklet: Murks bleibt Murks. – Um einen anderen großen Frankfurter Philosophen zu zitieren: Es gibt kein falsches KiföG im richtigen – nein, andersrum: kein richtiges KiföG im falschen.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Wolfgang Greilich:

Vielen Dank, Herr Kollege Merz. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Abg. Rock das Wort.

René Rock (FDP):

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Al-Wazir ist nicht mehr anwesend. Er hat in seinem letzten Redebeitrag über mich gesagt – ich glaube, er hat das nicht als Lob gemeint –, dass ich hier immer noch die gleichen Reden halte wie vor der Wahl. Ich empfand das als Lob; er hat das anders gemeint. Wahrscheinlich hat er das auch im Hinblick auf seine eigene Fraktion und auf sich selbst gemeint. Aber ich finde es gut, dass man nach der Wahl das Gleiche sagt wie vor der Wahl, und das auch mit der gleichen Vehemenz.

(Beifall bei der FDP)

Herr Bocklet, ich muss sagen, da habe ich eine andere Wahrnehmung als Sie. Der eine oder andere Journalist, der hier oben sitzt, hat wahrscheinlich auch eine andere Wahrnehmung, ebenso vielleicht die Bürger, die Sie im Wahlkampf erlebt haben.

Es tut mir schon ein bisschen weh, dass Sie sich jetzt hier als der große Moderator geben. Ich habe Sie im Wahlkampf anders erlebt. Ich habe Sie eher als jemanden erlebt, der mit einer Fackel vor einem Ölfass stand. Aber ich finde, dass das, wenn es ein neuer Weg ist, der zum Ziel hat, die Kinderbetreuung wirklich voranzubringen und die Qualität zu verbessern, eine gute Weiterentwicklung bei Ihnen ist. Man soll die Hoffnung nie aufgeben. Ganz besonders freut mich an dieser Stelle, dass Sie Dinge so verteidigt haben, wie ich es bei Ihnen noch nie erlebt habe.

Sie stellen sich jetzt hierhin und erklären, Sie hätten schon immer gesagt, Sie seien für die kindbezogene Förderung. Ich kann mich daran erinnern, dass ich Sie an diesem Pult gestellt und gesagt habe: In Frankfurt macht ihr das doch auch; dort verantwortet ihr es. – Dann haben Sie das zum Allgemeingut erklärt und immer wieder gesagt, warum das, was Sie in Frankfurt machen, besser ist als das, was

die Landesregierung macht, und vor allem besser als das – das war ein Fraktionsgesetz –, was FDP und CDU hier gemeinsam vertreten haben.

Herr Bocklet, nichtsdestotrotz muss ich Sie auch loben: Sie haben mit großem intellektuellem Engagement versucht, das hier zu erklären. Die Substanz hat Ihnen gefehlt. Auch ein Zauberer kann nicht mehr zaubern, wenn es keine Substanz gibt. An dieser Stelle sind Ihnen also leider die Mittel ausgegangen.

Nichtsdestotrotz hatte ich eigentlich erwartet, dass Sie, wenn Sie schon solche Pirouetten drehen, auch mit irgendeinem Amt in der Regierung belohnt werden. Aber davon gab es in Ihrer Fraktion eher wenig. Man hat Sie in Ihrer Fraktion für unersetzlich gehalten. Gut, das sind eben Entscheidungen, wie sie die GRÜNEN treffen.

Ich will mich an dieser Stelle aber noch einmal ausdrücklich bei den Kollegen von der CDU und bei dem Herrn Minister dafür bedanken, dass sie hervorragend gehandelt haben und dass dieses Herzstück, das wir in schwierigsten Wahlkampfzeiten gemeinsam vertreten haben, eigentlich unverändert bleibt. Dass man sich bei dem Thema Inklusion noch einmal bewegt, indem man etwas Geld in die Hand nimmt, finde ich nicht schlecht.

Ich finde eines schlecht – das sage ich an dieser Stelle ganz ehrlich –: Es gibt eine klare gesetzliche Verantwortung der kommunalen Seite. Man hat auf der kommunalen Seite versucht, in einer Wahlkampfsituation dahin gehend Druck auszuüben – das war relativ unlauter dem Land sowie CDU und FDP gegenüber –, dass das Land Leistungen übernimmt, für die die Kommunen eindeutig verantwortlich sind. Das ist kein guter Umgang miteinander.

Ich muss auch sagen: Wenn GRÜNE und CDU – „Bündnis 90/Die Schwarzen“, das hat mir sehr gut gefallen – an dieser Stelle 10 Millionen € für die Inklusion in die Hand nehmen, müssen die Kommunalen Spitzenverbände zumindest so weit gehen, dass dabei für die Betroffenen qualitativ etwas herauskommt. Es kann nicht sein, dass nur der Status quo finanziert wird, wenn alle Welt sagt: Wir nehmen an dieser Stelle mehr Geld in die Hand. – Nach dem, was ich gehört habe – das unterscheidet sich nicht sehr von dem, was Herr Merz gesagt hat –, ist mit diesem Geld nicht einmal der Status quo gesichert, sondern es ist zu befürchten, dass wir Landespolitiker an dieser Stelle dem Druck der Kommunen nachgeben und es so trotzdem zu einer Absenkung der Leistung kommt.

Herr Grüttner, ich hoffe – da bin ich mir auch ziemlich sicher –, dass Sie sich das von den Kommunalen nicht gefallen lassen und dass durch diese 10 Millionen € wirklich etwas verbessert wird, statt dass das Land so viel Geld in die Hand nimmt und am Ende sogar eine Verschlechterung der Qualität steht. So können die Kommunalen und die Landesebene nicht miteinander umgehen.

Ich hoffe, wir alle werden im Landtag dazu stehen und dafür sorgen, dass man das den Kommunalen Spitzenverbänden nicht durchgehen lässt. Wenn 10 Millionen € mehr für die Inklusion zur Verfügung gestellt werden, muss es eine Verbesserung für die Menschen vor Ort geben.

(Beifall bei der FDP)

Es ist viel über das Kinderförderungsgesetz gesagt worden. Einiges wird selten erwähnt. Ich möchte auf eines hinweisen, was uns sehr wichtig war und was, wie ich glaube, in diesem Gesetz zur Qualitätsförderung beträgt: Wir haben

in dieses Gesetz Beteiligungs- und Informationsrechte für die Eltern geschrieben. Ich glaube nämlich, dass es am meisten zur Qualitätssicherung und Qualitätsweiterentwicklung solcher Einrichtungen beiträgt, wenn die engagierten Eltern vor Ort objektiv informiert und beteiligt werden.

Im Zusammenhang mit den Beteiligungsrechten der Eltern haben wir aber, damit die Arbeit der Einrichtungen nicht blockiert werden kann, auch versucht, darauf zu achten, dass wir sie nicht zu schlecht stellen. Ich glaube, das ist uns gelungen. Dieser Vorschlag ist wenig, eigentlich fast nirgends kritisiert worden. Ich glaube, dass solch kleine Vorschläge in einem Gesetz oft eine größere Wirkung erzielen als viele Dinge, über die wir hier heiß diskutiert haben.

Für uns als Liberale ist in diesem Gesetz natürlich etwas ganz wichtig – natürlich weiß ich auch, dass das der Schmerzpunkt der SPD ist –: die kindbezogene Förderung. Das machen wir im sozialen Bereich ganz oft, dass wir den Menschen in den Mittelpunkt stellen und am Menschen orientiert eine Förderung organisieren. Wir fördern nicht die Einrichtung, nicht das Gebäude und nicht die Organisation um diesen Menschen. Wir fördern nicht die Struktur, sondern wir fördern den Menschen. Das ist ein Menschenbild, das im restlichen Sozialbereich eigentlich unbestritten gilt.

Das hat in der Stadt Frankfurt auch über Jahrzehnte funktioniert. Man kann nicht in allem von Frankfurt lernen, aber in der Sozialpolitik sind sie oft innovativ. Man hat jetzt in einem Feldversuch gesehen, dass das ganz vernünftig funktioniert hat, dass diese zentrale Überlegung von den Eltern in mittelfristiger Perspektive nicht zurückgedreht wird, sondern überall in Hessen wirklich als positiv empfunden wird, wenn das auch seine Auswirkungen in der Fläche hat. Ich glaube, dass es in der vergangenen Legislaturperiode eine zentrale Aufgabe war, diese Weichen zu stellen.

Herr Bocklet, Sie haben gesagt, was Sie alles erreichen wollen. Ich kann Herrn Merz beipflichten: Was Sie hier erzählt haben, sind Allgemeinplätze, die wir hier – Herr Merz würde sagen: „nicht ganz so intensiv“; ich würde sagen: „vielleicht sehr erfolgreich“ – schon immer gemeinsam getragen haben und die im Großteil einfach Linie dieser Regierung waren und anscheinend bleiben, und das finde ich gar nicht verkehrt. Also an der Stelle kommt eigentlich nichts Neues.

Aber ich will Ihnen eines ins Stammbuch schreiben: Sie haben hier oft gestanden und gesagt, dass die alte Landesregierung bei der Krippenversorgung scheitern würde. Es ist eine Menge Geld in die Hand genommen worden; es ist sogar noch ein bisschen Geld übrig. Das wird auch Ihre stundenlangen Berechnungen im Sozialpolitischen Ausschuss Lügen strafen; es ist sogar noch Geld übrig, und wir haben annähernd eine 40-prozentige Versorgung erreicht. Das ist eine super Leistung. An solchen Dingen wird sich die neue Regierung auch messen lassen, ob sie solch einen Kraftakt und solche hervorragenden Leistungen wirklich stemmen kann.

(Beifall bei der FDP)

Herr Bocklet, ich werde Sie nicht an dem Sozialbudget in Höhe von 30 Millionen € messen, das Sie verkauft haben, was aber nur 10 Millionen €, 11,2 Millionen € oder irgend-

alitionsvertrag nachlesen. Verkauft haben Sie über 30 Millionen €, aber es sind ja nur 10 Millionen €.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): 18 Millionen €!)

– Ja, es ist also auf jeden Fall weniger, als sie gesagt haben. – An der Stelle müssen Sie sich messen lassen. Wir haben in der alten Legislaturperiode bei der Kinderbetreuung gesagt – das haben uns die Kommunalen Spitzenverbände gesagt; das haben wir uns nicht ausgedacht –: 117,5 Millionen € werden vom Land gegenfinanziert werden müssen, weil das der Zuwachs an Qualität ist, die wir nach dem Konnexitätsprinzip bezahlen müssen. Das sind Zahlen, an denen wir Sie in fünf Jahren messen werden: ob Sie tatsächlich einen Schwerpunkt in der Kinderbetreuung setzen, ob Sie die Qualität fördern können, ob Sie an der Stelle Impulse weiterhin fortführen, wie das von der Vorgängerregierung gemacht worden ist. Es ist eine hervorragende Entwicklung, dass dieses Gesetz unverändert weiter bestehen wird.

Um den zweiten Punkt zu sagen und die Inklusion aufzugreifen: Man darf die kommunale Familie nicht aus der Verantwortung entlassen. Es kann nicht sein, dass man als kommunale Familie die Behinderten sozusagen instrumentalisiert und auf deren Rücken versucht, vom Land Geld zu aktivieren, sondern wenn wir Geld in die Hand nehmen, muss es auch eine signifikante Verbesserung der Versorgung vor Ort geben. Das ist möglich. Man kann das vielleicht auch ein bisschen teilen; man kann sagen, man kommt ihnen hälftig entgegen, aber bei 10 Millionen € muss für die Menschen vor Ort auch etwas Vernünftiges herauskommen.

Das im Auge zu behalten, ist sozusagen noch meine Bitte an den Minister. Ansonsten kann ich nur sagen: Herr Grüttner, in der Koalitionsrunde hervorragend verhandelt. Das hätte ich nicht besser machen können. Machen Sie bitte mit dieser Politik weiter, wie Sie es in der alten Regierung gemacht haben. Dann werden wir uns an diesem Pult weiterhin konsensual verstehen. Ein großes Lob noch einmal für Sie. – Danke.

(Beifall bei der FDP – Hermann Schaus (DIE LINKE): Schönes Lob für die GRÜNEN!)

Vizepräsident Wolfgang Greilich:

Vielen Dank, Herr Kollege Rock. – Für die Landesregierung spricht Herr Staatsminister Grüttner. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Stefan Grüttner, Minister für Soziales und Integration:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Merz hat seine Ausführungen mit dem Satz begonnen: Ich wollte nicht über das KiföG reden, aber wenn die LINKEN jetzt schon das KiföG auf die Tagesordnung setzen, dann rede ich über das KiföG. – Leider hat er seiner Ankündigung keine Taten folgen lassen, weil er substanzvoll zum KiföG nichts gesagt hat, sondern er hat die zehn Minuten eher dazu genommen, persönliche Angriffe zu unterbreiten, anstatt zum KiföG inhaltlich irgendetwas zu sagen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Er hat dazu mehr gesagt als Sie!)

Das ist natürlich auch klar: Das kann, wenn man dieses Thema auf die Tagesordnung setzt, so wie es die Fraktion DIE LINKE gemacht hat, keine inhaltliche Auseinandersetzung mit einem seit einem Monat und sechs Tagen in Kraft getretenen Gesetz sein, sondern es kann lediglich der Versuch sein, ein Verhandlungsergebnis aus der eigenen Sichtweise zu interpretieren und dabei nicht der Versuchung zu widerstehen, Personen zu diffamieren. Ich finde, das ist dem Thema Kinderbetreuung in dieser Diskussion eigentlich nicht angemessen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der LINKEN: Oh!)

Deshalb muss man das noch einmal Revue passieren lassen. Wir alle sind in unserem Beruf in gewissen Situationen natürlich sehr dankbar, wenn wir Themen diskutieren können, bei denen wir wissen, dass sie die Menschen emotional erreichen. Mit Stimmungen und dem Erreichen von Emotionen kann man natürlich auch versuchen, Wahlergebnisse mit zu beeinflussen. Das versucht jeder, der sich in einer politischen Auseinandersetzung ergeht.

Wenn es dann eben ein Gesetzesvorhaben gibt, das einen grundlegenden Paradigmenwechsel in der Förderung vornimmt, beispielsweise von der gruppenbezogenen Förderung hin zu einer kindesbezogenen Förderung, und Befürchtungen und Ängste laut werden, dann ist es in der politischen Auseinandersetzung vollkommen legitim, dies aufzunehmen und zu versuchen, es zu verstärken. Das ist legitim. So ist es auch legitim, dies aufzunehmen, auch wenn die Emotionen noch so hochgehen; und da sind wir alle in der gleichen Situation, vielleicht auch mit dem einen oder anderen Überziehen. Auch davor sind wir nicht gefeit.

Was wir aber nicht machen sollten, ist – wenn ein Gesetz beschlossen, aber noch nicht in Kraft getreten ist, es aber seit dem 23. Mai des letzten Jahres eine Phase gibt, in der sich die Träger mit einer unglaublichen Intensität vorbereiten, dieses Gesetz seit dem 1. Januar auch anzuwenden –, die Träger durch einen Antrag von den LINKEN in die Situation zu versetzen, jetzt sozusagen vollkommen die Rückwärtsschraube zu machen und alles aufzuheben. Was die Träger brauchen, ist keine neue Verunsicherung, sondern die Träger brauchen Sicherheit in ihrem Handeln. Diese Sicherheit werden ihnen die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen geben. Das sage ich in aller Deutlichkeit.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hermann Schaus (DIE LINKE): Die alte Verunsicherung!)

Deswegen ist das Gesetz derzeit in vollem Umgang; die Praxis stellt sich hierauf eben seit der Verabschiedung im Mai letzten Jahres ein.

Was man auch sagen kann, ist: Die eben wieder hochgekommenen Schreckensszenarien, die Herr Merz noch einmal deutlich gemacht hat, sind schlicht und einfach nicht eingetreten. Es ist ganz schlimm für Herrn Merz, dass sie nicht eingetreten sind, aber sie sind nicht eingetreten.

Dann ist es schon sehr schön, wenn ich beispielsweise den Artikel der „HNA“, publiziert am 30.01., lese: „Ahnatal wendet neues Kinderförderungsgesetz an – 50.000 € mehr vom Land“. Die „HNA“ schreibt:

Mit Blick auf die finanzielle Förderung durch das Land Hessen stellt sich die Gemeinde durch das

KiföG vermutlich deutlich besser als zuvor. Hier rechnet Ahnatal für dieses Jahr mit Mehreinnahmen in Höhe von 50.000 €. Auch bei der Zusammensetzung der Gruppen verspricht sich die Kommune durch das neue Gesetz Vorteile und mehr Flexibilität.

(Günter Rudolph (SPD): Das erzählen die Bürgermeister! – Anhaltende Zurufe von der SPD)

– Meine sehr verehrten Damen und Herren, was haben Sie denn dagegen? Ärgert Sie das, dass sich die Gemeinde Ahnatal besser stellt als vor dem Kinderförderungsgesetz? Nicht anders sind Ihre Zwischenrufe zu verstehen.

(Regine Müller (Schwalmstadt) (SPD): Es gibt auch andere Beispiele!)

Deswegen kann die Forderung, alles rückgängig zu machen, schlicht und einfach nicht Platz greifen. Die verabschiedeten Regelungen bieten die Möglichkeit des schrittweisen Übergangs von der alten zur neuen Rechtslage. Selbstverständlich werden wir – das ist einer der wesentlichen Punkte, den eben diese Koalition vereinbart hat – mit der Evaluierung dieses Gesetzes nicht bis zum 31.12.2016 warten, sondern wir werden schon jetzt begleitend anfangen. Wir werden schon im Sommer zu ersten Zwischenergebnissen kommen. Das ist auch ein Druck, den der Koalitionspartner auf uns ausgeübt hat, zu sagen: Ihr müsst das schneller machen, damit wir wissen, wie das inhaltlich geht. – Das ist in Koalitionsverhandlungen auch vollkommen legitim.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch vollkommen legitim ist es, auf Folgendes hinzuweisen. Es ist von den Rednern, von Herrn Merz und Frau Schott, vollkommen ignoriert worden, dass es natürlich auch ein Erfolg der GRÜNEN gewesen ist, zu sagen: Wir haben auch in der Wahlauseinandersetzung immer wieder gesagt, dass das Thema Inklusion auch Bestandteil einer Kinderförderung sein muss – neben den vielen Maßnahmen zur Qualitätssteigerung, die wir auch mit vereinbart haben und die wir schrittweise umsetzen. Dafür muss einmal Geld in die Hand genommen werden.

Es war aber auch klar, dass wir dabei nicht die Verantwortungsebenen verwischen. Die Verantwortungsebenen haben wir eben nicht verwischt, denn 1999 wurde die Rahmenvereinbarung Integration ganz bewusst von den Kommunen und von den Ligaverbänden ohne das Land abgeschlossen. Denn sie haben gesagt: Das wollen wir nicht, weil wir auf der einen Seite Einrichtungsträger sind – da sind die Kommunen in einer doppelten Funktion –, andererseits geht es um den Defizitausgleich. Wir einigen uns auf die Qualitätsmaßstäbe, die bei der Integration Geltung haben.

Das ist die ureigene Aufgabe der Kommunen im Rahmen der Eingliederungshilfe und der Jugendhilfe. Das wissen Sie genau, Herr Merz, dass das ureigene Recht der Kommunen ist, aber auch die ureigene Pflicht der Kommunen, zu einem Ergebnis zu kommen. Das ist selbstverständlich so. Nun ist es eben so, dass wir in diesem Zuge vereinbart haben, mit einer nicht unbeträchtlichen, sondern sehr großen Summe die Pauschalen zu erhöhen, die für die Integration von Kindern zur Verfügung gestellt werden, um den Kommunen und den Einrichtungsträgern – letztendlich sind es die Kommunen – auch noch eine finanzielle Entlastung

zukommen zu lassen, damit Qualitäten in der inklusiven Betreuung aufrechterhalten werden können.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist ein richtiger und ganz wesentlicher Schritt, den wir an dieser Stelle gegangen sind.

Ich finde es schlicht und einfach schade, dass an einer solchen Stelle nicht auch gesagt wird: Gut, das ist wichtig, und es ist gut, dass das vereinbart worden ist, weil es eine entsprechende Planungssicherheit gibt. – Deswegen sage ich sehr deutlich, dass viele Punkte, die wir vereinbart haben, die wir fortschreiben und die jetzt schon Gegenstand des Gesetzes sind, ihre Wirkung bereits erfüllen – wie etwa die Fortbildungskurse im Hinblick auf die Anwendung des Bildungs- und Erziehungsplanes, was letztendlich zu entsprechenden Tandembildungen führt. Wir schaffen durch das Gesetz einen Anreiz dazu. Hier sind schon wieder neue Fortbildungskurse beantragt worden. Das geht weit über das, was wir geplant haben, hinaus.

Das Gleiche gilt für die qualifizierte Fachberatung, die Tageseinrichtungen und die Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplanes. Insofern ist auch klar gewesen, dass dieses Gesetz ein großer Wurf ist. Es bedarf einer ständigen Begleitung. Wir haben das angefangen. Wir werden es begleiten, und wir werden es weiter verbessern. Es ist ein wesentlicher Bestandteil für eine gute Kinderbetreuung in unserem Land.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Wolfgang Greilich:

Vielen Dank, Herr Minister Grüttner. – Uns liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Damit sind wir am Ende der Aussprache.

Die beiden Anträge, Drucks. 19/35 und 19/71, sollen an den Ausschuss für Soziales und Integration überwiesen werden. Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt.

Wir treten in die Mittagspause, wie vereinbart, bis 14 Uhr ein. Um 14 Uhr wird die Sitzung fortgesetzt.

(Unterbrechung von 12:54 bis 14:02 Uhr)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte nehmen Sie Ihre Plätze ein. Ich möchte mit der Sitzung fortfahren.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 19** auf:

Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Kaliproduktion in Hessen erhalten – Arbeitsplätze sichern – Drucks. 19/34 –

Dazu rufe ich **Tagesordnungspunkt 40** auf:

Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Zukunftsfähigkeit des Kalistandorts in Nordhessen sichern, Belastung des Grundwassers und der Oberflächengewässer im Naturraum Werra und Weser dauerhaft beenden – Drucks. 19/82 –

Die vereinbarte Redezeit beträgt fünf Minuten. Frau Kollegin Schott, Sie haben das Wort.

Marjana Schott (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben diesen Tagesordnungspunkt heute eingebracht, weil wir uns Sorgen machen bezüglich der Situation im Kalirevier in Nordhessen und in Thüringen, insbesondere im Hinblick auf das Vertragsverletzungsverfahren der EU gegen die Bundesrepublik Deutschland.

Es gibt seit Dezember letzten Jahres ein Schreiben der EU bezüglich dieses Verfahrens, das die Situation deutlich zuspitzt. In diesem Schreiben wird sehr klar gefordert, falls es eine Verlängerung dieses nicht umweltkorrekten Zustands – wie ich das jetzt einmal nennen will – geben soll, müsse zumindest ein klares Konzept erarbeitet werden, wie dieser Zustand beendet werden solle. Dieses klare Konzept muss mit Machbarkeitszahlen bezüglich Zeitläufen und Finanzen hinterlegt sein. Nichts von alledem passiert. Wir haben zu diesem Thema einen runden Tisch. Da die meisten von Ihnen noch nicht bei diesem runden Tisch waren, möchte ich Ihnen ein Beispiel geben, d. h. versuchen, ein Bild zu erzeugen, wie dieser runde Tisch funktioniert.

(Unruhe)

– Ich würde Sie bitten, einen kleinen Moment zuzuhören, damit das funktionieren kann.

(Zuruf von der CDU: Warum das? – Gegenruf des Abg. Günter Rudolph (SPD): Das ist der neue Stil! – Zurufe von der LINKEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Meine Damen und Herren, bitte ein wenig mehr Ruhe. – Frau Kollegin Schott, Sie haben das Wort.

Marjana Schott (DIE LINKE):

Versuchen Sie sich doch bitte einmal vorzustellen, Herr Irmer hätte den Auftrag, in diesem Haus über die Vorzüge des Sozialismus zu referieren.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das würde danebengehen! – Weitere Zurufe von der CDU)

Das wäre sicherlich interessant, aber wenn Sie sich das vorstellen könnten – Ihre Erheiterung hat bei mir den Eindruck erweckt, das Bild greift –, dann können Sie sich vorstellen, in welcher Art und Weise am runden Tisch über alle Alternativen der Kalientsorgung referiert wird.

Wenn ein Mitarbeiter von Kali + Salz eine Methode zur Entsorgung abmoderiert – anders kann man das nicht nennen –, dann ist es ungefähr so, wie Sie sich das eben vorgestellt haben. Der runde Tisch arbeitet – wir glauben immer, zu unser aller Zufriedenheit. Im Dezember gab es eine Expertentagung des runden Tisches. Das gibt es hin und wieder, da dürfen die Angehörigen des runden Tisches nicht mitreden; bei der letzten waren sie explizit eingeladen.

Die Experten tagten hinter verschlossener Tür, an einem Ort, der nicht bekannt war. Es war niemand zugelassen, dort auch nur zuzuhören, um verstehen zu können, was die Experten zu sagen versuchen. Dieselben Experten sind beim runden Tisch nicht mehr aufgetreten, weil er in He-

ringen am östlichsten Zipfel unseres Landes tagte. Zu ihrer Entschuldigung hieß es, eine so weite Anreise sei ihnen nicht zuzumuten. Für gewöhnlich tagt der runde Tisch in Kassel, relativ zentral, wo man auch hinkommen kann.

Da frage ich mich dann schon, was das zu bedeuten hat. Dann moderiert ein Mitarbeiter von Kali + Salz das Thema Eindampfen in einer Intonierung ab, die sagt: Damit setzen wir uns nicht auseinander, das ist ohnehin alles Schwachsinn. Wir haben unsere eigenen Berechnungen, und die sagen, dass das nicht geht.

Das ist nicht der Stil eines transparenten Vorgehens. Das ist nicht der Stil, mit dem man arbeiten kann, wenn man wirklich verstehen will, wie diese komplizierte Materie zu bewältigen ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir waren bisher der Meinung, dass Kali + Salz sich verantwortlich zeichnet, zu sehen, wie Entsorgung funktionieren kann, und dafür auch das notwendige Geld in die Hand nehmen muss. Das Unternehmen weigert sich aber strikt. Das Unternehmen hat ein lapidares Konzept sowohl zur Nordsee-Pipeline als auch zur Oberweser-Pipeline eingereicht. Beim runden Tisch hat es sehr deutlich gesagt: Eigentlich ist es nicht das, was wir wollen. Wir tun das sozusagen, weil wir uns genötigt fühlen, dies zu tun. Wir haben nicht die Absicht, eine solche Pipeline zu bauen, und wir haben schon gar nicht die Absicht, sie zu finanzieren. Wir haben eine Methode vorgelegt, die NIS – die kennen die Menschen aus dem Umweltausschuss –, die neue integrierte Salzlaststeuerung.

Davon sagen alle Beteiligten, einschließlich der letzten Landesregierung, das gehe nicht. Kali + Salz erwidert darauf: Das ist unser Entsorgungsweg, und den werden wir gehen. – Das Nächste, was Kali + Salz sagt: Hier hängen 5.700 Arbeitsplätze dran. – Das nenne ich Erpressung.

(Beifall bei der LINKEN)

Das nenne ich weder verantwortungsbewusstes Umgehen des Arbeitgebers Kali + Salz, noch nenne ich es verantwortungsbewusstes Umgehen mit der Umwelt, mit der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie und mit den Verträgen, an die die Bundesrepublik gebunden ist. Deswegen haben wir beantragt, dass von neutraler Seite diese Methoden untersucht und aufgeschrieben werden. Denn eine Firma hat uns erklärt, man könne eindampfen. Es koste ungefähr 600 Millionen €, diesen Betrieb zu erstellen.

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Sie müssen bitte zum Ende kommen.

Marjana Schott (DIE LINKE):

Man brauche aber mindestens zehn Jahre, um daraus einen Gewinn zu erzielen. Die andere Seite sagt, das koste dreimal so viel.

Ich möchte, dass jemand, der neutral ist, das wissenschaftlich untersucht und uns darüber informiert, damit wir handeln können. Wir müssen das im Interesse des Kalireviers ganz dringend tun.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Schott. – Als nächster Redner spricht Kollege Landau von der CDU-Fraktion. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dirk Landau (CDU):

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Abweichend von meinem Manuskript möchte ich erst einmal Ihre Verschwörungstheorien verwerfen. Es ist nichts Neues von Ihnen, dass Sie immer irgendjemandem irgendetwas unterstellen. Im schlimmsten Fall unterstellen Sie immer etwas Böses. Dem ist aber nicht so.

(Marjana Schott (DIE LINKE): Sie waren nicht dabei!)

Ich will Ihren Antrag einmal in den wesentlichen Aussagen beleuchten und etwas dazu sagen. Sie fangen zunächst an, von Alternativen zu sprechen. Ich darf Sie zunächst daran erinnern, dass wir, die Politik, es waren, die 2009 an das Unternehmen herangetreten sind und gesagt haben: Bitte treten in die Planung für eine Nordsee-Pipeline und eine Pipeline an die Oberweser und für technische Neuerungen ein, mit denen vor Ort die Belastungen herabgeführt werden können. – Letzteres ist in das 360-Millionen-€-Maßnahmenpaket gemündet.

Wenn Sie dann sagen, ein EU-Vertragsverletzungsverfahren sei anhängig, dann muss man auch wissen, was dessen Aussage gewesen ist. Dieses EU-Vertragsverletzungsverfahren, das will ich einmal festhalten, richtet sich nicht gegen Entscheidungen und Genehmigungen hessischer Behörden. Da haben wir einige zur Versenkung und zur Einleitung gehabt. Das EU-Vertragsverletzungsverfahren richtet sich gegen den Bewirtschaftungsplan aus dem Jahr 2009 der Flussgebietsgemeinschaft Weser aus sieben Ländern.

Ich gebe Ihnen in einem Punkt ein wenig recht. Dieses Schreiben zwingt uns in seinen Aussagen schon ein wenig zum Handeln.

(Zuruf der Abg. Marjana Schott (DIE LINKE))

Es sagt: Weil wir das Ziel der Wasserrahmenrichtlinie haben, müssen wir der EU schon ein wenig detaillierter mitteilen, wie wir auch gegebenenfalls in Zwischenschritten dieses Ziel erreichen wollen. Da besteht in der Tat nach dem Art. 4 Abs. 4 b der Wasserrahmenrichtlinie noch Handlungsbedarf.

Jetzt aber wird es spannend; denn ich komme zu der Verschwörungstheorie und dazu, was Sie zu dem gesagt haben, was der runde Tisch erarbeitet hat – und zwar mit vielen Experten – und was noch immer Gültigkeit hat. Es gibt eben weltweit noch nicht vieles, was neu hinzugekommen ist. Ich will Ihnen einmal zeigen, was der runde Tisch erarbeitet hat; das ist sehr umfangreich.

Ich glaube nicht, dass wir eine neue Kommission, eine neue Planung benötigen, um zu neuen Erkenntnissen zu kommen; denn die gibt es nicht. Wenn Sie dann von K-UTEC und der Eindampfung salzhaltiger Abwässer reden, muss man wissen, dass wir sozusagen das eine Übel in Form der Salzbelastung der Werra gegen ein anderes Übel tauschen

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Dirk Landau (CDU):

– nicht bei der Kürze –, nämlich zusätzlich 100.000 t an CO₂-Belastung pro Jahr, wenn wir die Salzlaugen eindampfen.

K-UTEC hat auch noch zwei andere Nachteile, die Sie hier völlig ausblenden, weil Sie es als die Lösung schlechthin propagieren. Es gibt keine Bestätigung, dass es großtechnisch funktioniert. Und was Sie auch nicht berücksichtigen, ist die Wirtschaftlichkeit.

Wir reden immer von der großen Pipeline zur Nordsee, um die Laugenabwässer loszuwerden, und sprechen von einer Investition in Höhe von ungefähr 700 Millionen € und jährlichen Betriebskosten von 80 Millionen €. Diese Eindampfungsanlage nach K-UTEC würde eine Investition von bis zu 1,6 Milliarden € und jährliche Betriebskosten von 320 Millionen € bedeuten.

(Marjana Schott (DIE LINKE): Das behauptet das Unternehmen K+S!)

– Das sagt nicht nur K+S, das sagen auch der runde Tisch, und das sagen externe Gutachter.

(Zuruf der Abg. Marjana Schott (DIE LINKE))

Meine Damen und Herren, wir als CDU-Fraktion wissen, was wir an diesem DAX-notierten Rohstoffunternehmen haben. Wir erkennen allerdings auch unsere Verpflichtung an, was die Umwelt angeht. Für uns sind beides gleichrangige Güter. Es ist sozusagen immer Handlungslinie der CDU-Fraktion gewesen, hier nicht ein Gut gegen das andere auszuspielen, sondern beide in Einklang zu bringen, weil uns sowohl die Umwelt als auch die Arbeitsplätze bei diesem Unternehmen – alle in einer sehr strukturarmen Region – wichtig sind.

Das Unternehmen hat, da musste ich schon schmunzeln, am 4. Februar 2014 eine ziemlich wohlplatzierte Pressemitteilung herausgebracht, in der noch einmal ganz deutlich unterstrichen wird, welchen Stellenwert es hat. Ich komme nun aus Bad Sooden-Allendorf, das an der Werra liegt, wo die Salzlauge im Fluss entlangfließt. In Sachen Tourismus haben wir schon an der einen oder anderen Stelle unsere Probleme. Und dann spricht K+S in der besagten Pressemitteilung davon, dass das Unternehmen einen Benefit in Sachen Tourismus bereithält, weil eine Anziehungskraft des Erlebnisbergwerks Merkers und – jetzt kommt es – eine Attraktivität der Halden für Naturliebhaber und Bergsteiger bestehe. Da musste ich schon schmunzeln.

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Herr Kollege, Sie müssen zum Ende kommen.

(Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Dirk Landau (CDU):

Ich möchte eine wesentliche Aussage als letzten Satz vortragen. Beides – sowohl der Umweltschutz als auch die wirtschaftliche Bedeutung des Unternehmens – ist uns als CDU-Fraktion wichtig. Das Unternehmen wollen wir nicht

überfordern, aber sehr wohl in die Pflicht nehmen. K+S spricht selbst in einer Pressemitteilung vom 21. Januar davon, dass sie hochgradig an einer lokalen Lösung interessiert seien. Da sollten wir sie nicht von der Angel lassen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Marjana Schott (DIE LINKE))

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Kollege Landau. – Als nächster Redner spricht Herr Kollege Lenders von der FDP-Fraktion. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Jürgen Lenders (FDP):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am Ende muss man die Frage immer darauf konzentrieren, ob wir in Deutschland noch eine Rohstoffindustrie haben und die Bodenschätze, die wir unter unseren Füßen haben, heben wollen oder ob wir die Chancen, die uns eine solche Industrie bietet, einfach nur mit Füßen treten möchten.

K+S ist auf dem Weltmarkt unterwegs. Es steht im Wettbewerb mit Russland, Kanada und den USA. Darum ist es geboten, die Wirtschaftlichkeit immer mit im Auge zu behalten sowie sinkende Preise, mit denen sich dieses Unternehmen auch auseinandersetzen muss.

Zum Antrag der LINKEN. Sie nehmen ihn zum Anlass, um das EU-Vertragsverletzungsverfahren heranzuziehen. Sie sagen, dort seien Arbeitsplätze gefährdet, das könnte sich unter Umständen aus diesem Verfahren ergeben. Dabei schreibt die Bundesregierung in ihrer Stellungnahme, dass sie davon ausgehe, die Klage abwenden zu können.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Das heißt ja nicht viel!)

Das heißt, ich kann Ihre Konsequenz daraus nicht ableiten.

Dann befassen Sie sich sehr stark damit, dass die Landesregierung einen Auftrag zur Untersuchung der Aufbereitung und Beseitigung von festen und flüssigen Abfällen in Auftrag geben solle. – Meine Damen und Herren, ich glaube, das ist das erste Mal in diesem Landtag, dass sich DIE LINKE quasi als Auftragsbeschaffer für ein Unternehmen geriert; das habe ich so noch nicht erlebt.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Wir können auch Wirtschaftsförderung!)

Die Firma K-UTEC hat einen Vorschlag unterbreitet. Ein Gutachten zu diesem Vorschlag in Auftrag zu geben würde eine immense Summe verschlingen. Auch da hilft ein Blick in die Stellungnahme der Bundesregierung, die sagt, es sei nicht nötig, noch weitere Untersuchungen anzustellen; die Problematik sei hinreichend untersucht, und auch die Alternativen seien relativ klar. Eine theoretische Lösung, die – das hat der Kollege Landau ganz richtig gesagt – noch nirgendwo in der Praxis überhaupt standgehalten hat, wird überhaupt nicht erwähnt. Das ist ein Kuckucksei, dem Sie hier folgen. Deswegen werden wir Ihrem Antrag an dieser Stelle mit Sicherheit nicht zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Es ist hier gesagt geworden – ein bisschen Verschwörungstheorie war dabei –, diese Untersuchung solle unabhängig

von K+S passieren. Solch eine Einstellung finde ich jedoch absolut leichtfertig. Man muss wissen, dass dieses Unternehmen in fast 130 Jahren zahlreiche Erfahrungen gesammelt hat. Die Schaffung einer trockenen Produktion im Werk Neuhoof ist ein Ergebnis von K+S selbst. Diese Erfahrungen jetzt leichtfertig beiseitezuschieben und zu sagen: „Wir machen ganz unabhängige Untersuchungen“, das geht überhaupt nicht. Solche Dinge kann man nur gemeinsam mit dem Unternehmen schaffen, sonst begibt man sich hier wirklich auf technisches Glatteis.

(Beifall bei der FDP)

Zu Folgendem – auch hier hat der Kollege Landau recht – sagen Sie überhaupt nichts: Wenn Sie in Ihrem Punkt 3 b verschiedene Maßnahmen anführen, sollten Sie aber auch eine Untersuchung der Energiebilanz des Eindampfens sowie eine Wirtschaftlichkeitsberechnung mit Auswirkungen auf die Arbeitsplätze und den gesamten Standort hinzufügen.

Interessanterweise machen Sie das aber durchaus bei der Nordsee-Pipeline. Die erwähnen Sie dann in Ihrer Begründung und sagen, eine Wirtschaftlichkeitsberechnung müsste vorgelegt werden; denn es könnte sein, dass sich diese Pipeline überhaupt nicht mehr rechnet. – Stimmt. Und je länger wir mit dieser Pipeline warten, desto geringer wird die Wirtschaftlichkeit. Wenn wir uns anschauen, dass die kleine Pipeline von Neuhoof mit 63 km bereits 50 Millionen € gekostet und ihr Bau sieben Jahre gedauert hat, muss man kein großer Prophet sein, um vorauszusagen, was Investitionen in geschätzter Höhe von 1 Milliarde € für 450 km Pipeline bedeuten, angesichts der ganzen widrigen Umstände, die dort zu lösen sind. Ich mache mir bis heute kein Bild davon, wie lang es für diese Pipeline wirklich braucht. Zudem muss man wissen, dass in 30 Jahren das erste Werk in Unterbreizbach vom Netz gehen wird. Dann werden auch die Einleitungswerte schon geringer werden.

(Beifall bei der FDP)

Jetzt sind wir aber mal gespannt auf den Antrag, den CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN formuliert haben. Da steht im Wesentlichen nichts Falsches drin. Aber es wird spannend, zu sehen, wie Sie auf die Nachbarländer und insbesondere auf Niedersachsen eingehen. Insbesondere in Richtung GRÜNE, die immer gefordert haben, Niedersachsen müsste sich mit Blick auf die Nordsee-Pipeline ein wenig flexibler zeigen: Sie tragen jetzt Verantwortung in Niedersachsen. Werden Sie Ihrer Verantwortung in Niedersachsen, aber auch hier in Hessen gerecht. Wir werden das mit Spannung verfolgen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Kollege Lenders. – Als nächster Redner spricht Kollege Warnecke von der SPD. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Torsten Warnecke (SPD):

Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man von außen auf die ganze Problematik schaut, müsste man sagen: ein Riesenerfolgsmodell – das, was wir hier politisch mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und dem Unternehmen hinkommen haben. Der eine oder andere wird jetzt natürlich verstört sein, weil

die grundsätzliche Position sein muss – so wird sie auch von der LINKEN diskutiert –: alles hoch problematisch.

Wir hatten noch vor geraumer Zeit 12 Millionen t Salz, die jedes Jahr in die Werra eingeleitet wurden, 40 g Salz pro Liter. Mittlerweile sind wir bei 2,5 g pro Liter, und nach dem, was die Politik beschlossen hat, über das Regierungspräsidium in den entsprechenden Verwaltungsverfahren, soll es bis 2020 noch einmal um ein Drittel gesenkt werden. Darüber hinaus hat es Kali + Salz, um einmal eine Zahl zu nennen, offenkundig vermocht, von insgesamt 12 Millionen m³ aus den Haldenabwässern wie aus den Fabrikationsabwässern jetzt perspektivisch 2020 auf nur noch 4 Millionen m³ zu gehen.

Wir würden in allen anderen Umweltbereichen sagen: Mensch, toll, und das Unternehmen produziert keine einzige Tonne weniger. – Es ist nicht die Frage, die wir häufig in Europa erlebt haben: „Wir machen die Bude dicht, und anschließend haben wir eine positive CO₂-Bilanz“, sondern die produzieren weiter. Die produzieren weiter einen Rohstoff, der in der Welt nachgefragt wird.

Wir, die wir in Deutschland davon abhängig sind, dass Rohstoffe aus der ganzen Welt zu uns kommen – ich möchte nicht über die Arbeits- und die Produktionsbedingungen sprechen, die dort häufig vorherrschen –, sind in der Lage, als Hochtechnologieland einen Rohstoff zu produzieren, der notwendig ist, um die Welternährung sicherzustellen.

(Janine Wissler (DIE LINKE) niest.)

– Gesundheit, Frau Wissler.

(Allgemeine Heiterkeit – Janine Wissler (DIE LINKE): Entschuldigung!)

Emser Pastillen helfen da auch weiter. Darin ist auch so ein bisschen was von dem.

(Allgemeine Heiterkeit)

Die sorgen also dafür, dass wir ausreichend Nahrungsmittel in pflanzlicher Form bekommen. Wir haben auch gelernt, wenn ich den Herrn Ministerpräsidenten zitieren darf: „Auch Tiere sind Lebewesen“, und damit wird selbstverständlich auch für die Tiere gesorgt, indem sie diese pflanzlichen Produkte zu sich nehmen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, warum nenne ich das? – Weil wir hier doch auf einem Weg sind. Wer hätte noch vor zehn Jahren gedacht, dass die Versenkung ab 2015 beendet wird? Wir alle, die wir hier diskutieren, diskutieren in einem Zeitlauf und nicht mit absoluten Positionen. Wir hätten nämlich eine im wahrsten Sinne des Wortes ohne weitere Einleitung versehene Werra, wenn nicht die Versenkung aus guten Gründen ab 2015 untersagt wird. Das ist jedenfalls die Position, die vom Regierungspräsidium eingenommen wird und die auch Kali + Salz mitgeteilt wurde.

Dass das Unternehmen – ich glaube, darüber herrscht Einigkeit im Haus – mit dem einen oder anderen Antrag über das Ziel hinausschießt, zeigt sich, wenn es ausgerechnet im engen Wesertal jetzt 80 ha Stapelbecken bauen möchte. 80 ha, stellen Sie sich vor, eine Stadt, eine Kommune hätte dort 80 ha Gewerbe- oder Industriegebiet und würde dann sagen müssen: „Ja, und da bauen wir jetzt noch ein paar Stapelbecken hin“, dann würde jeder sagen: Die haben sie nicht mehr alle.

Aber die Frage, ob eine Pipeline – dazu gibt es auch Hinweise am runden Tisch – in die Weser gebaut werden kann und darf, ist mit Blick auf die Verdünnung eine völlig andere Frage. Es ist schon, neben Verschwörungstheorien, die Frage: Was macht das Unternehmen, um möglicherweise Dinge, die nur schwer zu genehmigen sind, auch nicht genehmigen zu lassen? Was macht die Politik?

Herr Lenders, mit Verlaub, so einfach können wir natürlich die Niedersächsische Landesregierung, die immer noch von der SPD geführt wird, nicht außen vor lassen; denn es sind in Niedersachsen maßgeblich die Sozialdemokraten, die Schwierigkeiten mit der Nordsee-Pipeline haben.

(Zuruf des Abg. Jürgen Lenders (FDP))

– Ehre, wem Ehre gebührt. Es ist nicht die Fraktion der GRÜNEN und auch nicht die grüne Kabinettsstruktur, die wesentlich dagegen ist.

(Jürgen Lenders (FDP): Sie haben die Backen aufgeblasen!)

– Gut, das mögen Sie dann intern klären. Sie sitzen ja noch geschickt nebeneinander.

(Allgemeine Heiterkeit)

Man muss sagen, dass wir schon darauf aus sind, in Niedersachsen dafür zu sorgen, dass diese Nordsee-Pipeline nicht von vornherein ungeprüft – darum geht es im Wesentlichen – ad acta gelegt wird.

Frau Schott, das eine oder andere, was Sie formuliert haben, klingt schon arg nach Verschwörungstheorie. Man kann zum runden Tisch stehen, wie man möchte. Aber eines sollte man als am runden Tisch Beteiligte nie machen, nämlich sagen, dass im Rahmen eines runden Tisches eine Einigung nur dann zustande kommt, wenn sie zu meinen Konditionen zustande kommt, und ansonsten diskreditiere ich dieses Gremium.

Dort sitzen natürlich Leute mit ganz anderen Interessen als die, die Sie formuliert haben – selbstverständlich, das ist doch auch legitim. Deshalb muss ich doch nicht sagen: „Weil das, was ich als Interesse habe, jetzt nicht zum Tragen kommt, wollen wir den runden Tisch nicht, und jetzt soll auch Kali + Salz nicht bezahlen und nichts forschen und die Kaliindustrie auch nicht“, sondern jetzt haben wir ein einziges Unternehmen, übrigens ohne jeden Wettbewerb – das hat Herr Lenders schon indirekt kritisiert. Wir haben ein Unternehmen, das eine Technik hat, die noch nirgendwo erprobt ist – und die ist die Zukunft?

Ich glaube, das ist es nicht. Zumindest Sie wissen, und das als letzten Punkt, dass Kali + Salz – von vielen hoch kritisiert – in Kanada gerade ein neues Werk aufbaut. Wenn Sie die Maßstäbe, die wir im Werratal anwenden, dort anwenden würden, müssten wir sagen: Das dürfte dort gar nicht erst zur Produktion kommen.

Deren Technologie ist eine klassische, die übrigens auch in den Weiten des Ostens im wahrsten Sinne des Wortes angewendet wird, ob es Weißrussland, Ukraine oder Russland ist. Dort raubt man das, was man als Materie haben möchte, aus, und dann sinkt das Ganze um ein paar Meter ab. Damit hat sich die Angelegenheit. – Das ist modernster Stand der Technik, das machen die.

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Kommen Sie bitte zum Ende.

Torsten Warnecke (SPD):

Ich darf mich für Ihr Zuhören bedanken, mit einem herzlichen Glückauf enden und hoffe, dass wir hier gemeinsam mit dem Berichtsantrag, den die Sozialdemokratie gestellt hat, in den Ausschusssitzungen zu einem vernünftigen Diskussionsprozess kommen, der nicht immer nur schwarz-weiß malt und auch nicht schwarz-grün. – Danke fürs Zuhören.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Kollege Warnecke. – Als nächste Rednerin spricht Frau Kollegin Erfurth vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben es hier mit einem ganz klassischen Spannungsfeld zu tun. Auf der einen Seite haben wir die Sicherung hochwertiger Arbeitsplätze im Kalirevier, und auf der anderen Seite haben wir den Gewässerschutz, weil nämlich die Abwässer der Kaliindustrie sowohl unser Grundwasser gefährden als auch die beiden Süßwasserflüsse Werra und Weser seit fast 100 Jahren versalzen.

Das ist der klassische Spagat, in dem wir uns bewegen. Den einen ist der Gewässerschutz ein bisschen mehr wert und den anderen die Arbeitsplätze. Ich denke, wir müssen hier einen klassischen Ausgleich hinbekommen. Und darum geht es mir. Darum geht es auch der schwarz-grünen Koalition.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU sowie des Abg. Torsten Warnecke (SPD))

Wir können feststellen: Kali + Salz hat als Verursacher nach massivem Druck von außen – das darf man nicht vergessen – endlich ein Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht, das die Salzfracht reduziert. Sie sprachen davon, Herr Warnecke. Das wurde auch Zeit, und es ist gut, dass das gekommen ist. Aber ich stelle weiterhin fest, dieses Maßnahmenpaket wird nicht reichen, um das Abwasserproblem dauerhaft in den Griff zu bekommen und es zu lösen.

Man kann es sogar noch verschärfen. Wir können sagen: 2015 bekommen wir ein echtes Problem, denn 2015 läuft die derzeit gültige Versenkungsgenehmigung aus. Das sind noch knapp zwei Jahre. Wir können uns also nicht wegdrücken. Das Unternehmen muss wissen, wohin es mit seiner Salzlauge will – die Salzlauge, die bisher in den Untergrund versenkt wurde und die perspektivisch das Grundwasser gefährdet.

Noch vor zwei Wochen auf einer öffentlichen Veranstaltung hat mir auf meine Frage ein leitender Mitarbeiter des Unternehmens gesagt, man arbeite jetzt an einer optimierten Form der Versenkung, und den Rest wolle man nach wie vor in die Werra tun. – Das nennt sich dann lokale Lösung. Also ich glaube, damit muss Schluss sein. Verpres-

sen, ganz egal, wie man es nennt, das darf nicht mehr passieren. Damit muss Ende sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es muss klar sein, dass die Versenkung von Salzabwässern nach 2015 endet. Das Unternehmen muss noch sehr viel Gehirnschmalz investieren, damit es 2015 eine Lösung hat, die dieses Problem auch wirklich löst und mit der auch wirklich gearbeitet werden kann. Alle Fachbehörden und auch die bisherige Umweltministerin haben es so gesagt, und ich nehme an, das wird auch die neue Umweltministerin so vertreten. Diese Versalzung muss ein Ende haben, und die Unternehmensleitung muss endlich hören und handeln. Ich hoffe sehr, das hoffe ich im Interesse der Beschäftigten bei Kali + Salz, dass das Unternehmen hier einen Plan B hat und sagt, wie es die Abwässer reduziert.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Jetzt gibt es erste zarte Signale, noch ein bisschen verschwiegelt: Ja, ja, wir arbeiten an technischen Lösungen. – Das nehmen wir als schwarz-grüne Koalition gern auf. Wir wollen zeitnah wissen, um welche Mengen es sich handelt und welche Pläne es denn sind.

Wir brauchen durchaus weitere technische Lösungen. Wir wollen auch gern vonseiten der Koalition unterstützen, dass diese technischen Lösungen vorangebracht werden. Aber was wir nicht unterstützen können – da spreche ich auch im Namen der Kollegen von der CDU –, ist ein weiteres Gutachten. Ein weiteres Gutachten jenseits des runden Tisches, jenseits der Genehmigungsbehörden bringt aus meiner Sicht überhaupt nichts. Die große Frage ist, wer es denn bezahlen soll.

Ihre Forderung landet beim Steuerzahler und bei der Steuerzahlerin. Das kann ich nicht gutheißen, denn der, der eine Genehmigung haben will, muss sie auch bezahlen und dafür sorgen, dass die Unterlagen ordentlich sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Gutachten ist am runden Tisch durchaus auch aufgearbeitet worden. Man hat noch keine einvernehmliche Lösung. Wegen der Schwierigkeit der Materie hat man die Entscheidung am runden Tisch noch einmal um eine Runde vertagt, weil man sich über die Schwierigkeiten klar werden muss.

Es wird auch gar nicht bestritten, dass das K-UTEC-Verfahren technisch machbar ist. Das ist nicht bestritten. Es geht aber um die Frage, ob wir allein mit diesem Verfahren unser Ziel erreichen, ob es durchsetzbar ist. Dieses Verfahren hat keine Lösung für die Haldenabwässer.

Das ist viel langfristiger anzudenken. Die Betriebsphase dauert noch ungefähr 30, 40 Jahre. Und dann haben wir die Haldenabwässer, die, so sich nichts ändert, die nächsten 700 Jahre vor sich hindiffundieren. Dafür brauchen wir eine Lösung. Die technische Lösung, die bisher auf dem Tisch liegt, bietet dazu leider überhaupt nichts.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Sie müssen zum Ende kommen.

Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich danke Ihnen, Frau Präsidentin. – Jenseits der Probleme, die dieses Verfahren im Bereich der Energie und des Wärmeverbrauchs aufwirft, hat es überhaupt keine Lösung für die langfristigen Probleme. Von daher kann ich an Sie nur appellieren, sich auf den Antrag, den GRÜNE und CDU vorgelegt haben, zu verständigen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU sowie des Abg. Lothar Quanz (SPD))

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Erfurth. – Für die Landesregierung spricht nun Staatsministerin Hinz. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Priska Hinz, Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Natürlich will die Landesregierung eine Verbesserung der Wasserqualität. Dazu sind wir auch rechtlich aufgerufen. Klar ist für uns auch, dass das Unternehmen wegen der vielen Arbeitsplätze in der Region bedeutsam ist. Meine Vorrednerin hat darauf hingewiesen, dass dies durchaus ein Spagat ist und dass man für einen Ausgleich sorgen muss.

Es gibt das Vertragsverletzungsverfahren. Allerdings kann man diesem Vertragsverletzungsverfahren begegnen, weil nicht allein die Tatsache, dass es das gibt, für die Unsicherheit bei Arbeitsplätzen sorgt, sondern man kann dem mit entsprechenden wasserrechtlichen Schritten begegnen. Das muss man mit einem neuen Bewirtschaftungsplan tun.

Aber es liegt auch vorrangig am Unternehmen selbst, für die Voraussetzungen für die Wassergüte und auch für die eigene Existenzsicherung zu sorgen. Das kann die Landesregierung nicht stellvertretend für ein Unternehmen tun. Sie kann nur die Rahmenbedingungen dafür setzen, dass sich das Unternehmen daran hält. Ansonsten muss ein Unternehmen durchaus auch selbst dafür sorgen, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen eingehalten werden.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist wichtig, dass es die Notwendigkeit gibt, die Versenkung in den Untergrund 2015 zu beenden. Es kann also danach nicht mehr in dem bisherigen Umfang mit der Versenkung gerechnet werden. Das geben die aktuellen wasserrechtlichen Erlaubnisse auch nicht her.

Dann steht leider nur noch ein Entsorgungsweg zur Verfügung, nämlich die Einleitung in die Werra. Die Einleitung würde bedeuten, dass die Salzbelastung nicht gesenkt wird. Aber der Landtag hat in den beiden vorangegangenen Wahlperioden gefordert, dass die Salzbelastung entscheidend verringert wird.

Wir wollen sie nicht erhöhen, nein, wir wollen sie senken. Genau das sieht die bis 2020 geltende wasserrechtliche Erlaubnis für die Einleitung in die Werra vor. Das ist unsere Zielsetzung. Etwas anderes ist nach der gegenwärtigen Rechtslage nicht möglich. Es gilt nämlich das Verschlechterungsverbot. An diese Vorgabe wird sich die Landesregierung natürlich halten.

Das Unternehmen Kali + Salz ist seit 2010, als der Runde Tisch „Gewässerschutz Werra/Weser und Kaliproduktion“ seine Empfehlung abgab, vor allem aber auch nach Erteilung der aktuellen Versenkungserlaubnis im November 2011, immer wieder darauf hingewiesen worden, dass seine bisherigen Anstrengungen nicht ausreichen, um 2015 einem Entsorgungseingpass zu entgehen.

Das Unternehmen weiß um die Problematik und muss sich entsprechend einrichten. Es ist die Anforderung der Landesregierung an das Unternehmen, dass es sich jetzt auch bewegt und in die Prüfung einsteigt, welche Maßnahmen ökonomisch und ökologisch am besten für das Unternehmen, aber auch für die Umwelt sind, um weitere wasserrechtliche Genehmigungen zu erhalten und damit die eigene Existenz zu sichern.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Leider hat es das Unternehmen bislang versäumt, entsprechende tragfähige Konzepte auf den Tisch zu legen. Uns treibt aber nicht nur die Sorge um den 2015 entstehenden Engpass, sondern vor allen Dingen auch die Sorge um die Situation 2020. Wir sind von der Erreichung eines guten ökologischen Zustandes, zu der wir nach den Vorgaben der Wasserrahmenrichtlinie und des Wasserhaushaltsgesetzes grundsätzlich verpflichtet sind, noch weit entfernt.

Wir wissen, wir stehen unter der kritischen Beobachtung nicht nur der EU-Kommission, sondern auch der Öffentlichkeit. Die EU-Kommission hat ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik eingeleitet, das den Bewirtschaftungsplan der Flussgebietsgemeinschaft Weser zum Gegenstand hat.

(Allgemeine Unruhe)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Bitte ein wenig mehr Ruhe.

Priska Hinz, Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Die EU-Kommission hat erkennen lassen, dass sie das Verfahren vorläufig ruhen lassen könnte, wenn die Bundesrepublik verbindlich erklärt, wie die Mängel im zweiten Bewirtschaftungsplan geheilt werden können. Wir gehen davon aus – daran wird auch gearbeitet –, dass diese Bedingungen mit der Veröffentlichung des Entwurfs des zweiten Bewirtschaftungsplanes im Dezember 2014 erfüllt werden können.

Die Prüfung der einzelnen Schritte läuft bis dahin. Sie soll bis zum Sommer abgeschlossen sein. Dann können wir in die Entscheidungsphase eintreten, um diesen Entwurf zu erstellen.

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Frau Ministerin, ich möchte Sie an die Redezeit erinnern.

Priska Hinz, Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Ja. – Auch deswegen ist der Antrag der LINKEN keine Option, weil wir jetzt nicht wieder in eine Prüfung einstei-

gen können. Der runde Tisch prüft seit fünf Jahren, hat Ergebnisse gezeitigt. Technische Möglichkeiten, die Sie auch vorgeschlagen haben, stehen zum derzeitigen Zeitpunkt für eine Verbesserung der Gewässerqualität nicht zur Verfügung. Deswegen muss das Unternehmen jetzt die zwei Varianten der Pipeline prüfen, wobei wir klar sagen: Favorisiert wird die Nordsee-Pipeline.

(Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Das Unternehmen muss jetzt in die Überprüfung einsteigen, denn aufseiten Niedersachsens hat es auch Bewegung gegeben.

(Timon Gremmels (SPD): Genau!)

Ich bin im Gespräch mit meinen Kollegen Umweltministern aus den Anrainerländern. Ich bin guten Mutes, dass wir zu Ergebnissen kommen. Insofern ist das jetzt auch eine Aufforderung an das Unternehmen, die ökonomische Prüfung für diese Leitung zu beginnen, damit wir politisch auch zu einem entsprechenden Ergebnis kommen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Lothar Quanz (SPD))

Ich glaube, dass das im Sinne der Gewässerqualität ist. Ich glaube, dass das im Sinne des Unternehmens ist. Es ist vor allen Dingen im Sinne der Beschlüsse des Hessischen Landtags, die schon mehrfach gefallen sind.

Ich werde jedenfalls in den Gesprächen mit meinen Kollegen dazu beitragen, dass es zu diesem Ergebnis kommt. Insofern kann ich Ihnen ein fröhliches Glückauf zurufen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Frau Staatsministerin, vielen Dank. – Uns liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir sind deshalb am Ende der Debatte.

(Wortmeldung der Abg. Marjana Schott (DIE LINKE))

Frau Schott, Sie möchten noch einmal sprechen? – Bitte schön, Sie haben das Wort.

Marjana Schott (DIE LINKE):

Frau Ministerin, ich muss sagen: Respekt. Forscher, Wissenschaftler und Ingenieure streiten sich derzeit darüber, was in Bezug auf das Eindampfen machbar ist und was nicht machbar ist. Weltweit werden Eindampfanlagen gebaut. Aber Sie stellen nach ganz kurzer Zeit als Ministerin sachlich fest: Es gibt keine Alternative. – Respekt.

(Ministerin Priska Hinz: Das habe ich nicht gesagt!)

– Sie haben gesagt, es gebe keinen anderen Weg, als die Pipeline zu bauen.

(Ministerin Priska Hinz: Derzeit!)

– „Derzeit“. – Man muss eine Pipeline planen und bauen. Selbst bei wenig Widerstand gehen alle Beteiligten davon aus, dass ein solches Projekt bis zu zehn Jahre dauern kann. In der Zeit kann man auch in aller Ruhe an einer Stelle eine Eindampfanlage bauen. Denn der Widerstand der Bevölkerung dürfte da deutlich geringer sein, als wenn

man etwas über Hunderte Kilometer quer durchs Land baut.

Sie vertreten allen Ernstes, dass man eine Pipeline zur Oberweser bauen könnte. Das sagen Sie als, ich glaube, grüne Ministerin. Eine Pipeline zur Oberweser würde nichts anderes bedeuten, als dass man die eine Hälfte vom Abwasser der Kaliproduktion verschont. Die andere Hälfte würde man dann genauso verdrecken, wie man es zuvor mit der einen gemacht hat.

Nach der derzeitigen Planung müsste man auf 80 ha ein Stapelbecken bauen. Können Sie sich vorstellen, was 80 ha stinkende Abwasserbrühe in einem Ökosystem bedeuten, bei dem die Menschen gerade darum kämpfen, dass es einigermaßen vernünftig so bleibt, wie es ist, indem wir uns in der Vergangenheit gegen alle möglichen Einschnitte in die Natur, wie z. B. Fracking und ähnliche Dinge, gewehrt haben? Ich erinnere an die Debatte, die wir zu Beberbeck und einem See geführt haben. Da ging es aber um einen Süßwassersee.

Das würde aber ein Salzwassersee werden. Das würde stinkende Abwasserlage sein. Sie können einmal an so einem Stapelbecken vorbeigehen und feststellen, wie das riecht, wenn es warm ist. 80 ha sind eine erhebliche Größe.

Wir haben vorhin gehört, dass die kleine Pipeline 50 Millionen € gekostet hat. Rechnen Sie das einmal auf die große Pipeline hoch. Unser Antrag besagt, dass wir ernsthaft nebeneinanderstellen, was der Bau der großen Pipeline kosten würde und was es kosten würde, die Eindampfanlage zu bauen.

(Unruhe – Glockenzeichen der Präsidentin)

Wir wollen, dass ernsthaft nebeneinandergestellt wird, was es bedeutet, einen halb verseuchten Fluss zu haben, und, ich weiß es nicht so genau, was wir für eine Situation am Meer dann vorfinden würden, und die ökologischen Nachteile, die eine Eindampfanlage mit sich bringen würde. Die bringt auch welche mit sich, das streitet doch niemand ab.

Aber so lange, wie wir grundsätzlich sagen, wir wollen das Kalirevier erhalten, werden wir mit den Problemen arbeiten müssen. Wir bekennen uns eindeutig zu dem Kalirevier und zu den damit verbundenen Arbeitsplätzen, auch wenn Sie gerne versuchen, das ins Gegenteil zu verkehren. Aber dann muss man auch hinschauen und sich fragen, welches die wirklich gangbaren Lösungen sind. Man kann nicht einfach einen möglichen Teil Lösungen vom Tisch wischen, weil man sich auf eine eingeschossen hat.

Dazu muss man keine merkwürdigen Fantasien haben. Gehen Sie einmal zu einer Sitzung des runden Tisches. Erklären Sie mir bitte, weshalb die Sitzung der Fachleute unter Ausschluss der Mitglieder des öffentlichen runden Tisches stattgefunden hat. Ich bin explizit eingeladen worden. Ich finde, das ist kein Umgang. So ging es auch anderen Abgeordneten aus anderen Bundesländern, die anderen Fraktionen angehört haben.

Es gab bisher Expertengespräche. Die funktionieren. Ich sage das, damit Sie sich das auch vorstellen können: Da reden die Experten, die anderen sitzen drum herum und hören zu. Selbstverständlich halten sie ihren Mund, während die Experten reden.

Wenn nicht einmal mehr das möglich ist, dann frage ich mich, was diese Experten hinter geschlossener Tür mit Kali + Salz zu reden hatten. Wo bleibt hier die Transparenz?

Warum moderiert man ein Verfahren so ab? Warum sind die Menschen, die eine andere Lösung bevorzugen, nicht zugelassen worden, dieses Modell am runden Tisch vorzustellen? Nicht einmal das war mehr möglich.

Der runde Tisch hat aber im letzten Jahr beschlossen, dass man genau dies prüfen soll. Das war ein Beschluss des runden Tisches, der dann von Herrn Prof. Brinckmann in einer anderen stillen Kammer abmoderiert wurde. Auch das gehört zur Wahrheit. Das muss man hier auch einmal aussprechen können.

Vor einem solchen Hintergrund fallen hier wesentliche und wichtige Entscheidungen für die Zukunft. Ich bin mir sicher, dass wir, wenn man neutral und wissenschaftlich an die Angelegenheit herangehen würde, auch Ergebnisse bekommen würden, die wir dann bewerten könnten. Wenn man am Ende zu dem Ergebnis kommen sollte, die Pipeline ist der einzige Weg, dann wird das das Ergebnis sein. Ich habe gewisse Zweifel daran, dass das so sein wird. Aber im Moment haben wir nichts anderes als die Ansage von Kali + Salz: Der andere Weg geht nicht, weil wir beschlossen haben, dass er nicht geht, weil wir befunden haben, dass er zu teuer wäre, und weil wir ihn nicht wollen. – Das ist die Haltung des Unternehmens. Damit ist das abmoderiert worden. Damit hat es auch der runde Tisch abmoderiert.

Nichts anderes ist geschehen. Wer das nicht glaubt, mag das in den Protokollen nachlesen. Wer das nicht glaubt, mag nachfragen, wie das mit der Anhörung der Experten gewesen ist. Ich glaube, das ist ein Zustand, den wir nicht verantworten können, wenn wir ordentlich mit den Arbeitsplätzen und mit unserer Umwelt umgehen wollen. Genau darum geht es.

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Ende Ihrer Rede.

Marjana Schott (DIE LINKE):

Sofort. – Frau Hinz, Sie haben hier mehrfach wie andere gesagt, das Unternehmen habe das versäumt. Nein, das Unternehmen hat das nicht versäumt. Das Unternehmen hat nicht das entsprechende Interesse. Es spielt auf Zeit und mit den Arbeitsplätzen im Kalirevier.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Frau Kollegin Schott, vielen Dank. – Als nächste Rednerin spricht Frau Kollegin Erfurth für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frau Kollegin, bitte schön.

Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte einfach mit ein paar Verschwörungstheorien aufräumen. Frau Schott, Sie haben gesagt: Wir haben jetzt ein Muster für die Pipeline. – Das stimmt. Wir haben irgendwie ein Muster. Wir haben die kurze Pipeline, die gebaut wurde. Sie hat 50 Millionen € gekostet. Das sind 63 km.

Die große Pipeline wäre etwa sechsmal so lang. Daraus ergibt sich dann der Preis für die Pipeline an die Nordsee.

Das wären dann um die 300 Millionen €, die eine so lange Pipeline an die Nordsee kosten könnte. Das ist nur über den Daumen gepeilt, um einmal die Zahlen einzusortieren, die so im Raum sind.

Dann hieß es, der Bau habe sieben Jahre gedauert. Herr Lenders, ich glaube, Sie haben das gerade eben gesagt. Ja, das hat sieben Jahre gedauert. Aber warum hat es das? – Das war so, weil das Unternehmen die Unterlagen nicht ordentlich vorgelegt hat. Als die Unterlagen da waren und das Verfahren gemacht werden konnte, konnte das relativ schnell durchgezogen werden. Das ist auch so ein Teil dessen, wohin man gerne Verantwortung legt oder wohin man sie nicht legt.

(Jürgen Lenders (FDP): Haben Sie sich einmal die Aktenberge angeschaut?)

– Die Aktenberge müssen irgendwann einmal vollständig vorgelegt werden. Das können keine drei Blätter Papier sein, auf denen steht, wir beantragen eine solche Leitung. Wenn man es will, ist es zu leisten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann geht es auch um die technischen Möglichkeiten. Ich finde es gut, dass man erforscht, mit welchen technischen Maßnahmen das Abwasserproblem gelöst werden kann. Das finde ich gut. Das finde ich richtig. Das muss man alles machen.

Dann muss man aber auch schauen, wer es umsetzt, was umsetzbar ist und was am langen Ende machbar ist. Die Eindampfanlage, so wie wir sie jetzt vorgestellt bekommen haben, würde, gesetzt den Fall, wir könnten morgen anfangen, fünf bis zehn Jahre brauchen, bis sie steht. Morgen würde das also nicht der Fall sein.

Diese Eindampfanlage würde eine ordentliche Summe Geld kosten. Die Experten streiten sich darüber, wie teuer diese Eindampfanlage sein würde. 1 Milliarde € steht im Raum, plus/minus.

Sie würde nur für die Betriebsphase reichen. In 30 Jahren wäre Schluss. Dann haben wir aber immer noch die Haldenabwässer. Wir bräuchten also fünf bis zehn Jahre, um die Anlage zu bauen. Dann hätten wir sie für 30 Jahre, damit sie die Produktionsabwässer behandeln könnte. Was machen wir mit den Haldenabwässern? – Da fehlt die Antwort.

Außerdem würde diese Anlage unglaublich viel Energie brauchen. Auch das fällt immer unter den Tisch. Nun ist der Werra-Meißner-Kreis kein besonders großer Landkreis. Aber diese Anlage würde genauso viel Wärme brauchen, wie der Werra-Meißner-Kreis an Wärme braucht. Sie würde halb so viel Strom brauchen, wie der Werra-Meißner-Kreis an Strom braucht.

Das sind doch alles Überlegungen, die man einfließen lassen muss. Dann muss man fragen: Funktioniert das, oder funktioniert das nicht?

Demgegenüber sind Pipelines eine erprobte Technologie. Da braucht man nicht viel Aufwand. Diese Technologie werden wir nicht morgen haben, aber in relativ naher Zeit, und sie schafft uns dann auch die Haldenabwässer vom Hals. Also überlegen Sie mal. Legen Sie alles zusammen, und dann schauen wir, wie wir zu einer vernünftigen Lösung kommen.

Ich hoffe, dass wir in den Gesprächen mit den Anrainerländern, die uns die Frau Ministerin angekündigt hat, zu vernünftigen, tragfähigen Lösungen kommen. Wir stehen dafür zur Verfügung. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Erfurth. – Als nächster Redner spricht Kollege Landau von der CDU-Fraktion. Bitte schön.

Dirk Landau (CDU):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ein paar Ihrer Äußerungen haben mich doch bewegt, hier noch etwas zu sagen, Frau Schott. Sie sprechen davon, dass K+S auf Zeit spielt. Ja, wir alle miteinander waren nicht immer so zufrieden, wie die Antragsunterlagen beim Regierungspräsidium eingegangen sind. Aber K+S als etwas Böses zu skizzieren, das leichtfertig eine ruinierte Umwelt in Kauf nimmt, will ich dann doch zurückweisen.

(Beifall bei der CDU)

Man muss wissen: 700 Millionen € sind an den Standorten in den Umweltschutz investiert worden. Die können Sie nicht wegrechnen.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Ja, ein bisschen was haben sie dabei aber auch verdient!)

Das ist geschehen.

Sie preisen heute K-UTEC und die Eindampfung als die Lösung. Das haben wir schon einmal gehabt, als es darum ging, die Halden zu begrünen und abzudecken. Da hieß es aus Ihrer Ecke auch, das sei doch eine tolle Sache, das gebe es woanders, und das könne man doch auf das Kalirevier in Osthessen übertragen. Dann hat sich herausgestellt, dass unsere Halden viel zu groß sind, nicht geeignete Flanken haben usw. Jetzt kommen Sie wieder mit genau der gleichen Argumentation.

Ich will Ihnen einmal berichten, was der runde Tisch 2009, an dem viele verschiedene Experten mitgearbeitet haben, schon damals zur Eindampfung festgehalten hat. Es ging da nur um eine Eindampfanlage für den Standort Unterbreizbach, also nur einen Teil des ganzen Problems, meine Damen und Herren, liebe Kollegen. Da heißt es:

Der für die Eindampfung dieses Abwassers erforderliche Energieaufwand ist ökologisch und wirtschaftlich nicht zu rechtfertigen ...

Dann wird fortgefahren:

... da bei der Eindampfung ein Rückstand entsteht, welcher großtechnisch nicht in der notwendigen Form aufgearbeitet werden kann und somit ein erhebliches Entsorgungsproblem darstellen würde.

Sie erklären heute, das alles nicht wissend oder ignorierend, K-UTEC und die Eindampfung seien die Lösung, das sei das Ein und Alles, und ärgern sich darüber, wenn die Ministerin oder andere sagen, man solle da etwas vorsichtiger sein.

Es war mir wichtig, das hier noch vorgetragen zu haben. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Kollege Landau. – Jetzt liegen aber wirklich keine Wortmeldungen mehr vor.

Wir werden die beiden Anträge, Drucks. 19/34 und 19/82, an den Umweltausschuss, federführend, und zur Mitberatung an den Wirtschaftsausschuss überweisen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 32** auf:

Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Einsetzung einer Enquetekommission „Kein Kind zurücklassen – Rahmenbedingungen, Chancen und Zukunft schulischer Bildung in Hessen“ – Drucks. 19/68 –

Es wurde vereinbart, diesen Dringlichen Antrag an das nächste Plenum zu überweisen. – Keine Widerrede. Dann machen wir das so.

Noch eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Migration und Integration – Chancen und Herausforderungen, Drucks. 19/84. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 41 und kann, wenn dem nicht widersprochen wird, mit – –

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Nein! Widerspruch!)

– Es wird widersprochen. Zur Geschäftsordnung, Herr Schaus.

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Unsere Fraktion hat heute Morgen einen Dringlichen Entschließungsantrag mit dem Titel „Landtag kritisiert die Äußerungen des Landtagsabgeordneten Irmer“ eingereicht. Nach der Tagesordnung soll und muss der jetzt behandelt werden. Die Koalitionsfraktionen aus CDU und GRÜNEN haben einen Dringlichen Entschließungsantrag mit dem Titel „Migration und Integration – Chancen und Herausforderungen“ eingereicht. Das eine Thema hat mit dem anderen Thema überhaupt nichts zu tun. Deshalb kann das nicht miteinander verbunden werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, es ist klar, was Ihr Ablenkungsmanöver soll. Hätten Sie Ihrem Antrag wenigstens einen Text wie „Wir möchten den CDU-Abgeordneten Irmer daran erinnern, dass in unserem Koalitionsvertrag folgende Punkte vereinbart sind und er sich daran zu halten hat“, vorangestellt, dann hätte ich akzeptiert, dass die Anträge miteinander verbunden werden. So haben sie gar nichts miteinander zu tun. Es soll nur von den, wie ich finde, rassistischen Aussagen des Abg. Irmer abgelenkt werden.

(Beifall bei der LINKEN – Widerspruch bei der CDU)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Herr Kollege Schaus, ich bitte Sie um Mäßigung. – Herr Bellino, Sie haben sich ebenfalls zur Geschäftsordnung gemeldet. Bitte schön.

Holger Bellino (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sollten die Minuten der Debatte dazu nutzen, im Präsidium darüber nachzudenken, ob der Hinweis, das sei eine rassistische Äußerung, einen Ordnungsruf nach sich ziehen muss.

(Beifall bei der CDU – Janine Wissler (DIE LINKE): Eine Äußerung darf man ja wohl so bezeichnen!)

– Ich bin der Meinung, Frau Wissler: Wenn ich das Wort habe, halten auch Sie Ihren Mund. Sie können sich nachher noch einmal äußern.

(Zurufe von der SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Einen Moment, bitte. Wir sollten sachlich miteinander umgehen. Wir haben einen neuen Stil vereinbart. Ich möchte alle Kolleginnen und Kollegen ganz herzlich bitten, sich daran zu halten.

(Zuruf von der CDU: Auch die LINKEN!)

Bitte schön, Herr Bellino.

Holger Bellino (CDU):

In diesem Zusammenhang darf ich auf meinen Einstieg hinweisen, was die Äußerung des Kollegen Schaus betrifft, Frau Präsidentin. – Erstens.

Zweitens. Ich darf feststellen: Wir brauchen keine Hilfestellung Ihrerseits, wenn es darum geht, Anträge von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu formulieren, Herr Schaus. Das schaffen wir schon alleine.

Drittens. Meine sehr geehrten Damen und Herren, hier ist in der Tat ein Sachzusammenhang herzustellen. Denn worüber reden wir? Wenn Sie vonseiten der LINKEN dies nicht als reine Klamaukveranstaltung sehen, sondern wenn es Ihnen darum geht, darüber zu debattieren, wie wir mit Integration und Migration umgehen wollen, wie Sie es im zweiten Absatz Ihres Antrags anführen, dann ist unser Antrag selbstverständlich damit zu kombinieren. Denn es geht in unserem Antrag um nichts anderes als darum, dass wir über Integration und Migration in Hessen sprechen wollen, sodass beide Seiten davon profitieren, die aufnehmende Gesellschaft und diejenigen, die aufgenommen werden wollen. Da ist ein Sinnzusammenhang. Deshalb freue ich mich auf die gemeinsame Diskussion nachher.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Bellino. – Herr Kollege Rudolph, bitte schön. Sie haben ebenfalls das Wort zur Geschäftsordnung,

Günter Rudolph (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das, was der Kollege Schaus vorgetragen hat, ist in der Sache voll berechtigt. Sie nehmen nicht mal Bezug auf den Antrag, den wir jetzt diskutieren und entscheiden sollen, weil Sie offensichtlich nicht den Mut dazu haben, die Verbindung zu Herrn Irmer herzustellen. Natürlich hat der Antrag der LINKEN etwas mit der Person von Herrn Irmer zu tun. Es ist nicht das erste Mal, dass wir im Hessischen Landtag über solch unsägliche Äußerungen von Herrn Irmer diskutieren müssen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Stattdessen legen Sie uns eine Seite aus Ihrem Koalitionsvertrag vor, und das sollen wir am Ende noch begrüßen.

(Zuruf von der CDU: Weil er gut ist!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich unterstelle Ihnen mal, dass es Ihnen wie uns um die Sache geht. Dann müssen Sie auch den Mut haben, den Mumm in den Knochen, Fehlverhalten von Herrn Irmer zu kritisieren und sich davon zu distanzieren. Auch das gehört dazu.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Deswegen: Rein formal sind es zwei unterschiedliche Anträge, über die wir nach unserer Auffassung nacheinander diskutieren müssen. Wir wissen, Mehrheit ist Wahrheit. Aber die Inhalte, um die es heute auch geht, und den Politikstil, den Herr Irmer pflegt, können Sie nicht mit Mehrheit wegdiskutieren und ignorieren. Das ist die Nagelprobe für Sie, wie ernsthaft Sie mit einem ganz wichtigen Thema umgehen. Inhaltlich werden wir es später machen. Deswegen unterstützen wir das Ansinnen der LINKEN. Wir reden erst über den Entschließungsantrag und dann im Anschluss über Ihren Antrag. Sie waren im Vorfeld nicht bereit, den Zusammenhang herzustellen. Also machen wir das parlamentarisch sauber und korrekt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Frau Kollegin Dorn von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hatte sich zuerst gemeldet, Herr Kollege Rock.

Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Schaus, Sie meinen, das sei ein Ablenkungsmanöver. Das verstehe ich nicht ganz. In Ihrem Antrag haben Sie doch selbst aus unserem Koalitionsvertrag zitiert und deutlich gemacht, welches die Grundlage ist, auf der wir hier diskutieren können. Genau das haben wir getan.

Sie haben eine Passage aus unserem Koalitionsvertrag zitiert. Wir haben noch etwas mehr ergänzt, weil es dort noch ein paar mehr wichtige Passagen gibt. Nichts anderes ist die Grundlage unseres Antrags.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Ich empfehle, erst einmal die Debatte zu führen, statt erst über die Geschäftsordnung zu debattieren. Sie haben ein wichtiges Thema auf die Tagesordnung gesetzt. Darüber können wir diskutieren. Lassen Sie uns doch endlich damit beginnen, statt über die Geschäftsordnung zu reden.

Wir würden uns freuen, wenn Sie unserem Antrag zustimmen würden. Den stelle ich hiermit auch förmlich: dass wir beide Anträge miteinander verbinden. Für uns gehören diese beiden Punkte zusammen. Ich habe versucht, Ihnen inhaltlich zu begründen, warum das so ist. Sie haben selbst aus unserem Koalitionsvertrag zitiert. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Dorn. – Als nächster Redner, bitte schön, Herr Kollege Rock.

René Rock (FDP):

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich kann nur sagen: Alles, wie es immer war – es geht genau so weiter, und es gibt einen Ansatz dafür, dass es schlimmer wird.

(Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken übernimmt den Vorsitz.)

Ich kann sachlich nicht feststellen, dass der Antrag von CDU und Bündnisgrünen klugerweise mit dem Antrag zu Äußerungen von Abg. Irmer verbunden wird. Für uns als FDP ist das Thema Migration Chance und Herausforderung, aber kein Thema, das auf dem Niveau, auf dem wir erfahrungsgemäß hier gleich diskutieren werden, behandelt werden sollte.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der LINKEN)

Darum wehre ich mich dagegen, dass diese beiden Themen verbunden werden. Allenfalls würde ich mir wünschen, dass der Antrag der Koalition dem Ausschuss überwiesen wird, damit wir ihn dort ausführlich und sachlich diskutieren können, statt mit dem verbunden zu werden, was wir jetzt gleich wieder haben. Darum bin ich dagegen. Wir werden auch dagegen stimmen, beide Anträge zu verbinden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:

Danke schön. – Die Aussprache zur Geschäftsordnung hat stattgefunden. Wir müssen jetzt nach § 64 unserer Geschäftsordnung entscheiden, ob diese beiden Anträge verbunden werden.

Deswegen frage ich Sie: Wer der Verbindung dieser beiden Anträge zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist mit der Mehrheit von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Verbindung dieser beiden Anträge hergestellt.

Wir steigen also ein in **Tagesordnungspunkt 39:**

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Landtag kritisiert die Äußerungen des Landtagsabgeordneten Irmer – Drucks. 19/77 –

verbunden mit **Tagesordnungspunkt 41:**

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Mi-

gration und Integration – Chancen und Herausforderungen – Drucks. 19/84 –

Als erste Wortmeldung habe ich Frau Wissler, Fraktion DIE LINKE.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das war eben wirklich eine eindrucksvolle Demonstration davon, was Schwarz-Grün offensichtlich unter dem neuen Stil versteht. Zwei Wochen in der Regierung, und schon sind die GRÜNEN der Meinung, Mehrheit ist Wahrheit.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und der FDP)

Wir haben diesen Antrag eingebracht, weil wir der Meinung sind, der Landtag muss Stellung nehmen und darf nicht schweigen, wenn ein Abgeordneter Ressentiments und Vorurteile in einer solchen Weise schürt, wie Herr Irmer das immer wieder tut. Wer sich derart als Stichwortgeber für rechts außen betätigt, der vergiftet ganz bewusst das politische Klima und profiliert sich auf Kosten von Minderheiten.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

In dieser Woche hat Herr Irmer eine Kreistagsdebatte zur Unterbringung von Flüchtlingen im Lahn-Dill-Kreis dazu missbraucht, Stimmung gegen angeblichen Asylmissbrauch und die Einwanderung in die Sozialsysteme zu machen.

Herr Irmer, Sie wissen ganz genau: Diese Vorurteile halten keiner einzigen Statistik stand. Trotzdem verbreiten Sie sie wider besseres Wissen.

Ich halte das wirklich für armselig. Flüchtlinge gehören zu den Schwächsten in unserer Gesellschaft. Sie haben kaum Rechte. Sie haben ihr Zuhause verloren. Oft haben sie Angehörige zurückgelassen. Viele von ihnen sind traumatisiert: durch Gewalt, Krieg und Flucht. Wie armselig ist es, wenn man meint, sich auf Kosten von Flüchtlingen profilieren zu müssen, Herr Irmer,

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

und das als Mitglied einer Partei, die sich christlich nennt? Sie sollten sich wirklich schämen.

Derzeit gibt es an vielen Orten rechtsradikale Mobilisierungen gegen Flüchtlingsunterkünfte – und Sie schütten auch noch Öl ins Feuer und fangen eine solche Diskussion an.

Das ist doch Wasser auf die Mühlen der NPD – und genau die hat Sie am Montag einmal mehr gelobt, wie schon so oft. Herr Irmer, das muss Ihnen doch einmal zu denken geben. Aber Sie fischen ganz bewusst am rechten Rand.

Es ist auch nicht das erste Mal. Vor einiger Zeit haben Sie gefordert, Deutschland brauche weniger und nicht mehr Muslime. Dem Berliner Senat haben Sie vorgeworfen, er würde das „Zigeunerproblem nicht lösen“ wollen. Ich will darauf hinweisen: Ein Stockwerk unter uns haben wir gerade eine Ausstellung zum Thema Antiziganismus.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ja!)

Die Formulierung, etwas „lösen“ zu wollen, und das auf eine Bevölkerungsgruppe zu beziehen – Herr Irmer, vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte halte ich das für absolut ungeheuerlich.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Im „Wetzlar Kurier“ werden in jeder Ausgabe Ressentiments geschürt und Vorurteile verbreitet. Im Januar: „Islamische Verbände haben Grundgesetz nicht verstanden“, in der aktuellen Ausgabe machen Sie seitenweise Stimmung gegen Asylbewerber. Da kann einem wirklich schlecht werden.

Der Herr Ministerpräsident – er ist nicht da, es scheint ihm nicht so sehr am Herzen zu liegen – erklärt noch am Dienstag, er wolle die Willkommenskultur in Hessen stärken. Da frage ich: Warum, bitte, ist Herr Irmer dann immer noch stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU? Warum sorgt Herr Bouffier als Landesvorsitzender der CDU nicht dafür, dass der „Wetzlar Kurier“ endlich eingestellt wird? Warum lässt er es zu, dass immer weiter solche Hetze im Lahn-Dill-Kreis verbreitet wird?

(Beifall bei der LINKEN – Lachen des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Sie reden von Willkommenskultur und lassen es zu, dass Herr Irmer all das konterkariert. Sie finden nie die Kraft, sich von solchen Aussagen zu distanzieren. Im Gegenteil, Sie befördern ihn auch noch und machen ihn wieder zum bildungspolitischen Sprecher – nachdem er zurückgetreten war, unter anderem wegen des islamischen Religionsunterrichts.

Ganz offensichtlich ist das Ihr Beitrag zum Schulfrieden. Sie benennen einen Sprecher, mit dem sich sowohl die Landesschülerversammlung als auch die GEW nicht mehr treffen wollten, nach all den verbalen Ausfällen gegen Homosexuelle, Migranten und Muslime. Sie wollten sich nicht mehr mit ihm treffen.

Meine Damen und Herren, das macht Ihr ganzes Gerede von wegen neuem Dialog der Regierung mit der Opposition, Dialog über die Bildungspolitik doch völlig zunichte. Wer der Opposition ernsthaft die Hand reichen will, der schickt doch nicht Herrn Irmer.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Wenn das der neue Stil ist, dann gute Nacht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, das ist jetzt auch einer Ihrer neuen Partner. Der gehört auch dazu.

(Günter Rudolph (SPD): Damit haben die kein Problem!)

Ich habe wirklich gehofft, Sie finden heute den Mut, diese Äußerungen zurückzuweisen, sich klar davon zu distanzieren. Ich weiß, Sie teilen diese Äußerungen nicht. Jetzt aber legen Sie einen Antrag vor, der mich vermuten lässt, dass Sie unserem Antrag nicht zustimmen werden.

Ich komme zum Schluss. Ich finde, Sie sollten sich einen Satz zu Herzen nehmen, den Herr von Bebenburg heute in der „Frankfurter Rundschau“ geschrieben hat, womit er Ihr Auftreten von gestern kommentiert hat. Er schreibt – und ich finde, Sie sollten sich das zu Herzen nehmen –: „Öffentliche Selbstverleugnung ist ... kein Gewinn für die politische Kultur.“

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:

Danke schön, Frau Wissler. – Für die CDU-Fraktion hat sich Herr Bellino zu Wort gemeldet.

Holger Bellino (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für uns ist klar:

Menschenrechte und gelebte Humanität stehen im Mittelpunkt hessischer Asyl- und Flüchtlingspolitik.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden weiterhin dafür sorgen, dass Flüchtlinge in Hessen eine humane Lebensperspektive und ausreichend Schutz finden. Das Land Hessen wird sicherstellen, dass Flüchtlinge menschenwürdig untergebracht werden ...

So steht es im Koalitionsvertrag, so haben wir es in den letzten Jahren gehalten, und so werden wir es auch in Zukunft tun – im Bund, im Land und in den Kommunen.

(Beifall bei der CDU)

Ich erinnere an dieser Stelle an die Einrichtung der Härtefallkommission – vor vielen Jahren, zu einer Zeit, als die CDU mit absoluter Mehrheit hier die Regierung stellte. Die Härtefallkommission wurde und wird dann tätig, wenn alle juristischen, alle gerichtlichen Schritte ausgehandelt sind, um zu prüfen, was man auf humanitärer Ebene noch tun kann. Ich erinnere an die damals und auch heute nahezu einstimmig gefassten Beschlüsse dieser Härtefallkommission, wenn es darum geht, Problemfälle zu bewerten. Ich erinnere an das behutsame Vorgehen der jeweiligen Innenminister in Hessen, wenn es um die Rückführung von Asylbewerbern ging und geht. Ich erinnere an das Stillhalten der Ausländerbehörden in den Fällen, in denen zwar eine Ausreisepflicht besteht, aber ein Petitionsverfahren anhängig ist. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Das hat aber etwas mit der Kultur zu tun, wie wir dieses Politikfeld in der Vergangenheit behandelt haben und in der Zukunft behandeln werden.

(Beifall bei der CDU)

Ich erinnere an die Bleiberechtsregelungen, die zu schaffen nötig war, da es zu „Überhängen“ an Menschen kam, die zwar nicht mehr hier sein sollten, nicht mehr hier sein durften, denen man trotzdem geholfen hat, weil sie beispielsweise seit zehn Jahre in Deutschland waren und nicht ohne Weiteres zurückgeführt werden konnten.

All das ist mit der entsprechenden Begleitung von CDU-Ministern und CDU-Abgeordneten – übrigens auch von FDP-Abgeordneten und jetzt von Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – geschehen. Das wird auch so bleiben. Das hat etwas damit zu tun, dass wir dieses Thema in humanitärer Weise behandeln.

Ich frage mich, wie groß bei Ihnen die Not sein muss, wenn Sie jetzt anfangen, Kreistagsbeschlüsse zu kommentieren. Frau Kollegin Wissler, Sie haben das, was in einem Kreistag debattiert wurde, zwar als Aufhänger für Ihren Antrag genommen, in Ihrem Redebeitrag haben Sie aber mit keinem Satz auf diese Debatte hingewiesen, sondern haben, wie ich meine, Unterstellungen abgesondert, die nicht zu diesem Thema passen.

Sie fordern die Einstellung des „Wetzlar Kuriers“. Ich weiß nicht, welches Gesellschaftsbild Sie haben. Keine Regierung, kein Ministerpräsident kann das Erscheinen einer Zeitung einstellen. In der Bundesrepublik Deutschland und mit der CDU geht das nicht.

(Janine Wissler (DIE LINKE): CDU-Landesvorsitzender!)

Vielleicht haben Sie ein anderes Gesellschaftssystem vor Augen, aber mit Blick auf die Pressefreiheit kann bei uns niemand auf die Idee kommen, zu sagen, eine Zeitung wird eingestellt.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Frau Wissler, meine Damen und Herren von der LINKEN, damit erreichen Sie Ihr Ziel nicht, einen Keil in die Koalition zu treiben. Darum geht es Ihnen doch in Wirklichkeit. Es gelingt Ihnen auch nicht, uns – oder einige von uns – in die Ecke der Inhumanen zu stellen.

(Zurufe von der SPD und der LINKEN)

Noch bedeutsamer ist aber: Mit dieser Debattenkultur werden Sie dem Thema nicht gerecht. Sie schaden den Menschen sogar, für die Sie sich hier angeblich einsetzen.

(Lachen bei der SPD und der LINKEN)

Das Thema – das habe ich eingangs an dem einen oder anderen Punkt festgemacht – verdient eine sachliche und ausgewogene Debatte, eine Debatte, die deutlich macht, dass Hilfe allen denen zu gewähren ist, die auf Hilfe angewiesen sind.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe darauf hingewiesen, was wir an der Stelle getan haben und tun. Wir müssen uns in unserem Staat aber auch erlauben können, einzugreifen, wenn es zu einem Missbrauch kommt. Man muss beide Seiten der Medaille betrachten. Ich darf zitieren: „Wir müssen gegen Missbrauch kämpfen, aber wir müssen auch an unseren Grundrechten festhalten. Es gibt ein Recht auf Freizügigkeit, aber kein Recht auf Einwanderung in die nationalen Sozialsysteme.“ Das sagte nicht Hans-Jürgen Irmer, sondern das sagte die EU-Justizkommissarin Reding. Sie sagte weiter: „Wenn es Missbrauch gibt, muss dieser vom betroffenen Mitgliedsstaat bekämpft werden.“

Ich zitiere den nordrhein-westfälischen Minister Jäger, SPD-Mitglied: „Wir müssen dafür Sorge tragen, dass unser Asylrecht nicht durch den Verdacht des gezielten Missbrauchs in Misskredit gerät.“ Herr Kollege Rudolph, ist das ein „Fehlverhalten“, wie Sie es vorhin attestiert haben? Ich darf den SPD-Innenexperten Michael Hartmann zitieren, der ein konsequentes Durchgreifen gegen gezielten Asylmissbrauch fordert. „Hier sollte mit der nötigen Strenge ein Signal gesetzt werden“, sagte er im Südwestfunk. Der SPD-Politiker sprach unter anderem von „gewissenlosen Banden“.

Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:

Herr Bellino, Sie müssen zum Schluss kommen.

Holger Bellino (CDU):

All das haben wir in der bisherigen Debatte nicht gehört. Das darf deshalb an dieser Stelle gesagt werden.

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident, indem ich feststelle, dass Deutschland und Hessen weiterhin jedem Schutz gewähren, der verfolgt wird oder aufgrund bestimmter gesundheitlicher Leiden in seinem Heimatland mit starken Einschränkungen konfrontiert wäre oder nicht überleben würde. Deshalb erinnere ich an den gestern in großer Einmütigkeit gefassten Beschluss, dass wir eine stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung unterstützen. Ich sage aber auch – das ist der letzte Satz –, dass es nach wie vor gilt, den Missbrauch zu bekämpfen, wo auch immer er auftritt: im Steuerrecht, im Baurecht oder eben im Asylrecht. Daher haben die EU-Kommissarin, die ich zitiert habe, der SPD-Minister Jäger, der SPD-Innenpolitiker Hartmann und Hans-Jürgen Irmer recht.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:

Danke, Herr Bellino. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich Herr Kaufmann zu Wort gemeldet.

Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wünschte mir schon, dass uns der Anlass für diese Debatte nicht zusammengebracht hätte, und der bisherige Verlauf derselben gibt mir wenig Mut, das festzuhalten, was ich eigentlich festhalten wollte: Am Ende könnte die Debatte hilfreich sein, nämlich dann, wenn man sich auf gemeinsame Prinzipien festlegt.

Ich will zu Beginn einige Selbstverständlichkeiten festhalten. Jeder Mensch ist frei in Gedanken und Rede. Das gilt selbstverständlich auch für jeden Abgeordneten. Jede Fraktion in diesem Hause ist frei, ihre Funktionen nach eigener Entscheidung zu besetzen. Aber alle, die ich jetzt angesprochen habe, sollten bei ihren Entscheidungen zugleich verantwortlich handeln. Das heißt, bei allen Entscheidungen und Äußerungen sollte man immer mitbedenken, welche Wirkung man erzielen will und welche Wirkung man – möglicherweise unbeabsichtigt – erzielen kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Gerade zu Letzterem gehört natürlich, dass es höchst kontraproduktiv, für Demokraten sogar peinlich ist – wenn man es nicht sogar als politisches Problem bezeichnen muss –, wenn auf Äußerungen Applaus von der falschen Seite kommt. Denn bei allem, was verantwortlich handelnde Menschen, wie Politiker, von sich geben, sollte stets deutlich werden und erkennbar bleiben, dass noch nicht einmal der Hauch eines Eindrucks der Nähe zu rechtsextremistischen Parteien und Ideologien wahrnehmbar ist. Das ist aus meiner Sicht wichtig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU, der SPD und der LINKEN)

Meine Damen und Herren, für uns und für die gesamte Koalition gilt in diesem sicherlich nicht einfachen Themenfeld als Grundlage das, was im Koalitionsvertrag steht, was

in unserem Antrag steht und was ich für das Protokoll auszugswise noch einmal festhalten will: „Menschenrechte und gelebte Humanität stehen im Mittelpunkt hessischer Asyl- und Flüchtlingspolitik.“ Ich glaube nicht, dass hier im Raum jemand ist, der das anders sieht. Die Koalition wird „dafür sorgen, dass Flüchtlinge in Hessen eine humane Lebensperspektive und ausreichend Schutz finden. Das Land Hessen wird sicherstellen, dass Flüchtlinge menschenwürdig untergebracht werden und ihnen ausreichend Angebote der Information, Beratung und gegebenenfalls Förderung zur beruflichen Integration zur Verfügung gestellt werden.“

Die von mir gerade zitierten Aussagen sind Wegweiser in der gemeinsamen Politik von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ihr Inhalt gilt für alle Abgeordneten, die zu dieser Koalition gehören. Gemeinsam wollen wir ihn in Buchstabe und Geist in gelebte Realität in Hessen umsetzen. Sie können gewiss sein, dass wir das tun werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:

Danke, Herr Kaufmann. – Für die FDP-Fraktion hat sich Herr Rock zu Wort gemeldet.

René Rock (FDP):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe vorhin zu Protokoll gegeben, dass ich die Debatte heute eigentlich nicht auf diese Art und Weise führen wollte und dass ich glaube, das gesamte Thema Migration und Integration sollte deutlich mehr Raum erhalten. Eine Ausschussberatung zu diesem Thema wäre mehr als angemessen.

Wir Liberale haben in der letzten Legislaturperiode mit dem ersten Integrationsminister, dem islamischen Religionsunterricht und vielen anderen Initiativen gezeigt, wo wir stehen und wofür wir uns einsetzen. Wir alle haben erlebt, dass es in diesem Haus eine große Zustimmung zu diesen Initiativen gab. Ich glaube deshalb, dass wir, wenn wir uns zu diesem Thema äußern, unverdächtig sind, in irgendeiner Weise ausländerkritische Positionen zu vertreten oder zu unterstützen.

(Beifall bei der FDP)

Ich finde, der Konsens, den wir im Landtag hatten, haben und hoffentlich weiterhin haben werden, ist der richtige Weg: dass wir uns für Flüchtlinge einsetzen, dass wir nach Lösungen suchen – gerade auch für einzelne Menschen –, dass wir in diesem Landtag gemeinsame Anträge stellen, um solche Probleme anzugehen, und dass wir, obwohl wir aus unterschiedlichen Richtungen kommen, versuchen, gemeinsam zu sprechen.

Wir erleben, was passiert, wenn zu den steigenden Flüchtlingszahlen und der Einführung der Freizügigkeit der Glaube des einen oder anderen hinzukommt, man könne mit den Aufgaben der Integration vor Ort überfordert sein. Ich kann nur jeden davor warnen, dort Unfrieden zu säen. Ich kann nur jeden davor warnen, die Themen dort negativ anzugehen. Ich kann nur jeden davor warnen, dort nicht an Lösungen mitzuarbeiten. Vielmehr muss man versuchen, zu verhindern, dass, wenn vor Ort schwierige Situationen

entstehen, diese zum Schaden unseres Landes in der falschen Richtung politisch genutzt werden.

(Beifall bei der FDP, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Das sage ich zum Antrag von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der schnell zusammengezimmert und wahrscheinlich aus der Koalitionsvereinbarung kopiert worden ist: Er enthält Selbstverständlichkeiten; er hinkt sogar ein bisschen der Zeit hinterher. Es ist aus unserer Sicht nicht notwendig, dass er so beschlossen wird, ohne dass wir uns angemessen in die Debatte einbringen können. Darum werden wir diesen Antrag nicht mittragen, sondern uns enthalten. Wir hoffen, dass wir in einem angemessenen Zeitrahmen eine relativ intensive Debatte darüber führen können.

(Beifall bei der FDP)

Zu dem Antrag der LINKEN. Herr Irmer, jeder ist in einer gewissen Weise seines Glückes Schmied. Jeder ist dafür verantwortlich, wie er von außen wahrgenommen wird. Jeder ist selbst dafür verantwortlich, wie ihn die Menschen sehen.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Das ist ein Hinweis; damit muss jeder selbst umgehen. Damit trägt auch jeder ein Stück weit die Verantwortung dafür, wie er gesehen wird.

Ich habe versucht, das zu recherchieren. Ich war nicht dabei. Ich kann nicht sagen, was dort wirklich gesagt worden ist. Herr Irmer, ich kann Sie nur bitten, uns diese Debatten zu ersparen. Ich kann die LINKEN bitten, uns diese Debatten zu ersparen. Sie sind dem Ansehen dieses Hauses nicht wirklich zuträglich. Ich glaube, wenn sich alle in diesen Fragen ein bisschen sortieren würden, müssten wir nicht um diese Uhrzeit in der Art und Weise über diese Dinge beraten. Ich glaube, auch das wäre für Hessen ein Schritt nach vorne. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:

Danke, Herr Rock. – Für die SPD-Fraktion hat sich Herr Rudolph gemeldet.

Günter Rudolph (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, der eine oder andere Redner verwechselt Ursache und Wirkung.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Ja, allerdings!)

Derjenige, der Feuer gelegt hat, ruft jetzt nach der Feuerwehr. Das ist ein bemerkenswerter Tatbestand.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Herr Irmer ist kein Unbekannter, sondern, wie die „FAZ“ heute getitelt hat, „ein alter Bekannter“. Wir haben uns in diesem Landtag wiederholt mit Äußerungen von Herrn Irmer auseinandersetzen müssen. Das bereitet uns keine Freude; das will ich sehr deutlich sagen.

Meine Damen und Herren, es gibt in Ihrer Koalitionsvereinbarung eine Passage, deren Aussage wir ausdrücklich teilen – sie ist auch in dem Entschließungsantrag der LINKEN aufgeführt –:

Menschenrechte und gelebte Humanität stehen im Mittelpunkt hessischer Asyl- und Flüchtlingspolitik. Wir werden weiterhin dafür sorgen, dass Flüchtlinge in Hessen eine humane Lebensperspektive und ausreichend Schutz finden.

Wer das schreibt, muss das nachher auch leben und durchexerzieren. Er darf das nicht diskreditieren.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Die Äußerungen des Herrn Irmer zur Integrations- und Asylpolitik, die er sowohl im Kreistag des Lahn-Dill-Kreises als auch in seiner Hauspostille „Wetzlar Kurier“ gemacht hat, belegen einmal mehr, dass er am rechten Rand und gelegentlich sogar darüber hinaus agiert.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Uuiui!)

– Ja, ja. – Mit Ihren vermeintlichen Argumenten und Ihren kruden Aussagen schüren Sie Vorurteile und Ressentiments. Sie weisen immer auf angebliche Probleme hin, die die Asylbewerber mit sich bringen, und nehmen dabei auch Applaus von der NPD entgegen. Sie wurden im Kreistag gelobt; das sei populistisch gut gelungen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Ja, allerdings!)

Es müsste Sie eigentlich nachdenklich stimmen, wenn Sie von einer Partei, die diesen Staat bekämpft, Beifall bekommen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Es geht nicht darum, die Asyldebatte zu tabuisieren. Genau das macht auch der nordrhein-westfälische Innenminister Jäger nicht. Es geht auch nicht darum, dass man die Ängste in der Bevölkerung nicht wahrnimmt. Die gibt es. Aber es ist ein Unterschied, ob man die Ängste in der Bevölkerung wahrnimmt und die Menschen dann aufklärt oder ob man sie bewusst schürt. Das ist ein eklatanter Unterschied.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Sie wollen Asylbewerber in eine bestimmte Ecke stellen. Das machen Sie in Ihrer Hauspostille „Wetzlar Kurier“, die in einer Auflage von 112.000 Exemplaren verteilt wird. Einer dieser Ausgaben wurde ein Prospekt – eine Leseprobe der „Jungen Freiheit“ – beigelegt.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Ja!)

Das ist eine Publikation, deren Herausgeber sich am äußersten rechten Rand sehen. Dort wird der Koalitionsvertrag auf Bundesebene thematisiert.

(Zurufe von der CDU)

Ich will nur etwas zu dem Thema Ausländerkriminalität sagen: Herr Irmer, auch wenn es Sozialdemokraten wären, die so etwas machen, würde ich es kritisieren und für falsch halten. Damit haben wir gar kein Problem. Da sind wir sehr sortiert. Kadavergehorsam gibt es in der Sozialdemokratischen Partei nicht.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Zu dem Thema Sicherheit schreibt die „Junge Freiheit“ – das Ding ist als Beilage verteilt worden; Sie haben wahrscheinlich Geld dafür bekommen, dass es verteilt wurde, also auch noch daran verdient –:

Ausländerkriminalität gibt es in unserem ideologischen Raster nicht ... Schon der bloße Anblick von einheimischen Deutschen ist für manche Einwande-

rer zu viel, deswegen müssen sie im Polizei- und Justizdienst bevorzugt eingestellt werden, auch wenn sie nicht die formalen Voraussetzungen erfüllen. Wir steigen in die antifaschistische Gesinnungsjustiz nach DDR-Vorbild ein, die Urteile nicht nach der Schwere der Tat fällt, sondern nach der Gesinnung der Täter.

(Zurufe von der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist mit dem „Wetzlar Kurier“ verteilt worden. Das ist eine verheerende Sprache. Sie schaffen damit einen Nährboden für rechtsextrêmes Gedankengut.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Da wird nämlich nicht eine differenzierte Auseinandersetzung gesucht, wie wir sie führen müssen. Dabei sage ich auch, wir Deutsche haben eine besondere Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg. Wir haben von anderen Nationen viel Hilfe und Unterstützung bekommen. Wir müssen unseren Beitrag leisten, und wir wollen das auch.

Aber diejenigen, bei denen Sie einen – angeblichen – Missbrauch anprangern, sind die Unschuldigsten. Schlepper und andere Kriminelle mögen an ihnen verdienen. Aber es darf uns das Schicksal keines einzigen Flüchtlings egal sein, und es darf auch nicht – so, wie Sie, Herr Irmer, es teilweise versuchen – als politische Spielmasse missbraucht werden

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Am 31. Mai 2012 gab es in diesem Landtag schon einmal eine Debatte zu Herrn Irmer. Ich prophezeie, dies wird nicht die letzte Debatte sein.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Es gab schon so viele!)

Damals hat der parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion der GRÜNEN, Herr Wagner, in Richtung CDU gesagt:

Wie lange soll es aber bei Erklärungen bleiben? Wann werden endlich Taten folgen? Wann werden Sie endlich einsehen, dass es für die CDU auch nicht gut ist, dass jemand wie Hans-Jürgen Irmer stellvertretender Fraktionsvorsitzender und bildungspolitischer Sprecher ist?

Das war vor zwei Jahren. Wahrscheinlich war das auch nur ein Missverständnis; denn Sie arbeiten jetzt vertrauensvoll zusammen.

Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:

Herr Rudolph, kommen Sie bitte zum Schluss.

Günter Rudolph (SPD):

Die Personen bleiben, die Inhalte offensichtlich auch. Aber unsere Grundüberzeugung, dass man mit dem Schicksal von Menschen nicht spielt, bleibt ebenfalls.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Regierungskoalition, deswegen sage ich: Solange Sie diesem Treiben von Herrn Irmer weiter zusehen, können wir Ihnen wohlfeile Erklärungen im Koalitionsvertrag nicht abnehmen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Kein Wort zu dem Verhalten von Herrn Irmer, keine Konsequenzen, weiter so bis zur nächsten Attacke – wir werden das sehr genau im Auge behalten, und wir werden das thematisieren. Sie haben heute eine Chance vergeben; das werden die Menschen nicht vergessen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:

Danke, Herr Rudolph. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt vor.

Wir kommen daher zur Abstimmung. Ich lasse als Erstes über den Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE, Drucks. 19/77, abstimmen. Wer dem Antrag die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD und DIE LINKE. Wer ist dagegen? – Das sind die CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion der FDP. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Weiter lasse ich abstimmen über den Antrag von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 19/84. Wer dieser Drucksache die Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Das ist die FDP-Fraktion. Damit ist dieser Antrag bei Gegenstimmen der FDP und Nichtteilnahme von der SPD und der LINKEN angenommen.

(René Rock (FDP): Nein, bei Enthaltung der FDP!)

– Bei Enthaltung der FDP und Nichtteilnahme von SPD und LINKEN. Ich bitte um Entschuldigung.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Tagesordnung dieser Plenarwoche angekommen. Ich weise Sie darauf hin, dass nun sofort der Ältestenrat im Sitzungssaal 501 A zusammentritt. Ich wünsche weiterhin frohes Schaffen und schließe die Sitzung.

(Schluss: 15:32 Uhr)